

vielen Feuerwehren auch hier einmal vorbringen. Es gibt 758 Feuerwehren in der Steiermark. Wir haben aber nur 543 Gemeinden, und von diesen 543 Gemeinden gibt es auch noch 80 Gemeinden, die keine Feuerwehr haben. Ich meine hier, es gibt in der Steiermark auch eine Gemeinde, die hat zirka 3000 Einwohner und acht Feuerwehren. Ich habe mir das ausgerechnet, es kommen hier 375 Einwohner auf eine Feuerwehr. Ist das in der heutigen Zeit noch unbedingt notwendig? Ich frage nun, ob man nicht hier auch einmal Überlegungen anstellen sollte, ob das mit acht Feuerwehren heute noch, zeitgemäß ist. Des weiteren möchte ich vielleicht in Erinnerung rufen, daß auch die Feuerwehrautos immer größer werden. Aber wenn man dann mit diesen Feuerwehrautos mitfährt, muß man feststellen, daß sie auch nicht schneller werden, daß sie nicht beweglicher werden. Diese Feuerwehrautos sind zwar groß, aber an Beweglichkeit mangelt es sehr oft. Entweder ist es durch die Ausstattung mit zuwenig PS, oder diese Feuerwehrautos sind überladen. Und da frage ich mich auch, ob das in Zukunft wirklich richtig ist, daß jedes einzelne Feuerwehrauto alles mitführen muß, wo es ja einen Einsatzplan gibt, einen genauen Plan bei jeder Feuerwehr gibt, wie viele Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Es gibt auch einen Beladeplan für jedes Einsatzfahrzeug und welche Gerätschaften mitgeführt werden müssen. Ich glaube, auch hier könnte man einmal etwas zum Besseren verändern. Ich habe vorher schon gesagt, daß bei der Ausstattung der Feuerwehrautos Änderungen notwendig sind. Ich habe hier auch immer das Gefühl, daß uns die Feuerwehrautos von bestimmten Firmen aufgezwungen werden. Von bestimmten Firmen, die einfach Autos kaufen und dann zu Feuerwehrautos umfunktionieren, und dann haben die Feuerwehren und die Gemeinden keine Auswahl mehr. Sie müssen das auf dem Markt bestehende Auto nehmen, ob sie das wollen oder nicht. Ich glaube, auch hier sollte man eine bessere Beweglichkeit haben. Hier sollte der Fahrzeugwunsch und das Bedürfnis nicht von den verschiedensten Firmen ausgehen, sondern von der Feuerwehr und von der Gemeinde, von diesen Personen, die davon etwas verstehen und den Bedarf wirklich kennen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich gesagt habe, die Feuerwehrautos werden immer größer, ja selbstverständlich, was passiert dann? Größere Feuerwehrautos, auf einmal kommt man darauf, jetzt ist das neue Auto geliefert, aber das geht nicht ins Rüsthaus hinein. Jetzt erst stellt man fest, das Rüsthaustor ist zu nieder oder das Auto ist zu hoch, aber auf jeden Fall sind dann gleich wieder weitere Kosten, die anfallen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, betrifft nicht nur das Land, auch die Gemeinden und die gesamte Bevölkerung sowie sämtliche Feuerwehrkameraden. Wir wissen ja genau, daß die Aufteilung der Mittel fast immer je zu einem Drittel erfolgt. Ich glaube, daß man auch einmal nachdenken soll, ob man nicht einen anderen Weg gehen soll. Wenn ich immer wieder die Feuerwehrzeitung, „Das Blaulicht“, durchlese, dann kann ich mir schon vorstellen, daß das so ist. Weil im „Blaulicht“ sind alle Firmen mit Werbeeinschaltungen drinnen, die eben dann als Lieferanten auftreten. Da habe ich doch ab und zu das Gefühl, daß man sich durch diese Annoncen dann irgendetwelche Rechte vorbehält

und dann sagt, wenn ich schon das „Blaulicht“ finanziell unterstützte, dann habe ich eventuell schon fast einen Anspruch, daß ich ein Geschäft mache und daß ich mit meinen Fahrzeugen und meinen Gerätschaften zum Zuge komme. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das soll und darf auch nicht so sein. Ich könnte mir vorstellen, daß gerade in dieser Zeitung „Das Blaulicht“, was zwar wichtig ist für die Feuerwehrkameraden, das auch etwas transparenter gemacht werden könnte. Ich könnte mir auch vorstellen, daß sehr, sehr viele Abgeordnete in diesem Haus das Bedürfnis hätten, auch einmal einige Artikel in der Feuerwehrzeitung zu machen. Es wäre sicher gut, wenn die Feuerwehrkameraden lesen könnten, was die eine oder andere Fraktion oder deren Abgeordnete über die Feuerwehr, über das Rote Kreuz oder über andere freiwillige Einsatzorganisationen zu sagen hat.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal zurückkommen zum Rüsthausbau, weil sich die zwei Gemeindereferenten gerade so gut unterhalten. Ich weiß nicht, ob sie gerade über die Vergabe der Förderungsmittel an die Gemeinden reden. Aber auch hier muß sich die Frau Landeshauptmann mehr anstrengen und die Gemeinden beim Rüsthausbau finanziell besser unterstützen. Daher würde ich ersuchen, daß das in Hinkunft auch passiert, denn dann wäre auch den Gemeinden und den Feuerwehren wieder sehr, sehr geholfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist ja auch deswegen sehr wichtig, denn die Feuerwehrkameraden müssen draußen herumrennen, müssen schauen, wie sie die Mittel aufbringen, und in Wirklichkeit gehören dann alle Rüsthäuser und Gerätschaften der Gemeinde, stehen somit im Eigentum der Gemeinde. Daher soll auch von vornherein und nach meinem Dafürhalten das Land mehr mitzahlen, damit die Gemeinden etwas entlastet werden und die Feuerwehrkameraden ihre dringend notwendigen Gerätschaften nicht selbst finanzieren müssen, damit sie in Not geratenen Mitmenschen helfen können.

Ich möchte noch auf einen Punkt zu sprechen kommen: Die Flugrettung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns alle hier im Hause einig, auf die Flugrettung können wir auf keinen Fall verzichten. Ich freue mich, daß 9 Millionen Schilling im Budget vorgesehen sind. Aber es ist unsere Aufgabe zu trachten, daß wir diese hervorragende Einrichtung erhalten, denn sie gibt uns das Gefühl, daß das Leben wieder gesichert und erhalten werden kann. Denn ich habe das letzte Mal gehört, man soll statt der Aufrechterhaltung der Flugrettung eine gute Versicherung abschließen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, was nützt mir die beste Versicherung, wenn im Unglücksfall, wenn ein Verletzter auf der Straße liegt, eine gute Versicherung zwar abgeschlossen ist, aber niemand da ist, der Verletzten helfen kann. Daher möchte ich an alle Verantwortlichen den Appell richten, diese für die in Not geratenen Steirerinnen und Steirer sehr wichtige Flugrettung wirklich am Leben zu erhalten.

Ich möchte jetzt noch einmal auf unseren Beschlußantrag zurückkommen, wo ich Sie bitte, daß er auch von allen Abgeordneten unterstützt wird. Wir haben in der letzten Periode schon einmal einen Beschlußantrag abgegeben, wo wir gesagt haben, die Steiermärkische

Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die den Feuerwehren zukommenden Mittel aus der Feuerschutzsteuer unter verstärkter Mitwirkung des Landesfeuerwehrverbandes vergeben werden. Das war der Beschlußantrag in der letzten Periode. Den wollen wir jetzt ergänzen mit unserem neuen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schinnerl, Wiedner, Ing. Peinhaupt und List, betreffend Vergabe der Feuerschutzsteuer.

Begründung: Im Sinne einer höheren Transparenz bei der Vergabe von Mitteln aus der Feuerschutzsteuer soll ein Beirat installiert werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Vergabe von Mitteln aus der Feuerschutzsteuer einen Beirat einzurichten, der das Recht hat, zu Vergabevorschlägen des politischen Referenten Stellung zu nehmen und selbst Vergabevorschläge zu erstatten.

Ich bitte um Ihre Unterstützung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 14.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich bitte, diesen Beschlußantrag dem Herrn Hofrat zu überreichen. Wir werden ihn geschäftsordnungsmäßig behandeln.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (14.16 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist eigentlich ein ungewöhnlicher Zeitpunkt. Wir haben noch nie die Gruppe 1 zu dieser Tageszeit debattiert. Ich freue mich ganz besonders, daß trotzdem das bunte Bild auf der Zuschauertribüne gegeben ist, weil die freiwilligen Einsatzorganisationen anwesend sind. Auch ich darf euch ganz herzlich begrüßen. Wenn Kollege Schinnerl als Vorredner gewisse Dinge angesprochen hat, dann muß ich wirklich sagen, lieber Kollege, du bist höchstwahrscheinlich Mitglied einer Feuerwehr, aber ob du aktiv gewesen bist bis zum heutigen Zeitpunkt, das bezweifle ich. Ich spreche als Feuerwehrmann, denn ich war 17 Jahre Feuerwehrhauptmann einer aktiven Feuerwehr im Bezirk Radkersburg, nämlich meiner Heimatgemeinde Eichfeld, sprich Hainsdorf-Brunnsee. Ich werde auf einige Punkte später noch eingehen. Du hast auch davon gesprochen, daß diese fast 47.000 freiwilligen Feuerwehrmänner auf 758 Feuerwehren aufgeteilt sind und diese wieder auf 543 Gemeinden. Ich weiß schon, was du gemeint hast, weil wir im Unterausschuß miterleben mußten, daß ihr in das Gesetz hineinbringen habt wollen, daß jede Gemeinde verpflichtend eine Feuerwehr installieren und einrichten muß. (Abg. Schinnerl: „Nicht jede, zumindest jede achte – unsere größte Gemeinde hat acht Feuerwehren!“) Ich sage dir jetzt etwas dazu: Diese 543 Gemeinden haben 758 Feuerwehren, das heißt, daß in einer Gemeinde mehrere Feuerwehren sind. Ich spreche jetzt von meinem Bezirk, denn unsere größte Gemeinde im Bezirk Radkersburg, nämlich St. Peter am Ottersbach, hat acht Feuerwehren.

Ich würde mich nicht trauen, in diese gewachsene Struktur einzugreifen und hier auf Anordnung zu sagen, hier gehört eine Feuerwehr und dort gehört eine Feuerwehr. Wenn du das möchtest, dann wünsche ich dir viel Glück dazu. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Einsatzfähigkeit, weil immer wieder auch über die Ausrüstung diskutiert wird, möchte ich auch etwas sagen, weil es so aussieht, daß all diese Ausrüstungen nicht gerechtfertigt sind. Bei diesen fast 37.000 Einsätzen im vergangenen Jahr sind nur mehr 12 Prozent Brandeinsätze. Das heißt, daß alle übrigen Einsätze technische Einsätze und Hilfeleistungen sind. Das setzt auch voraus, daß das notwendige Gerät vorhanden sein muß und diese Ausrüstung daher auch notwendig ist. Wenn man hochrechnet und diese Leistung, die unsere Feuerwehren bringen, in Schilling umlegt und mit einem Stundensatz von 150 Schilling berechnet, dann macht das fast 600 Millionen Schilling aus, was eigentlich die öffentliche Hand für diese freiwilligen, uneigennütigen Leistungen bezahlen müßte. Ich glaube, das muß man auch immer wieder ins Treffen führen. Wenn du das Feuerwehrgesetz angeschnitten hast, und ich glaube, wir waren alle sehr froh, daß es uns gelungen ist, eine Novelle herbeizuführen, dann war für mich natürlich auch der Versicherungsschutz unserer Feuerwehrmitglieder die wichtigste Gesetzesstelle. Wir haben auch alle Tätigkeiten aufgelistet, die außerhalb des Einsatzes, der Übung und so weiter passieren. Ich darf hier feststellen, daß unser Herr Landeshauptmann als früherer Feuerwehrreferent schon sehr früh aktiv war in dieser Angelegenheit und mit dem Sozialministerium und mit dem Minister Kontakte aufgenommen hat. Ich glaube, dafür muß man ihm auch herzlich danken. Ich mache das von dieser Stelle aus und zu dieser Stunde, denn er hatte immer großes Verständnis für unsere steirischen Feuerwehren. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist auch sehr erfreulich für mich, daß auch unsere Frau Landeshauptmann das sofort aufgegriffen hat, als es feststand, daß sie unsere Feuerwehrreferentin wird. Ich begrüße das sehr und bin stolz darauf, daß eine Frau diesen 47.000 Feuerwehrmännern vorsteht. Sie hat ein Gespür auch für all diese Dinge, weil sie aus der Basis kommt und heute bei uns im Land die höchste Position bekleidet. Sie hat sofort mit Sozialminister Hums Kontakt aufgenommen, um unser Anliegen Versicherungsschutz weiterzubetreiben. Das soll ein Anliegen von uns allen gemeinsam sein, daß es wirklich gelingt, diesen Versicherungsschutz für alle Einsatzorganisationen in die ASVG-Novelle hineinzubringen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Aber was natürlich auch sehr erfreulich ist, daß unsere Frau Landeshauptmann gewisse Schwerpunkte für den persönlichen Schutz des einzelnen Feuerwehrmannes im Einsatz setzen will. Hier gibt es ja eine neue Bundesfeuerwehrebekleidungsverordnung, die EU-konform sein muß, so daß hier wirkliche Schwerpunkte gesetzt werden im Bereich des persönlichen Schutzes unserer Feuerwehrmitglieder.

Ich darf auch zur Vergabe der Fördermittel ein paar Sätze sagen, weil diesen Bereich Kollege Schinnerl auch angeschnitten hat. Ich glaube, daß die derzeitige Vorgangsweise für die Förderung im Feuerwehrwesen sehr ausgeprägt ist. Sie beginnt unten in der Gemeinde mit der Erstellung eines Finanzierungs-

planes. Dann muß auch der Voranschlag der Feuerwehr vom Gemeinderat genehmigt werden. Es geht dann weiter mit den Beihilfenansuchen: Da muß eine Stellungnahme seitens des Bezirkskommandanten vorliegen, der auch darauf zu achten hat, daß bei der Aufteilung dieser Einsatzfahrzeuge oder Ausrüstungsgegenstände wirklich schwerpunktmäßig vorgegangen wird. Soweit ich informiert bin, tun sie das auch draußen in den Bezirken. Das Ansuchen geht weiter zum Landesfeuerwehrverband. Hier muß unser Landesbranddirektor nochmals eine Stellungnahme abgeben und sich dementsprechend äußern, ob die Anschaffung notwendig ist oder nicht. Dann kommt es zur Aufsichtsbehörde, und das ist bei uns im Land Steiermark die zuständige Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung mit unserem Hofrat Dr. Konrad an der Spitze und unserem Feuerwehrinspektor Dipl.-Ing. Kubiza. Dort muß nochmals geprüft werden, ob diese Anschaffung notwendig ist. Sie müssen dann hinausgehen in die Bezirke, in die Gemeinden und an Ort und Stelle nochmals mit den Bürgermeistern, mit den betroffenen Feuerwehrverantwortlichen dieses Ansuchen durchbesprechen. Dann geht es weiter zur zuständigen Referentin, zu unserer Frau Landeshauptmann, wo eben dann diese Beihilfenvergabe stattfindet, die es alljährlich im Frühjahr gibt. Vielleicht findet man für „Beihilfenvergabe“ ein anderes Wort. Es ist nicht immer gut, wenn man von Beihilfen oder Vergaben spricht. Es gibt jedenfalls kein anderes Förderungsmodell oder eine Überprüfung einer Förderung, wie das hier gerade in der Förderung unseres Feuerwehrwesens abläuft. Daher, mein lieber Kollege Schinnerl, habe ich mir den Beschlußantrag der Freiheitlichen Partei angesehen und auch darüber mit meiner Fraktion gesprochen. Für die Begründung im Sinne einer höheren Transparenz bei der Vergabe von Mitteln aus der Feuerschutzsteuer sollte ein Beirat installiert werden. So transparent, wie gerade diese Feuerschutzmittel vergeben werden, glaube ich, ist es nirgends. Daher wird meine Fraktion diesem Beschlußantrag nicht beitreten. Das darf ich hier ankündigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zum Schluß, und ich danke wirklich allen Feuerwehrmännern in der Steiermark mit ihren Verantwortlichen für das Geleistete im abgelaufenen Jahr, möchte auch miteinfügen, daß es nicht nur unsere Feuerwehrmitglieder sind draußen in den Feuerwehren und Gemeinden, sondern auch alle Angehörigen, die sich immer wieder engagieren bei gesellschaftlichen Ereignissen, bei Festen, die eben auch zur Geldbeschaffung dienen für die Feuerwehren. Auch die Feuerwehren sind bei der Finanzierung der Anschaffungen mit eingebunden, nach Maßgabe der Mittel natürlich. Aber ich glaube schon, da muß man herzlich danke sagen. Ich danke aber auch herzlich dir, Frau Landeshauptmann, dafür, daß du in dieser kurzen Zeit dich so engagiert hast für das Feuerwehrwesen und daß du Schwerpunkte setzt für den persönlichen Schutz unserer Feuerwehrleute draußen in den Feuerwehren. Auch dir, lieber Herr Hofrat, in deiner Abteilung mit deinen Mitarbeitern herzlichen Dank. Ich glaube schon, ich möchte wirklich sagen, daß diese Leistungen, die unsere Feuerwehrleute erbringen mit ihren Verantwortlichen, großartig sind und uneigennützig passieren in der Freizeit, wo sicherlich der eine oder andere was anderes tun

könnte. Nochmals allen ein aufrichtiges Dankeschön und ein kräftiges Gut Heil allen 758 steirischen Feuerwehren. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (14.29 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Es ist nicht leicht, nach sechs Vorrednern zu dieser Gruppe 1 zu sprechen. Aber trotzdem ist es mir wichtig, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu behandeln, da sie uns alle trifft. Gerade in der heutigen Gesellschaft steigt die Gefahr einer materiellen Erziehung ohne ethische Werte. Aus Zeitmangel übernehmen immer öfter Computer und Videospiele die Aufgaben der Erziehung. Somit gibt es kein Leben ohne Gewalt. Diese Entwicklung, so auch die Entwicklung der europäischen Kultur, verlangt nach einem besonderen Sicherheitsgefühl. Die Sicherheit wird hier unterschiedlichst aufgefaßt. Sie ist ein sensibler Bereich. Die Geborgenheit beginnt in der Familie, in der Heimat und muß durch das Land gewährleistet sein. Im Sicherheitsnetz für unsere steirische Bevölkerung sind neben den selbstlosen Einsatzorganisationen auch Bundesheer, Gendarmerie, Polizei, Zollwache und andere Dienststellen eingebunden. Nur die hervorragenden und übergreifenden Leistungen aller dieser Institutionen mit ihren Mitarbeitern sind gegenwärtiger und zukünftiger Garant für unseren Schutz. Die Politik ist für die Haltbarkeit dieses Netzes verantwortlich. In vielen Bereichen ist es löchrig, muß gestärkt, ausgebessert oder überhaupt geändert werden. Hier betrachte und analysiere ich einige dieser Sicherheitsbereiche auf Grund der Aktualität, wissend, daß für vieles der Bund zuständig ist.

In unseren Kompetenzbereich fällt das Landes-sicherheitsgesetz. Gegenwärtig befindet sich ein Entwurf für das Gesetz in Begutachtung. Aus Erfahrungen des täglichen Lebens in der Gemeinschaft soll der vorgesehene Inhalt des Gesetzes konkrete Regelungen für Anstandsverletzungen und Lärmerregungen, Ehrenkränkungen, Bettelei sowie Unfugabwehr vorsehen. Diesen Verhaltensweisen in ihren negativen Erscheinungsformen muß wirksam begegnet werden. Auch wenn nicht jeder Abgeordnete dieser Meinung ist. Viele freiheitliche Initiativen und Forderungen sind bereits eingearbeitet. Eine wirksame Handhabe gegen das „aggressive Betteln“ und gegen den „Mißbrauch von Kindern“ ist teilweise möglich. Ein grober Mangel im Entwurf besteht darin, daß weiterhin Kinder zwischen 7 und 14 Jahren von anderen Personen zum Betteln ohne Strafverfolgung mißbraucht werden können. Wir Freiheitlichen fordern, daß analog zum Steiermärkischen Jugendgesetz auch im Steiermärkischen Landessicherheitsgesetz Minderjährige bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres als Kinder gelten. Leisten wir dadurch unseren Beitrag zum Schutz vor Beeinträchtigungen des örtlichen Gemeinschaftslebens. Fühlen Sie sich in unserer Steiermark noch sicher oder haben Sie ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis? Kollege Majcen hat uns Bedrohungsbilder geschildert. Genügt Ihnen das vorhandene Sicherheitsnetz? Wir wissen ohnehin nicht über alles

Bescheid. Derzeit wird die bundesweite Kriminalstatistik 1995 als Erfolgsbericht hingestellt. Auch die Statistik der Polizei in der Landeshauptstadt Graz ist leicht positiv. Dieser Rückgang in der Statistik der strafbaren Handlungen ist nur auf die guten Leistungen der Exekutive in der Verbrechensvermeidung und Aufklärung in diesem Lande zurückzuführen. Insgesamt aber ist die Zahl der Delikte auf hohem Niveau geblieben und konnte nur geringfügig reduziert werden. Eine fünfzigprozentige Aufklärungsrate aller Delikte ist unseres Erachtens zu wenig.

Der neueste Jahresbericht des UNO-Suchtstoffkontrollrates für 1995 enthält leider auch wenig Schmeichelhaftes. Nicht nur die Bundeshauptstadt Wien, sondern der gesamte Osten Österreichs, und hier insbesondere die Steiermark, wird mehr und mehr zur Schaltzentrale von Ostmafiaorganisationen. Hier wird schmutziges Geld, das unter anderem aus dem Drogenhandel kommt, auf legale Weise in die Wirtschaft gepumpt und weißgewaschen. Diese Entwicklung im Bereich des organisierten Verbrechens ist teilweise dramatisch. Haben wir es notwendig, daß ein ranghoher Staatspolizist in einer der führenden Tageszeitungen diesen „Verrat an Österreich“ aufzeigt und anklagen muß? Die Staatspolizei, einer oder der heikelsten Sicherheitsapparate Österreichs, wird von linksfortschrittlichen Politikern bewußt demontiert. Die russischen Mafiapaten sind glücklich, daß es keinen Lauschangriff gibt. Ausländische Dienste verspotten unser Land als „James-Bond-Paradies“, weil unsere Rechtslage keinen verdeckten Fahnder und keine elektronischen Überwachungsmaßnahmen zuläßt. Derzeit gibt es offensichtlich keine oder zu geringe entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Kriminalität. Die Staatsschützer werden von der Politik im Stich gelassen. Wir müssen von dieser Stelle im Land Steiermark vorsorgen und alles Notwendige unternehmen, damit wir nicht für die Ostmafia ein „Sprungbrett zum Westen“ werden. Innenminister Caspar Einem erklärte letzten Freitag hier in Graz während einer Diskussion über Sicherheit an der EU-Außengrenze wörtlich: „Organisierte Kriminalität trifft die Bürger nicht!“ Hier muß ich ergänzen: Es ist gut so, denn würden wir Steirer direkt betroffen sein, wäre es für Gegenmaßnahmen ohnehin schon zu spät. Die Sicherheit ist dann am stärksten, wenn sie weder gebraucht noch bemerkt wird. Wir haben einen Anspruch auf sie.

Die Steiermark besitzt Grenzen zu Slowenien und die Nähe zu Ungarn. Durch den Beitritt Österreichs zum Schengener Abkommen haben wir uns zur Sicherheit der EU-Außengrenzen verpflichtet. Mitte Dezember 1994 hat sich der ehemalige Abgeordnete Kowald in einer Wortmeldung für die Errichtung eines eigenständigen Grenzschatzes im Rahmen der Bundesgendarmerie eingesetzt. Zum Zwecke der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung wird derzeit ein effizienter Grenzdienst aufgebaut und soll 1999 abgeschlossen sein. Von den vielen grenzspezifischen Kontroll- und Überwachungsaufgaben erwähne ich nur die Mitwirkung bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Kraftfahrzeugverschiebungen, Schlepperei, illegaler Transport sowie Handel mit Menschen, Suchtgiften und Waffen sollen verhindert werden. Unterstützen wir diesen Grenzdienst

während der Einführungsphase. Er ist ein Beitrag zu Schutz und Sicherheit der Bürger für die Steiermark, und sehen wir diesen Grenzdienst nicht, wie unser Innenminister Caspar Einem, als Kompromiß an der steirischen EU-Außengrenze.

In der letzten Budgetdebatte wurde von der Frau Kollegin, Abgeordneten Dr. Karisch, die Frage der Neutralität behutsam aufgegriffen.

Altlandeshauptmann Dr. Krainer hat anschließend wörtlich gesagt: „Es ist die Aufgabe verantwortungsbewußter Politik festzustellen, daß Sicherheit nur in einem europäischen Sicherheitssystem der Zukunft für uns gewährleistet ist.“ Deshalb heute, eineinhalb Jahre nach dem Beitritt zur EU, einige grundsätzliche Überlegungen dazu: Die Diskussion um NATO- oder WEU-Beitritt Österreichs dauert bereits zu lange. Immer näher rückt der Termin der EU-Regierungskonferenz Maastricht II, auf der die Zukunft einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entschieden werden soll. Das zeigt den Bedarf an klaren Positionierungen zu diesem Themenbereich. Bevor, meine Damen und Herren, jedoch die Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis seriös abgewogen werden können, müssen wir einige Aspekte berücksichtigen. Allgemein anerkannt ist, daß es keine sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit ohne militärische Handlungsfähigkeit gibt. Die Ausrüstung des Bundesheeres hinkt dem europäischen Niveau nach. Schlagzeile einer Tageszeitung: „Flugzeuge und Panzer verrotten!“ Sogar Verteidigungsminister Werner Fasslabend von der Österreichischen Volkspartei gestand diesen Nachholbedarf ein. So müßten beispielsweise die österreichischen IFOR-Truppen, auch viele steirische Soldaten sind darunter, mit neuen Helmen und Splitterwesten ausgerüstet werden. Der Rest des Bundesheeres müsse sich aber noch gedulden. Ist das Schutz für unsere Söhne im Dienst der Heimat? Die OSZE etwa in der gegenwärtigen Form kann nicht als Träger eines zukünftigen Sicherheitssystems in Europa gesehen werden. Denn in dieser Institution wird ein Machteinsatz vom Konsens völlig unterschiedlicher Mitglieder abhängig gemacht. Der Einsatz von militärischen Mitteln als legitime Option beim Bruch von klar vorgegebenen Spielregeln ist nicht festgeschrieben. Daraus resultiert selbstverständlich keine Sicherheitsgarantie für die Mitglieder der OSZE, und damit auch nicht für Österreich und die Steiermark.

Betrachtet man, meine Damen und Herren, unsere geopolitische Situation, insbesondere die des Landes, so kommt man zum Schluß: kein anderer EU-Staat wäre von weiteren negativen Entwicklungen im Osten und Südosten der Union so stark betroffen wie wir. Vor diesem Hintergrund scheint es unverstänlich, daß wir, obwohl generell eindeutig eine Politik der Integration beziehungsweise Zusammenarbeit verfolgt wird, im Bereich der äußeren Sicherheit einen isolierten Weg gehen. Der derzeitige Schlangenlinienkurs ist dem internationalen Ansehen jedenfalls nicht zuträglich. Die abqualifizierenden Äußerungen von Innenminister Caspar Einem im „Profil“ „seine Bundesheerabschaffungsthese“, waren eine weitere Provokation in die falsche Richtung. Entweder man hat eine Verteidigungspolitik, das bedeutet, internatio-

nalen Standard auf allen Ebenen, oder man verabschiedet sich von ihr, ebenfalls mit allen Konsequenzen. Unbestritten ist, daß eine Mitgliedschaft in einem europäischen Sicherheitssystem oder Verteidigungsbündnis eine Reihe von Vorteilen mit sich bringen würde. Voranzustellen, sehr geschätzte Damen und Herren, ist ein höherer Schutz für unser Land Steiermark.

Eine gleichberechtigte Mitwirkung bei der sicherheitspolitischen Gestaltung unseres Umfeldes ist dann möglich. Daraus resultiert ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis im Bereich der gesamten Sicherheit. (Abg. Mag. Zitz: „Bitte definieren Sie das näher, Herr Major!“) Frau Kollegin Zitz, Sie können sich jederzeit zu Wort melden und auf meine Rede eingehen. Das ist kein Problem. Die Mitsprachemöglichkeit bei der Integration unserer ehemals kommunistischen Nachbarn ist vorhanden. Auch gegen eine Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik ist die Mitgliedschaft ein wichtiger Beitrag. Natürlich sind vor dem Beitritt Österreichs zu einem Sicherheitssystem auch Problemfelder zu beachten. Wir müßten offensichtlich aus falschem Traditionalismus heraus, vom Wunschtraum, dem Festhalten an der Neutralität, Abschied nehmen. Vor kurzem erklärte der Bonner Wehrexperte Helmut Schulte: „Neutralität in einem Bündnis gibt es nicht. Österreich kann nicht ein bißchen dabei sein und sich die Rosinen herauspicken.“

Weiters müßte durch ein umfassendes Verhandlungskonzept sichergestellt werden, daß, gleichgültig, welchem Verteidigungsbündnis Österreich beitrifft, die Relation von Kosten/Nutzen zugunsten der Sicherheit für die Bürger dieses Landes ausfällt. Im Koalitionsübereinkommen vom 11. März 1996 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei ist festgeschrieben, daß die Regierungsparteien auch konsequent und mit allem Nachdruck an einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union teilnehmen werden. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn die österreichische Politik, insbesondere die Politik in den Ländern und hier in der Steiermark, bereit ist, sich über ideologische Differenzen hinweg ernst mit diesem Thema zu befassen. Anfang April referierte der Präsident des Europäischen Parlaments, der deutsche Sozialdemokrat Klaus Hänsch, zur „Zukunft Europas“ in der Grazer Burg. Viele von Ihnen waren anwesend. Damals sagte er: Sicherheit, Stabilität und Wohlstand müssen exportiert werden. Zu einer Ausweitung der Europäischen Union in Richtung Osteuropa gibt es keine Alternativen, es sei denn, um den Preis von Instabilität eben aus diesen Ländern. Sicherheit ist Überleben und Zukunft. Es hängt von uns allen ab. Die Steirer, rund 60.000 freiwillige Bürger, zeigen durch ihre Mitarbeit in der von Humanismus getragenen Einsatzorganisation, daß sie bereit sind, ihren Beitrag zur Sicherheit zu leisten. Die Politik war noch nie so gefordert, für unsere Sicherheit sachlich fundierte Rahmenbedingungen zu schaffen. Herr Kollege Korp hat in der Gruppe 0 gesagt, daß die Zeit von großen Umbrüchen geprägt ist. Herr Kollege Dipl.-Ing. Grabner erklärte, daß der Friedenssicherung in der Europäischen Union die größte Bedeutung zu zollen ist. Aus der Steiermark sollen Anstöße für die

Sicherheit in Europa kommen. Hier kann ich nur d'accord sagen: Nützen wir unsere Chance. Arbeiten wir gemeinsam. Die Vorsorge ist derzeit äußerst mangelhaft. Gefährden wir nicht Sicherheit und Freiheit im Land. Tun wir etwas für unsere Steiermark. (Allgemeiner Beifall. – 14.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Damit hat auch der Herr Abgeordnete List seine erste Rede gehalten, und er hat das Ohr des Hauses gefunden. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (14.45 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich trete hier nicht an, um Antworten auf meine Vorredner zu geben. Aber es sei mir dennoch gestattet, im Anschluß an die Rede vom Kollegen List zu sagen, daß es ein gutes Zeugnis ist, wenn man im steirischen Landtag auch der Sicherheit, öffentlichen Ordnung, dem Bundesheer und den Einsatzorganisationen so viel Aufmerksamkeit widmet, daß sich so viele Redner bereit erklärt haben, dazu Stellung zu nehmen. Wenn hier der Wunsch vom Kollegen Schinnerl geäußert wurde, „Darstellung im ‚Blaulicht‘ – Wortmeldung von Politikern“, so ist mein Standpunkt dazu, Politiker haben immer die Möglichkeit, für die Einsatzorganisationen etwas zu tun, ohne sich selbst in einem Fachblatt darzustellen, und die Feuerwehren sind, und dazu bekennen wir uns, eine völlig unpolitische oder, wenn Sie wollen, überparteiliche Organisation. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Wort zum heute strapazierten Ort Krško: Wenn das die große Gefahr ist, so müssen wir sagen, mit Kommunisten war nie ordentlich und leicht zu verhandeln. Wenn sich auch die politische Situation in unseren Nachbarländern geändert hat, die Kommunisten sitzen dort immer noch, um njet und nein zu sagen. Ein Wort zum Beirat, der hier gewünscht wurde. Ich bin dafür, daß man sehr flott und schlüssig die Anliegen behandelt. Wenn Kollege Schinnerl sagt, machen wir einen Beirat für die Feuerwehren, dann hätten wir das Thema gleich weg, dann sage ich, machen wir einen Beirat für die Musikkapellen, und dann ist das Thema eigentlich beendet. (Abg. Schinnerl: „Haben wir!“)

Dennoch erscheint es mir erforderlich, daß bei dieser Besetzung, und ich sage das in Anwesenheit der Einsatzorganisationen, der Feuerwehroffiziere, in Anwesenheit des Landesbranddirektors, seiner Stellvertreter und des Herrn Hofrat Konrad von der Katastrophenschutzabteilung, es um eine zügige Abwicklung geht.

Ich freue mich darüber, daß man auf diese Art und Weise die freiwilligen Feuerwehren – und die Freiwilligkeit wurde einmal schon deutlich hervorgehoben, und man kann das nicht oft genug tun, daß dies ihnen ermöglicht wird. Freiwilligkeit in einer Zeit bei steigendem Materialismus, wo jeder nur schaut, was könnte mir mehr bringen, wo könnte ich mich sicherstellen, hat in der heutigen Zeit eine enorm große Bedeutung. Im vergangenen Jahr, im Mai 1995, konnte im Interesse der steirischen Feuerwehren in Groß St. Florian – das ist zufällig meine Heimatgemeinde – das steirische Feuerwehrmuseum eröffnet werden. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, und das geschah mit größter Unterstützung der steirischen Feuerwehren, das geschah im Interesse der rund 45.000 Florianijünger in der Steiermark, weil es möglich ist, dort die historische Entwicklung des Feuerwehrwesens in der Steiermark würdig darzustellen, und vor allem ist es gelungen, eine Stätte der Information zu schaffen über die Bedeutung der Feuerwehren in unserer Zeit. Darüber hinaus ist es sehr interessant zu sehen, was die freiwilligen Feuerwehren in der Vorkriegszeit durchmachen mußten, was während des Krieges den Frauen als Feuerwehrhelferinnen für Bedeutung zugekommen ist und welche rapide Entwicklung das Feuerwehrwesen in der Steiermark nach 1945 genommen hat. Ich darf hier an dieser Stelle in Anwesenheit der Feuerwehroffiziere, an der Spitze aller dem Landesbranddirektor, für die ideelle Unterstützung und dann auch für die materielle Unterstützung ein aufrichtiges Danke sagen. Er hat sich auch bereit erklärt, in dem Verein „Steirisches Feuerwehrmuseum“ den Obmannstellvertreter zu machen, gemeinsam dort den Obmannstellvertreter zu machen mit den jeweiligen Bürgermeistern der Marktgemeinde, so wie es in den Statuten verankert ist. Ich sage dir, sehr geehrter Herr Landesbranddirektor, auch persönlich für deine überzeugende Arbeit in diesem Zusammenhang einen aufrichtigen Dank. Es ist eine Großleistung für unsere steirischen Feuerwehren! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

All das wäre nicht möglich gewesen, hätten wir nicht die Unterstützung des Landes gehabt, damals mit Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der immer gesagt hat, „wenn es nicht von heute auf morgen geht, so ist es mein besonderer Wunsch, das Feuerwehrwesen so darzustellen, wie es das Feuerwehrwesen in der Steiermark verdient, und wir eröffnen lieber ein oder zwei Jahre später, wenn die Mittel eben bereitgestellt werden können“. Und ohne sein Zutun und ohne seine permanente Subvention (Abg. Schinnerl: „Unsere!“) wäre es nicht möglich gewesen, in diesem Ausmaß ein Museum zu errichten, das rund 10.000 Besucher bereits in der ersten Saison – sie begann verspätet am 22. Mai und endete am 1. November – verzeichnen konnte. Es ist mir aber auch eine Freude zu spüren und zu sehen und zu hören, daß Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic als Referentin für das Steirische Feuerwehrwesen diesen Gedanken so hoch hält, daß ja auch ihre Unterstützung nicht nur der Feuerwehr, sondern auch dieser kulturellen Einrichtung, die auch eine Bedeutung für den Bezirk nicht zuletzt hat, aber auch für das Feuerwehrwesen in der Steiermark selbstverständlich, ein wesentliches dazu beiträgt. In diesem Sinne ein steirisches Gut Heil! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brunner (14.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Zitz hat sich gewundert, daß ich zum Thema „Feuerwehr“ sprechen möchte und sprechen werde. Christian Krauß, der Rauchfangkehrermeister von Deutschlandsberg, ist Feuerwehrmann und Mit-

glied unseres Parteivorstandes, und mein Sohn ist auch Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Nestelbach, vielleicht stammt daher mein Faible für die Feuerwehren. Es ist bei diesen Budgetdebatten immer der richtige Ort, den Einsatzorganisationen danke zu sagen für das, was sie für dieses Land leisten, und alle diese positiven Dinge dieser Einsatzorganisationen und auch des Landes hervorzuheben. Und ich schließe mich sehr gern und uneingeschränkt und aus Überzeugung diesem Dank an. Aber, meine Damen und Herren, eine Budgetdebatte in diesem Landtag ist auch der Ort, die Probleme, die wir auf diesem Gebiet haben, anzusprechen, weil die Damen und Herren der verschiedenen Einsatzorganisationen haben das Recht, daß wir uns auch mit den Problemen, die sie haben, beschäftigen. Die Einsatzorganisationen, insbesondere die freiwilligen, und darunter wieder insbesondere die Feuerwehr, waren immer in der Vergangenheit und heute noch, und es soll auch in der Zukunft so sein, auch Träger einer gewissen Kultur. Nicht nur, daß sie beste Dienste geleistet haben, um Katastrophen in diesem Lande abzuwenden oder zu minimieren, sie waren auch Träger und sind auch Träger einer Kultur. Aber wir können nicht darüber hinwegsehen, daß die Katastrophenbekämpfung heute intensivst technikorientiert ist. Daß wir also die Technologisierung dieser Katastropheneinsätze uns vor Augen führen müssen, und damit sind wir sofort bei der Finanzierbarkeit. Diese Technikorientierung bedeutet, daß wir gewaltige Mittel aufwenden müssen, um diese Einsatzorganisationen entsprechend auszustatten, damit sie der Katastrophen Herr werden können. Wenn es um die Finanzierbarkeit geht, dann können wir nicht mit dem Zehn-Prozent-Rasenmäher darüberfahren und sagen, naja, die Feuerwehrautos dürfen jetzt nur minus 10 Prozent kosten, sondern dann geht es darum, über Strukturreformen zu diskutieren, und dann geht es darum, über Prioritäten zu diskutieren. Ich möchte ein paar Punkte in dem Zusammenhang ansprechen.

Es geht meines Erachtens erstens darum, daß man Stützpunktfeuerwehren festlegt beziehungsweise einen Plan für Stützpunktfeuerwehren hat und daß man diese Stützpunktfeuerwehren optimal nach dem letzten Stand der Technik ausstattet. Wenn in Deutschlandsberg – so ist mir gesagt worden – kein Fahrzeug mit Sonderlöschmittel vorhanden ist aus Geldmangelknappheit, obwohl wir dort in diesem Bezirk die Firma Siemens haben, dann liegt für einen Laien wie für mich – ich bin ein Laie auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens – auf der Hand, daß man dort bei der Firma Siemens wahrscheinlich mit Wasser nicht optimal löschen kann. Also, wir brauchen eine Festlegung von Stützpunktfeuerwehren, einen Plan für solche Stützpunktfeuerwehren.

Zweitens geht es meines Erachtens auch darum, daß man den Bedarf erhebt, den die Feuerwehren an Sachmitteln haben. In dem Zusammenhang wird es wahrscheinlich nicht ohne schmerzliche – ich sage das auch im Angesicht der Herren Feuerwehrmänner – dabei wird es – und das ist schmerzlich – nicht ohne Streichungen gehen. Herr Kollege Schinnerl hat es schon gesagt, es gibt Orte, da haben wir mehrere Feuerwehren, beispielsweise in Fraental, 2000 bis 3000 Einwohner, drei Feuerwehren, oder in Hollenegg

2000 Einwohner, fünf Feuerwehren. Und es könnte sein, daß es in solchen Orten zu einem quasi Wett-rüsten der Feuerwehren kommt. Das geht nicht, das ist den Herren der Feuerwehrorganisation vollkommen klar. Da werden wir wahrscheinlich schmerzliche Schnitte tun müssen. Da werden wir wahrscheinlich einiges einsparen müssen, weil wir zum Beispiel diese fünf Feuerwehren in Hollenegg nicht alle gleich ausstatten können nach dem Stand der Technik. Diese eingesparten Mittel sollen dann dazu verwendet werden, die Stützpunktfeuerwehren optimal auszustatten.

Ein Drittes möchte ich ansprechen, wofür diese eingesparten Mittel verwendet werden sollen, nämlich für die optimale Ausrüstung der Feuerwehrmänner, und ich weiß nicht, meine Herren, ob es auch Feuerwehrfrauen gibt oder in Zukunft geben wird? Also auch für die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen. Diese optimale Ausstattung der Einzelpersonen ist nicht zuletzt oder sogar primär aus Gründen des persönlichen Schutzes notwendig. Wenn ich mir die Geschichte anschau, dann hat es unter anderem Einzelaktionen, zum Beispiel Feuerwehrhelmaktionen, gegeben. Es sind ja schon Aktivitäten auf dem Gebiet entfaltet worden. Aber ich bin dafür, daß wir ein bißchen bei den Feuerwehren, die gehäuft in bestimmten Orten da sind, einsparen und diese eingesparten Mittel nicht nur in die Stützpunktfeuerwehren geben, sondern auch in die persönliche Ausrüstung der Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen.

Ein Viertes, Herr Kollege Schinnerl hat das schon angesprochen, es geht um eine optimale Versicherung. Ich höre, daß Dienstverrichtungen, die gesetzlich oder behördlich angeordnet sind, nicht unter den Versicherungsschutz fallen. Da gehören die Bundesgesetze schnellstens geändert. Sie können sicher sein, meine Damen und Herren von der Feuerwehr, daß das Liberale Forum auf der Bundesebene diesbezügliche Aktionen unterstützen wird. Mein Freund und Kollege Christian Krauß, ich habe ihn schon angesprochen, hat bei einem Feuerwehreinsatz eine kleine Verletzung erlitten, hatte aber keinen einhundertprozentigen Krankenstand, denn das wäre abgegolten gewesen durch die Versicherung. Seine Verletzung ist nicht von der Versicherung, sondern aus dem Hilfsfonds abgegolten worden.

Ein Fünftes, und vielleicht trete ich mit diesem fünften Punkt in ein Fettnäpfchen, ich tu's aber trotzdem, man sollte auch über die Bekleidungsrichtlinien diskutieren und vielleicht darüber diskutieren, daß die Feuerwehrleute zu festlichen Anlässen ihre Einsatzuniform tragen dürfen, weil das Unterscheiden zwischen Einsatzuniform und Ausgangsgarnitur eine gewaltige finanzielle Belastung darstellt. Vielleicht wollte man die Funktionäre der Feuerwehr davon ausnehmen. Aber jedenfalls könnte man darüber eine Diskussion abführen.

Ein Sechstes: Bei der Vergabe der Förderungsmittel und bei den Bedarfszuweisungen erwarte ich mir tatsächlich ein überparteiliches Verhalten, meine Damen und Herren. Die Feuerwehren sind überparteilich, aber die Vergabe der Förderungsmittel und der Bedarfszuweisungen im Zusammenhang auch mit Feuerwehrausstattung, ob das immer überparteilich geschieht, das möchte ich ein bißchen in Frage stellen.

Wenn Kollege Purr von der Überparteilichkeit redet, der Überparteilichkeit der Feuerwehr, d'accord, da bin ich bei ihm, aber ich bin sehr wohl dafür, daß bei der Vergabe der Förderungsmittel und den Bedarfszuweisungen eine gewisse Objektivierung erfolgt. Ich sehe nicht ein, daß das in anderen Bundesländern gelingt, wo es Richtlinien der Regierung gibt. Auf Grund der Richtlinien werden die Förderungsmittel und die Bedarfszuweisungen vergeben, aber in der Steiermark werden diese Förderungsmittel und Bedarfszuweisungen offensichtlich immer noch als generöse Akte von Landesfürsten oder Landesfürstinnen angesehen. Nochmals: Mein positiver konstruktiver Vorschlag in diesem Zusammenhang ist, daß Richtlinien erlassen werden im Schoße der Landesregierung, betreffend die Vergabe solcher Mittel, daß tatsächlich nachvollzogen werden kann, warum die eine Feuerwehr etwas bekommt und die andere nicht, die eine Gemeinde etwas bekommt und die andere Gemeinde nichts oder weniger bekommt.

Siebtens und letztens: Den freiwilligen Feuerwehren bereiten auch einige Vorschriften der Europäischen Union, insbesondere Normungsvorschriften, Schwierigkeiten. Meine Bitte an die Frau Feuerwehrreferentin in der Landesregierung ist, das Europareferat zu beauftragen nachzuschauen, welche EU-Richtlinien unseren Feuerwehren tatsächlich Probleme bereiten. Meine Bitte an dich, Frau Landeshauptmann, ist es auch, daß du dann, wenn das Europareferat der Landesregierung das ausgearbeitet hat, auch uns, den fünf Landtagsparteien, eine Ausarbeitung über das Problem EU-Recht, Normungen, Feuerwehr, zukommen läßt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend einen Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brunner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz einbringen, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich vorzulegen:

Erstens: eine Erhebung des Bedarfes der Feuerwehren an Sachmitteln.

Zweitens: einen Plan, betreffend Stützpunktfeuerwehren und deren adäquate Ausstattung an Sachmitteln. (15.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Posch. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (15.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Letzter in dieser Runde steht man unter Zeitdruck, und eure Blicke auf die Uhren beweisen das. Ich werde mich daher bemühen, euren Anforderungen gerecht zu werden. In Absprache mit meinen beiden Flachland-ÖVP-Kollegen Majcen und Prutsch, diesen Begriff haben wir vorher ausgesprochen, und die Freundschaft bleibt bestehen, möchte ich in aller Kürze, aber in besonderer Dankbarkeit ein Thema aufgreifen, und zwar ist das unsere Bergrettung. Mein Vorgänger hier auf diesem Platz über viele Jahre, Richard Kanduth, hat hier zu diesem Anlaß eigene Erfahrungen und eigene Erlebnisse einbringen

können. Ich kann das nicht, denn ich habe auf diesem Sektor keinerlei Erfahrung oder Erlebnisse in diese Richtung. Aber als Bürgermeister der Marktgemeinde Admont wohne ich direkt am oder im Gesäuse, und aus der Nähe zum Gesäuse ist auch die Nähe zum Geschehen mit diesem Personenkreis sehr verbunden. Ich habe daher den Einblick in das Geschehen in unseren Bergen und rund um die Bergrettung. Ein aktueller Anlaß wurde heute schon angesprochen, ich glaube, es war der Kollege Schinnerl, und zwar das 100-Jahr-Jubiläum unserer Bergrettung. Auch ich habe mir dieses Thema vorgemerkt und darf hierbei aus einem Zeitungsbericht zitieren: „Rekordeinsätze zum 100jährigen Jubiläum. Der abgelaufene Winter 1996 war wie jener vor 100 Jahren, als das alpine Rettungskomitee, eine Vorläuferin der heutigen Bergrettung, gegründet wurde, ein Lawinenwinter. Die Natur verzieh in diesem Winter keinen Fehler. Dazu kommt, daß viele eben sehr leichtsinnig sind.“ Mit diesen Stichworten aus einem Bericht heraus über die Bergrettung, über das 100-Jahr-Jubiläum, möchte ich dieses Jubiläum noch einmal ansprechen. Mit diesem Jubiläum kann berichtet werden, daß die Bergrettung Steiermark mittlerweile ein Netz von 53 Ortsstellen mit 1450 ehrenamtlichen Bergrettungsfrauen und -männern aufgebaut hat. Vom 26. bis 28. April wird dieses Jubiläum gefeiert, und am 26. April findet in Kapfenberg eine Schauübung statt. Ob von uns jemand teilnehmen kann, werden die nächsten Stunden zeigen, ob wir bis zum 26. April aus diesen Räumen wieder hinaus dürfen – wir hoffen es aber. Insgesamt zählte die Bergrettung 1995 1614 Einsätze, das sind um 184 mehr als im vergangenen Jahr, und die meisten davon auf der Piste.

Über diese offizielle Darstellung hinaus einige kurze Gedanken noch von meinem eigenen Obmann zu Hause, einem Bergsteiger in der Nachfolge von bekannten Namen, wie Rupaar oder Kanduth. Er hat mir einige Details mitgegeben, die ich hier in aller Kürze nochmals erwähne, um den Ausbildungsstand und die Vernetzung des Bergrettungsdienstes über die Aufgaben im eigenen Bereich hinaus darzulegen: Es gibt in der Zwischenzeit internationale Lehrunterlagen, die allen Bergrettungsmännern zur Verfügung stehen, die wichtig sind, wenn es hier zu übergreifenden Einsätzen kommt, und auch wichtig sind, daß alle, ganz gleich in welchem Gebiet, wissen, wie sie sich mit manchem Material verhalten sollen. Es geht hier ein internationaler Austausch der Vorgangsweise und der Materialien vorstatten. Die Ausbildungsarbeit überhaupt wird sehr gepflogen, und es ist ein einheitliches Vorgehen mit den Bergführern und den Heeresbergführern. Auch hier ist es eine, in erster Linie für die Sicherheitsfrage, wichtige Frage, die im Einsatzfall alle zusammenführt, damit alle miteinander wissen, was im Einsatzfall zu tun ist. In unserem Bereich, ein ganz interessantes kleines Detail, an der Grenze Steiermark/Oberösterreich, ist die Landesgrenze nicht unbedingt mit den Gebirgskämmen in Einklang zu bringen, und es helfen sich hier die Bergrettungsdienste grenzübergreifend in einem kleinen Grenzverkehr gegenseitig unbürokratisch und problemlos. Zu den Bergrettungsmännern gehören in der weiteren Verbindung das eine oder andere Mal auch die Ärzte. Es gibt in der Zwischenzeit ein fest integriertes mitgeschultes und in die Ausbildung eingespanntes

Ärzteteam. Hier ist also die Reihe Rettung, Hilfe und auch ärztliche Versorgung geschlossen, und die Ärzte sind eben in die Bergrettung fest mitintegriert und ein wichtiger Bestandteil für die Hilfe, den verunglückten Menschen gegenüber. Zu all dem ist aber ein Punkt in den letzten Jahren immer wichtiger geworden, das ist die schnelle Hilfe. Waren es früher stundenlange Märsche, die leider oft dann eine vergebliche, zu späte Hilfe gebracht haben, so ist es seit vielen Jahren der Hubschrauber, der in Verbindung mit den Bergrettern oder mit den Flugrettern heute nicht mehr wegzudenken ist. Heute sind es Gott sei Dank oft wenige Minuten, die auf Grund der Einsatzpläne der Hubschrauber oder der Bergretter und wirklich sehr wagemutiger und hochqualifizierter Piloten den Verunglückten Hilfe bringen können. Zumeist passieren diese Einsätze doch bei Schlechtwettereinbrüchen, bei unsicherem Wetter, und es sind wirklich oft akrobatische Leistungen, die hier Piloten und Bergretter im Dienste ihrer Mitmenschen vollbringen.

Ich bedanke mich schlußendlich bei allen, die mitarbeiten, aber ganz im besonderen bei unserer Frau Landeshauptmann Klasnic, nicht nur für die finanzielle Ausstattung, sondern daß sie auch das Herz für unsere Einsatzkräfte hat. Ich bedanke mich bei allen Bergrettern und Piloten, aber über die Bergrettung hinaus bei allen Sicherheitskräften, Einsatzorganisationen, ob Rettung, Feuerwehr, ob freiwillig oder beruflich, und wünsche allen, daß sie immer wieder gesund von ihren Einsätzen nach Hause kommen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich darf nun der Frau Landeshauptmann als zuständige Ressortverantwortliche das Wort erteilen.

Landeshauptmann Klasnic (15.08 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber vor allem jene Damen und Herren, die sich draußen auf der Zuschauer- und Zuhörertribüne befinden!

Ich möchte in dieser Stunde sagen, daß es mir sehr, sehr viel Freude macht in meinem neuen Aufgabenbereich, das Referat für Katastrophenschutz zu haben. Es ist die Nähe zu den Menschen und vor allem auch das Kennenlernen von Schicksalen, aber auch das Kennenlernen von Menschen, die bereit sind, Einsatz zu geben, Einsatz zu üben, über Jahre und Jahrzehnte hinaus einfach da zu sein, wenn sie gebraucht werden. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren, die hier jetzt gerade zum Thema sehr, sehr viel angesprochen haben, das ich voll und ganz in weiten Bereichen unterstreichen kann. Ich möchte Ihnen auch versichern, daß es an Objektivität nicht mangeln wird. Und wenn man genau zugehört hat, der Kollege Prutsch zum Beispiel hat es beschrieben, wie eine solche Vergabe erfolgt, und wenn man aber auch die Partnerschaft in den einzelnen Organisationen kennt, aber auch die Transparenz der Kassenberichte, dann kann es nichts Unobjektives geben, weil der Prüfungen gibt es viele und der Kontrollen auch. Ich darf gleichzeitig versichern, daß wir alle bemüht sind, und ich habe ein bißchen das Gefühl gehabt, es ist jenes Kapitel, wo sich der Landtag findet und wo dieses Miteinander in weiten Bereichen zum Tragen kommen kann, nämlich

bei den Worten „Sicherheit“, bei den Worten „Einsatz“ und bei den Bereichen, wo man sagt, daß wir eigentlich, die wir hier im herinneren Teil des Saales sind, danke sagen wollen zu jenen, die heute vertreten werden durch die, die hier sind, und für die vielen tausend, die draußen sich einsetzen und nicht fragen für wen, nicht fragen wofür und nicht fragen warum. Sie tun es einfach. Und dafür gilt unser Dank Ihnen, und das ist auch der Grund, warum Sie heute da sind. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Wenn wir von Vorsorge, von Sicherheit reden, dann denke ich daran, daß es vor zwei Tagen wieder eine Ausstellung gab, eine Wanderausstellung, aus der Feuerweherschule kommend, in die Wirtschaftskammer weitergehend, in die Arbeiterkammer, die den Titel trägt „Vorsorgen statt sorgen“, und das ist es eigentlich, wo ich glaube, daß es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelungen ist, viel an Vorsorge, viel an Sicherheit zu bieten, daß manches nicht mehr geschehen kann und wo ich zum Beispiel mit dem Kollegen Schinnerl voll und ganz übereinstimme, wenn er sagt, der Titel in manchen Bereichen sollte ein anderer sein. Es ist vielmehr die technische Vorsorge, die technische Gefahr, die wartet. Und es ist in weiten Bereichen nicht der Brand.

Beim Herrn Abgeordneten Herrmann, ja, Sie haben mich im ersten Satz schon auf die Idee gebracht, daß es für uns als Gemeindereferenten selbstverständlich ist, und es vergeht kein Bürgermeistergespräch, wo nicht mindestens einmal das Wort „Feuerwehr“ vorkommt und wo man sagt, dort sind Sorgen, da sind Sorgen, da wird etwas gebraucht, und da ist die Gemeinde eigentlich selbstverständlich bereit, fühlt sich verpflichtet und tut es auch gerne, mitzuzahlen. Und da möchte ich schon auch wieder dem Kollegen Schinnerl eine Antwort geben, weil er über die Häuser gesprochen hat. Ja, allein im Bezirk Weiz gibt es Wünsche nach zwölf neuen Rüsthäusern. Nur, da sind wir d'accord und wissen, worüber wir reden. Das sind Wünsche, das sind legitime Wünsche, wo man sagen muß, dort, wo gearbeitet wird, soll man auch das Gefühl haben, es gibt ein Dach über dem Kopf, und da werden wir einen Weg finden.

Katastrophenhilfegesetz ist angesprochen, es wird ein Vorschlag ausgearbeitet. Herr Hofrat Wielinger und Herr Hofrat Konrad als Legisten in dem Fall arbeiten daran, wird dem Hause zugeleitet werden, ist ein Antrag von uns gewesen und wird auch weiter unterstützt, kann aber auch ruhig als gemeinsamer Antrag gesehen werden, weil ich glaube, daß das wichtig ist.

Freiwillige Feuerwehren waren ein Thema. Ich möchte nur klarstellen, weil es wirklich von allen so gemeint wird, diesen Versicherungsschutz. Es geht um einen verbesserten Versicherungsschutz. Es gibt einen Versicherungsschutz, aber er ist auszubauen, aufzubauen, und da habe ich wirklich die Aufgabe und mache das mit viel Freude und in Verbundenheit für meinen Vorgänger Josef Krainer, der Katastrophenschutzreferent gewesen ist und wo ich auf einem Fundament aufbauen kann, wo man sagen kann, hohes Niveau, aber es bedarf auch weiterer guter Zusammenarbeit, und wir werden es zusammenbringen.

Vergangenen Sonntag war ich in der Feuerweherschule in Lebring, war eigentlich ein einfach beeindruckender Nachmittag. Es war strahlend schön, am Vormittag war ich bei den Blasmusikern und am Nachmittag bei der Feuerwehryugend dieses Landes. Es war eine große Abordnung dort. Es gab diesen sogenannten Anhänger, „Jugendanhänger“ wird er genannt. Wenn man dann gespürt hat, wie viele junge Menschen bereit sind mitzutun und welche eigentlich ideologische und geistige Aufgabe auch in all diesen Einsatzorganisationen, das gilt jetzt nicht nur für die freiwillige Feuerwehr, das gilt für das Rote Kreuz und für die Rettungsorganisationen, für die anderen ganz genauso, daß man mit der Jugend gemeinsam etwas gestaltet, daß man ihnen etwas vorgibt, daß man sie einbindet, daß man ihnen Pflichten auferlegt, daß man ihnen aber auch sagt, wo sie Rechte haben, daß man ihnen vertraut und etwas zutraut. Das ist es eigentlich, was die jungen Menschen unseres Landes brauchen, und darum brauchen wir auch diese Gemeinschaftsorganisationen, und es ist gut, daß es sie gibt. In diesem Zusammenhang in Lebring wurde mir gezeigt, Atemschutzwerkstätte wie Lebring ist fortschrittlich, ist bitte wirklich großartiger Standard, aber gerade in der Atemschutzwerkstätte muß ein Zubau kommen. Wir haben lange darüber beraten, es ist auch besprochen, wie er finanziert werden kann, wird geschehen.

Ein Thema auch hier an diesem Pult war die Einsatzkleidung. Auch hier kann man sagen – und Herr Kollege Brünner, nur eine Antwort –, es gibt natürlich Stützpunktfeuerwehren, aber die freiwillige Feuerwehr hält es da ein bißchen anders. Sie wollen sagen, wir sind eine freiwillige Gemeinschaft, und wir sind eigentlich in der Ansprache alle gleich. Sie schreiben es nicht auf ihre Jacke hinauf „Stützpunktfeuerwehr“, aber es haben manche größere Aufgaben und einen weiteren Aufgabenbereich. Das gibt es, da gab es eigene Programme, von den Drehleitern beginnend. Ich glaube, daß wir da auf einem guten Weg sind, und das Landesfeuerwehrrinspektorat, aber vor allem der Landesfeuerwehrverband hat hier bitte Vorarbeiten geleistet, Aufbauarbeit, und wir können auch hier weiterarbeiten.

Budgetentwicklung, auch das ist ein Thema, das angesprochen worden ist. Ich brauche es nicht im Detail sagen. Der Vergabemodus, der auch hier angesprochen wurde, ist vor allem mit dem Landesfeuerwehrverband in einem neuen Gespräch festzulegen. Der Landtag wird sich mit dem Thema des Vergabegesetzes noch einmal beschäftigen. Und gerade bei diesen Vergaben ist mir wieder bewußt geworden, und die geschehen nicht im Kämmerlein, sondern da kommt zum Beispiel der zuständige Bürgermeister von Sinabelkirchen, Abgeordneter hier im Hause, war mit dem Bezirksfeuerwehrkommandanten, mit dem Hauptbrandinspektor, mit dem Landesfeuerwehrkommandanten, die waren alle beisammen, und dann wird darüber geredet, was wird vergeben. Da muß man dann sagen, es gibt natürlich gerade im großen Europa neue Richtlinien, da muß es die notwendige Information geben, wird von seiten der Abteilung auch geboten, und wir werden uns darum auch weiterhin bemühen.

Ich erspare mir alle Daten, weil sonst müßte ich die Redner wiederholen, und ich glaube, das ist nicht das Ziel. Ich möchte nur ein paar Dinge ansprechen. Ähnlich wie bei der freiwilligen Feuerwehr liegt es auch in jenen Bereichen – Rotes Kreuz. Wer heute früh den Rundfunk gehört hat, weiß, daß das Rote Kreuz, Dienststelle Graz, ganz besondere Sorgen hat. Ich weiß, daß auch dort eine Verbesserung des ASVG-Versicherungsschutzes gebraucht wird, ist eigentlich auch ein bißchen mit den anderen Einsatzorganisationen zu vergleichen. Ich weiß aber gleichzeitig, daß es enormer Kosten und eines enormen Mitteleinsatzes – ich rede jetzt von den KRAZAF-Mitteln, sprich Gemeindemitteln – auch vom Kollegen Schachner und aus meinem Ressort bedarf, je nachdem, wo der Standort des Rotkreuzgebäudes ist, daß man sagt, die Ausstattung muß stimmen, und ich rede gerade über die Verhandlungen, zum Beispiel, da wären wir beide auch betroffen, Schladming, Aussee oder Voitsberg, um es zu nennen, je nachdem, wo die Zuständigkeit des Gemeindeferenten ist.

Hubschrauberrettungsdienst, ein Thema, das sofort hereingekommen ist, als ich begonnen habe. Ich glaube, daß man sehr deutlich sagen muß, daß wir als Land eine einseitige Kündigung des Bundes auch ohne Begründung einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Das Land hat seine Beiträge, nämlich diese 9 Millionen Schilling pro Jahr, pünktlichst geleistet, die Verhandlungen sind seit Jänner laufend. Es gibt laufend Verhandlungen mit den Ländern und mit dem Innenministerium und dem zuständigen Finanzministerium. Aber ich sage auch ehrlich dazu, man kann nicht nur warten, was eine Verhandlung ergibt. Gleichzeitig verhandelt unser Hofrat auch – in dem Fall Hofrat Konrad – mit dem ÖAMTC, wie es in anderen Bundesländern läuft, falls das eine überhaupt nicht klappen soll, aber wir erwarten, daß es klappt. Aber es muß ein Netz aufgebaut sein, daß wir nicht vor dem Nichts stehen, das können wir unserer Bevölkerung nicht zumuten, und das wollen wir auch nicht.

Ich freue mich auch, daß die Bergrettung angesprochen wurde. Ich war voriges Jahr selbst bei diesem Sommerlager mit anschließender Übung in Gössl, im Ausseer Land, dabei. Nicht nur, daß es ein strahlend schöner Tag war, sondern er war auch äußerst interessant. Ich würde eigentlich die Bergrettung bitten, daß sie einfach allen Kollegen des Steiermärkischen Landtages, und ich sage jetzt bewußt, allen, eine Einladung schicken, wenn es eine solche Abschlußübung gibt. Man hat überhaupt keine Vorstellung, was dort geschieht, und man unterschätzt auch den Gefahreinsatz, der dort gebracht werden muß. Ich habe an diesem Tag unendlich viel gelernt. Wenn man die Zeitungen gelesen hat oder vielleicht auch persönliche Betroffenheit in diesen Tagen verspürt hat über Lawineneinsätze, die notwendig gewesen sind, sei es jetzt durch menschliches Schicksal, durch Zufall oder durch Eigenverschulden, dann ist es einfach immer die Bergrettung, die sich einbringt, und bei diesem Jubiläum in Kapfenberg wird uns sicher wieder einiges nahegebracht werden.

Die Wasserrettung, die es auch gibt, wurde auch angesprochen. Auch zu dieser Wasserrettung möchte ich sagen, sie sind einfach still, sie sind aber unterwegs. Es gibt hier den Landesleiter Zangerle mit

seinem Team, der gerade seit dem Vorjahr das Recht hat, daß die Wasserrettung Steiermark auch das Landeswappen führen darf und sehr, sehr viel an eigenen Geldmitteln einbringt. Die Höhlenrettung, eine Gruppe von 70 Mann mit ganz speziellen Aufgaben, hat es als Vertragspartner des Landes nicht immer ganz leicht. Aber das bringt so dieser Katastropheneinsatz mit sich, daß die Aufgaben nicht leicht gesehen werden. Rettungshundebrigade, ein großer Wunsch, daß die Verhandlungen abgeschlossen wurden – eine anerkannte Organisation für besondere Rettungsdienste. Es gibt zusammen mit den anderen Einsatzorganisationen viel an Leistung, aber auch viel an Vertrauensvorschuß. Ich hoffe aber, daß wir gut weiterkommen.

Anzuführen wären der steirische Tauchsportklub, Selbstschutzgruppe der Wirtschaftskammer, Erster Österreichischer Fallschirmspringerklub, Versuchssenderverband, Referat Nottfunk und Technischer Hilfsdienst Graz und viele mehr, ich sage bewußt viele mehr, die heute und jetzt hier nicht genannt sind, sich aber auch ständig einsetzen und einfach diesen Dienst der Nachbarschaftshilfe und der Nächstenliebe tun. Zivilschutzverband, auch ein Thema, das hier angesprochen wurde. Ich möchte es nur unterstützen, daß wir gerade in diesen Tagen sagen können, daß in Zivilschutzkursen in Lebring sehr viel weitervermittelt wurde und daß es immer wieder gelingt, vor allem dem Geschäftsführenden Vizepräsidenten, unserem ehemaligen Kollegen Trampusch und dem Zweiten Vizepräsidenten Univ.-Prof. Propst, Leute zu motivieren. Unser Katastrophenschutzhofrat hat die Geschäftsführung, und so, wenn man das Netz anschaut, ist es ja in Ordnung. Es sind Menschen, die es tragen.

Die Landeswarnzentrale, muß man auch dazusagen, gibt es seit 1. Oktober 1985 – also über zehn Jahre – und ist eine dauerbesetzte Dienststelle. Ich habe heute mit dem Herrn Landesbranddirektor gesprochen, daß wir darüber nachgedacht haben, was es bedeutet „dauerbesetzt“, das heißt fünf Personen im Einsatz und immer erreichbar zu sein, und das bedeutet etwas. Es hat vor allem viel Engagement gebracht in Krisenfällen. Auch in diesen Tagen anzusprechen Tschernobyl, Jugoslawienkrise und so weiter. Ich glaube, daß wir spüren, daß wir überall, wo wir hinkommen, sagen können, es bemühen sich Tausende von Menschen, daß unsere Steiermark ein sicheres Land ist. Und das möchte ich der Frau Kollegin Zitz auch als Antwort geben. Ich glaube, man kann sich in wenigen Ländern dieser Welt, in wenigen Ländern dieser Welt, so wohl fühlen und das Gefühl haben, wir sind sicher. Und das sind wir wohl durch die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand, der öffentlichen Verantwortung, sage auch der Politik, mit den freiwilligen Organisationen. Aber diese Sicherheit haben wir vor allem durch die vielen freiwilligen Organisationen, die Tag und Nacht für uns diese Sicherheit gewährleisten, damit diese Frage ausgeräumt ist. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Eine zweite Antwort zu Krško möchte ich gerne geben: Auf der einen Seite hat Außenminister Wolfgang Schüssel mit seinem slowenischen Amtskollegen einen Vertrag unterfertigt über die gegenseitige Frühwarnung. Das ist ein Signal, wenn es um radioaktive Gefahren geht. Auf der anderen Seite hat mir

der Kollege Maitz erzählt, daß er im Nationalrat, also im Parlament, Verbündete und Kollegen aus allen Fraktionen gefunden hat, die mit ihm Anträge unterstützen, wo wir mithelfen wollen, eine Lösung für Krško zu finden. Es ist nur nicht so einfach, aber es gibt zumindest Vorschläge, und es ist das Wollen hier. Ich glaube, daß wir sagen können, daß das Innenministerium, und irgendwo hat man dann auch in einem Land jemanden, der darübersteht, und in dem Fall ist es das Innenministerium, uns ein gutes Zeugnis ausgestellt hat, nämlich am 18. September des vergangenen Jahres gab es im „Steiermark-Journal“ eine Formulierung „Wie schaut die Sicherheitspolitik in der Steiermark aus?“, und es ist eine Vorbildrolle der Steiermark angesprochen worden, sowohl in der menschlichen Leistung als auch in der Infrastruktur, daß wir österreichweit, und ich sage bewußt jetzt österreichweit am besten auf eventuelle Katastrophen vorbereitet sind. Diese Aussage ist für uns alle ein Ansporn, gut weiterzuarbeiten. Gut weiterzuarbeiten heißt aber auch, wenn man weiterbauen möchte, daß man immer wieder Menschen braucht, die uns begleiten. Ich möchte jenen Herren, die heute stellvertretend für Tausende hier sind, sehr herzlich danken, auf der einen Seite den beiden Vertretern des Roten Kreuzes, und ich möchte Sie beide hier auch nennen, und vor allem auch ihren Präsidenten Dr. Griß, der immer wieder auch unterwegs ist und mir natürlich in den ersten Tagen schon in Ihrer Begleitung versichert hat, wo die Wünsche sind, welche Vorstellungen man hat. In schrittweisen Möglichkeiten wird das eine oder andere umzusetzen sein. Alles zugleich zu versprechen, wäre nicht ehrlich gewesen.

Ich möchte zum Abschluß beim Wort Dank aber noch etwas sagen. Wir werden im Landesfeuerwehrverband in Kürze eine neue verantwortliche Führung bekommen. Ich möchte in dieser Stunde dem Landesfeuerwehrkommandantenstellvertreter Nagl sehr, sehr herzlich danken. Er ist Bezirksfeuerwehrkommandant von Feldbach seit 1977, das heißt nahezu 20 Jahre, ist seit 1950 bei der Freiwilligen Feuerwehr Feldbach und seit 1986 stellvertretender Landesfeuerwehrkommandant. Er ist auch 15 Jahre Finanzreferent des Landesfeuerwehrverbandes gewesen und kandidiert aus Altersgründen am 28. Mai bei der neuen Nominierung nicht mehr. Ich möchte ihm in dieser Stunde sehr, sehr herzlich danke sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Und zum Abschluß habe ich mir das aufgehoben, wo es mir persönlich auch sehr leid tut, daß es eigentlich eine sehr kurze Phase der Zusammenarbeit auf der Ebene gewesen ist, aber eine lange Phase des „Oft-Treffens“, des „Oft-miteinander-etwas-gestalten-zu-Können“, nämlich den Dank an unseren Landesfeuerwehrkommandanten Landesbranddirektor Strablegg, der eigentlich drei Feuerwehrreferenten gehabt hat. Er ist unter Landesrat Peltzmann gekommen, ist dann zu Landeshauptmann Krainer gewechselt und nun dann noch zu mir, zumindest für einige Monate, Herr Landesbranddirektor. Es ist eine großartige Feuerwehrkarriere, möchte ich fast sagen, und das ist auch die Karriere, daß man sagt, es ist die Karriere stellvertretend für viele, die Jahre und Jahrzehnte es mit Selbstverständlichkeit auf sich nehmen. Unser Landesbranddirektor Strablegg ist mit 15 Jahren der Freiwilligen Feuerwehr Voitsberg beigetreten, seit 1960

Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Voitsberg, 1966 wurde er Bezirksfeuerwehrkommandant von Voitsberg und ist zehn Jahre später, also 1976 – vor 20 Jahren –, an die Spitze des Landesfeuerwehrverbandes gewählt worden. 28 Jahre Bezirksfeuerwehrkommandant in Voitsberg – es war immer eine hervorragende Zusammenarbeit. Es gibt wahrscheinlich keine Dame bei den Abgeordneten und keinen Herren, aber für uns in der Regierung auch keinen, der den Landesbranddirektor nicht getroffen hat, der ihn eigentlich, trotz aller Erschwernisse und trotz aller Schwierigkeiten, aber auch schönen Situationen, immer dann auch mit einem Lächeln und mit einem guten Wort, aber vor allem mit einem aufmunternden Wort, gefunden hat. Und es ist vor allem in deiner Zeit gewesen, daß es große Fortschritte gegeben hat, sei es die Ausrüstung, seien es die Florian-Stationen, sei es der Ausbau der Feuerweherschule, das neue Kommandogebäude oder sei es vor allem auch die Leistung im Jugendfeuerwehrwesen. Es war ein Einsatz für diese Steiermark, es war ein Einsatz weit über die Grenzen hinaus, und wir sind sehr, sehr stolz auf diesen Landesbranddirektor. Es war aber auch der Führungsstil und die Kameradschaft, die in diesem Kreis spürbar ist und spürbar wurde. Ich möchte dir, Herr Landesfeuerwehrkommandant, im Namen der Steiermark, im Namen aller, die heute hier sind, von ganzem Herzen für all das danken, was geschehen ist. Ich möchte dir auch den Dank an die Familie weitergeben. Und das gilt auch wieder für alle Familien unserer Einsatzorganisationsverantwortlichen und ihre Helfer, weil ich weiß, daß diese eine gesamte Arbeit ist, und möchte dir vor allem alles, alles Gute wünschen und sagen, du bist uns nicht verloren, und wir werden jederzeit und oft mit dir zusammenkommen, aber wir sind sehr, sehr froh, dich gehabt zu haben in dieser Funktion. Ich wünsche in dieser Stunde auch der neuen Gruppe, dem neuen Team, das gewählt werden wird, das ist alles noch offen, soviel Erfolg, wie du es haben konntest. Dann ist mir um die freiwillige Feuerwehr und um die Einsatzorganisationen dieses Landes nicht bang. Alles Gute für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall. – 15.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 1 nicht vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Majcen: Ich verzichte!

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Er verzichtet, danke!

Es liegen zwei Beschlußanträge vor:

Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Wiedner, Ing. Peinhaupt und List, betreffend Vergabe der Feuerschutzsteuer.

Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Bünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Vorlage einer Bedarfserhebung und eines Planes bezüglich Stützpunktfeuerwehr und deren Ausstattung.

Ich werde die Abstimmung über die Gruppe 1 in folgender Reihenfolge vornehmen lassen:

Erstens über den Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlages für 1996, zweitens über den Antrag des

Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlages für 1997, drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Wiedner, Ing. Peinhaupt und List, betreffend Vergabe der Feuerschutzsteuer, und viertens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Vorlage einer Bedarfserhebung und eines Planes bezüglich Stützpunktfeuerwehr und deren Ausstattung.

Ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlages für 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlages für 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Wiedner, Ing. Peinhaupt und List, betreffend Vergabe der Feuerschutzsteuer, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Vorlage einer Bedarfserhebung und eines Planes bezüglich Stützpunktfeuerwehr und deren Ausstattung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die Minderheit.

Ich unterbreche die Sitzung des Landtages für 30 Minuten Lüftungspause. Wir sehen uns wieder um 16.00 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung: 15.30 bis 16.15 Uhr.)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (16.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“: Gesonderte Verwaltung, Personalvertretung der Landeslehrer, Pensionen der Landeslehrer, allgemeinbildender Unterricht, Sonderschulen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Berufsbildender Unterricht, Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, berufsbildende mittlere Schulen, land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen, berufsbildende höhere Schulen, Berufsausbildung schulentlassener Jugendlicher, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Förderung des Unterrichts, Förderung der Lehrerschaft, Schülerbetreuung, vorschulische Erziehung, Kindergärten, außerschulische Jugendberziehung, Jugendherbergen und Jugendheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Jugendferienaktionen, Jugendwarterraum und Spielberatung, Förderung von Jugendverbänden und ihrer Veranstaltungen, Förderung von Jugendzentren und Jugendinitiativen, Volksliedwerk, Sport, außerschulische Leibeserziehung, Turn- und Sporthallen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Erwachsenenbildung, Volkshochschulen, Volkshochschulbildungswerke, Volkshochschulbildungsheime, Forschung und Wissenschaft, Förderung von Universitäten und Hochschulen. Universitäts- und Hochschuleinrichtungen, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Insgesamt darf ich sagen, für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft in der Gruppe 2 sind Einnahmen für das Jahr 1996 von 7.794,189.000 Schilling und Ausgaben von 9.034,831.000 Schilling vorgesehen. In der Gruppe 2 darf ich auch gleich sagen, für 1997 Einnahmen von 7.794,189.000 Schilling und Ausgaben von 9.047,017.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte um Annahme der Ansätze 1996 und 1997. (16.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Unterricht, Erziehung, Wissenschaft und im zweiten Teil Sport behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich beginne mit dem ersten Teil der Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar, dem ich hiemit das Wort erteile.

Abg. Ussar (16.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade in einer Zeit, in der die Bedeutung lebensbegleitenden Lernens immer deutlicher erkannt und gefordert wird, bleibt die Schule meiner Ansicht nach noch immer die wesentlichste und grundlegendste Bildungseinheit des Landes. Die Dauer des Schulbesuches, die Qualität der Schulbildung und die Höhe des Schulbildungsabschlusses bestimmen weiterhin auch noch immer die Chancen für die Nutzung von Angeboten auch für die Erwachsenenbildung. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß wir eine humane Schule anstreben, welche die Gleichheit der Bildungschancen für alle sozialen Schichten und Regionen sichert, die Menschen zu solidarischem Verhalten und gesellschaftlichem Engagement erzieht sowie die besondere Förderung aller Benachteiligten, das möchte ich besonders betonen, mit einschließt. Wichtig für uns ist, daß eine solche Bildungspolitik sich nicht auf die Forderung nach formaler Chancengleichheit zurückziehen darf, sondern vielmehr verbürgen muß, daß für jeden Schüler – und ich betone das – die gleiche Chance besteht, seine eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entdecken, zu entfalten und seine eigene Persönlichkeit und Identität ohne Behinderung

entwickeln zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die humane Schule reduziert Schulangst, fordert größere Freude am Lernen und läßt die Kinder die Schule als persönliche Bereicherung erleben. Wir sind in einer neuen Situation insofern, daß wir eine zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile haben, daß die Einflüsse der Massenmedien immer größer werden und daß vor allem auch für unsere Kinder doch eine Einschränkung des Spiel- und Erholungsraumes vorhanden ist. Ich darf Ihnen sagen, daß rund 60 Prozent der Ehepaare und Mütter einen Beruf ausüben. Wir sehen dadurch, daß an die Lehrer in unserer Zeit ganz andere Anforderungen gestellt werden. Ganz kurz, wir haben im vergangenen Jahr die Schulgesetznovellen zum Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetz, zum Pflichtschulorganisationsgesetz hier im Hohen Haus verabschiedet. Ich darf zu meiner Freude sagen, daß die neue Schullandesrätin, die Frau Dr. Anna Rieder, die nächste Novelle bereits vorgelegt hat und daß wir in nächster Zeit die Novelle zum Schulzeitgesetz behandeln werden. Ich darf nur kurz in Erinnerung rufen, die Schulautonomie wurde in der 14. SchOG-Novelle behandelt, die ganztägigen Schulformen in der 15. SchOG-Novelle und die Integration behinderter Kinder ebenfalls in der 15. SchOG-Novelle. Ebenfalls haben wir unsere Verhandlungen bisher in einer sehr guten Atmosphäre geführt, praktisch diese Novellen einhellig beschlossen.

Ich möchte jetzt nicht mehr eingehen, was bei den ganztägigen Schulformen, was in bezug auf den Nachmittagsunterricht der Integration von behinderten Kindern beschlossen wurde. Ich möchte nur sagen, daß dieser Teil für uns sehr wichtig war, große Diskussionszeit in Anspruch genommen hat, weil wir gewußt haben, daß gerade im Rahmen der Behinderten es ganz wichtig ist, hier Möglichkeiten zu schaffen, die ein optimales Lernen oder Eingliedern dieser Kinder möglich macht. Wir haben derzeit in der Steiermark 3021 behinderte Kinder, davon sind 976 Kinder, das ist bereits jeder dritte Schüler, in einer Integrationsklasse. Wir haben von diesen Integrationsklassen, wo nicht behinderte Kinder mit behinderten Kindern zusammen sind, 307 Klassen im Volksschulbereich und darüber hinaus die restlichen Klassen in Hauptschulen und an Bundesschulen. Ich darf Ihnen noch sagen, daß die steirische Regelung eine Mitte ist gegenüber den anderen Bundesländern. Wir haben in diesen Integrationsklassen eine Schülerhöchstzahl von 24 und eine Mindestzahl von 16. Es dürfen maximal fünf behinderte Kinder in diesen Klassen sein. Bei drei behinderten Kindern kann bereits ein Lehrer zur Verfügung gestellt werden. Aus der Praxis darf ich Ihnen sagen, daß diese Zahl von fünf wirklich nur die Höchstzahl sein kann, weil hier die beiden Lehrer, die in der Klasse tätig sind, sich wirklich voll einsetzen müssen, um unter diesen Bedingungen optimale Erfolge zu erzielen. Sehr geehrte Damen und Herren! Wichtig ist nur eines, daß wir in der Integration in der Steiermark eine gute Lösung geschaffen haben. Der Bund ist nun daran, eine Lösung für die Hauptschule zu finden, weil wir uns hier noch in der Situation befinden, daß wir uns noch im Schulversuchsstadium befinden.

Wir haben auch im Rahmen dieser gesetzlichen Regelung die Möglichkeit geschaffen, daß Eltern Einspruch erheben können, wenn eine Schulsprengeländerung nicht nach ihren Wünschen durchgeführt wird. Ich möchte von dieser Stelle aus der Schullandesrätin Anna Rieder auch dahin gehend sehr herzlich danken, daß sie bereits einen neuen Versuch eingeleitet hat. Wir wissen, daß die Schihauptschule Stams in aller Munde ist. Erfreulich ist anzuführen, daß nun in der Schihandelschule Schladming ab Herbst 1996 zusätzlich ein dreijähriger Aufbaulehrgang mit Matura eingerichtet werden soll. Die Frau Landesrätin hat bereits 450.000 Schilling im Budget vorgesehen. Wichtig ist nun, daß die Verhandlungen mit dem Bund auch positiv verlaufen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf kurz über die Schulsituation in der Steiermark berichten: Wir haben 576 Volksschulen, 192 Hauptschulen, 39 Sonderschulen, 50 Standorte mit angeschlossenen Sonderschulklassen, 32 polytechnische Lehrgänge, 33 Standorte. Ganz kurz auch noch zu den Schülerzahlen, weil hier immer wieder ganz niedrige Schülerzahlen herumgeistern. In Wirklichkeit sind die Durchschnittszahlen an der Volksschule mit 19 Schülern, an der Hauptschule mit 23 Schülern, an der Sonderschule mit sieben Schülern und am polytechnischen Lehrgang mit 21 Schülern pro Klasse, das heißt, diese Zahl 9,7 Schüler pro Klasse ist in der Steiermark sicher in keiner Weise zutreffend.

Es gibt ein Koalitionsübereinkommen auch im Bereich Unterricht. Auch der Vizepräsident des Landesschulrates und die Vorsitzende des Sozialdemokratischen Lehrervereines haben dazu bereits Stellung genommen, weil hier auch im Rahmen dieses Abkommens die Finanzierung der Schule im privaten Bereich auch angeregt wird. Es heißt, die Schulen sollen Sponsoren aufreiben, um Budgetlöcher zu stopfen. Hier muß man sich wirklich ganz entschieden dagegen wehren. Auch die Frau Schullandesrätin hat in einem Interview bereits dazu Stellung genommen und gab zur Frage „Soll die Privatwirtschaft die Schule durch Sponsoring mitfinanzieren?“ folgende Antwort: „Es ist Aufgabe der Öffentlichkeit, den Betrieb und die Qualität der Schule sicherzustellen, daß man vielleicht mit privaten Geldern das eine oder andere Projekt finanzieren kann. Das mag durchaus gut zu befürworten sein, aber an und für sich“, und da bin ich mit der Frau Landesrätin ganz einer Meinung, „muß der Schulbetrieb an jeder Schule gleich und mit öffentlichen Geldern abgesichert werden.“ Das ist eine Grundvoraussetzung. Auch Vizepräsident Stadler ist in dieser Hinsicht der gleichen Ansicht. Ich danke auch dem bisherigen Referenten, dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, herzlich für seine Unterstützung. In seiner Zeit sind ja die zwei Novellen beschlossen worden.

Ich möchte aber sagen, daß ich mich sehr freue über die Zusammenarbeit mit der neuen Schullandesrätin. Sie war Bezirkshauptmann in Leoben, da auch gleichzeitig Vorsitzende des Bezirksschulrates und hat dort im besonderen die Anliegen der Schüler, Lehrer, Eltern und Gemeinden vertreten. Im Auditorium sitzt auch Herr Hofrat Dr. Urabić. Auch ihm danke ich herzlich, denn er ist auch immer bereit, wenn wir ihn brauchen, Auskunft zu geben und uns zu unterstützen.

Dank auch an Herrn Dr. Albert Eigner, der ebenfalls immer mit großer Unterstützung uns zur Verfügung steht, wenn wir auf diesem Sektor etwas brauchen. Ein besonderer Dank selbstverständlich auch den Lehrern, die in der Steiermark tätig sind. Man muß sagen, daß die Bedingungen ganz anders sind. Viele, die von der Schule reden, reden noch aus einer Zeit, wo sie selbst noch zur Schule gegangen sind. Ich habe schon einleitend geschildert, daß es derzeit eine ganz andere Situation im schulischen Leben gibt, weil verschiedene Momente anders sind, als sie noch vor 10 oder 20 Jahren waren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Wort noch zu einem Projekt, das ich bereits in der letzten Budgetdebatte im Jahr 1994 angerissen habe: Die Stadt Leoben hat sich um das Projekt „Eurocryst“ beworben. Es fehlt heute leider die Zeit, um es ganz vorzustellen. Ein entsprechendes Ansuchen liegt bei der Steiermärkischen Landesregierung vor. Es haben sich auch die Frau Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter bereits für dieses Projekt bemüht. Ich möchte nur sagen, daß ich bereits in der Budgetdebatte 1994 festgestellt habe, daß die Stadt Leoben alle Voraussetzungen für das Projekt „Eurocryst“ erfüllt. Ich darf daher die Steiermärkische Landesregierung auffordern, alles zu unternehmen, damit dieses Projekt „Eurocryst“ nach Leoben kommt, weil das für die ganze Region eine wesentliche Aufwertung und ein wesentlicher Bestandteil einer neuer Entwicklung sein könnte. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß ich die 10 Minuten eingehalten habe. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und schließe mit einem herzlichen Glückauf. (Beifall bei der SPÖ. – 16.27 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Ussar für die Einhaltung der Redezeit.

Folgende Anträge wurden eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe: den Antrag der Abgeordneten Korp, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Schuster und Vollmann, betreffend eine Modernisierung der Lehrlingsausbildung; den Antrag der Abgeordneten Ussar, Kaufmann, Dr. Flecker, Schrittwieser und Vollmann, betreffend Förderung der Errichtung eines Qualitätsschlachthofes in Leoben.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (16.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die EU hat das Jahr 1996 zum „Jahr des Lebensbegleitenden Lernens“ ausgerufen, und ich glaube, daß das ein sehr notwendiger und wichtiger Impuls sein kann und sein muß, um uns bewußt zu machen, daß Bildung immer mehr als ein permanenter Prozeß zu sehen ist, als es bisher der Fall war. Wir stehen mitten drinnen in einem sehr dynamischen Wandel, der sowohl im Privatleben als auch in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt tiefgreifende Veränderungen verursacht, wie die Internationalisierung, die elektronische Revolution, wenn man sie so bezeichnen möchte. Die globale Informationsgesellschaft erzwingt neue Leitlinien der Bildung und Ausbildung. Dabei stellt die Beschleunigung dieses Wandels eine ganz

besondere Herausforderung dar, weil sich laufend Arbeitssysteme, Arbeitsprozesse und Technologien verändern. Die Zeit, in der einmal Gelerntes ein Berufsleben lang umgesetzt werden konnte, ist vorbei. Es bedeutet, daß in Zukunft das Annehmen mehrerer Jobs, die Ausbildung für verschiedene Tätigkeiten die Regel, und nicht die Ausnahme sein wird.

Ich möchte einige Zahlen zur Illustrierung nennen: 80 Prozent der Anfang des nächsten Jahrtausends vorhandenen Technologien werden neu sein. Die bis zum Jahr 2000 neu zu schaffenden Arbeitsplätze werden aus neuen Berufsbildern und Berufsprofilen bestehen. Bereits 80 Prozent der Anfang 2000, und wir schreiben immerhin schon das Jahr 1996, Beschäftigten sind bereits heute erwerbstätig und müssen an den Einsatz der modernen Technologien, Verfahren, Werkstoffe und an die neuen Qualifikationen herangeführt beziehungsweise umgeschult werden. Die Hälfte dieses lebensbegleitenden Lernens findet also schon heute und jetzt nach den formalen Schul-, Lehr- und Universitätsabschlüssen statt. Das heißt also, daß das ständige lebensbegleitende Lernen höchste Priorität hat und letztlich unser Wohlstand, unsere soziale Sicherheit in unmittelbarem Zusammenhang damit zu sehen sind, wie das mein Kollege Ussar eingangs auch erwähnt hat, das heißt, die Schule muß im Lichte dieser Aspekte offen für diese Trends sein.

Nach wie vor – und das leisten unsere Schulen in wirklich hervorragendem Ausmaß – ist die solide Basis der Allgemeinbildung mit gesicherten Grundkenntnissen eine absolut notwendige Voraussetzung für die Bewältigung dieser Aufgaben, denn nur dann kann man darauf spezialisierend aufbauen und Neuqualifizierungen durchführen. Ein Dank an dieser Stelle an all die Kollegen und Kolleginnen in den Schulen draußen, die diese hervorragenden Leistungen erbringen, um das zu gewährleisten. Verstärkt müssen aber im Rahmen einer kreativ-musischen ganzheitlichen Bildung Schlüssel- beziehungsweise Querschnittsqualifikationen zusätzlich dazukommen und dazu vermittelt werden. Eigenschaften, wie kritische Beobachtungsgabe, Neugier, die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, mehr Eigenständigkeit, kreatives Denken, Teamwork, kommunikative Kompetenzen, so lauten diese Querschnittsqualifikationen und Schlüsselqualifikationen, und ganz besonders das Lernen lernen sind für die zukünftigen Berufsprofile ganz notwendige Unterrichtsprinzipien. Das allerwichtigste aber ist, daß die Freude am Lernen bereits als Grundstein ganz früh gelegt werden muß und in der Erstausbildung gelegt werden muß. Der Spruch und die Redensart „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, die darf nicht mehr gelten, wenn wir das gewährleisten wollen, daß nämlich möglichst viele Menschen in Zukunft eine Arbeitsstelle haben werden und haben können.

Mit dem Projekt zur Förderung innovativer Lernmodelle an österreichischen Schulen hat Bundesministerin Gehrler bereits im Vorjahr dieses neue Lernen für die „Gesellschaft von morgen“ eingeleitet. Sie will ganz bewußt darauf hinweisen, daß das reine Faktenwissen, das reine Auswendiglernen ausgedient haben, daß Erfahrungs- und Anwendungslernen wichtiger sind, neue Methoden des offenen Lernens wichtig sind. Eine phasenweise Vernetzung von Gegenstän-

den zu Lernfeldern, fächerübergreifende Angebote des Projektlernens und der in Graz – und darauf dürfen wir stolz sein – erste bilinguale Unterricht auch in anderen Schulen verstärkt werden sollte und natürlich der Einbau und der Umgang mit neuen Technologien auch zu mehr Freude und Motivation im Unterricht führen wird und führen kann. Daß es weiterführend natürlich notwendig sein wird, eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und den Betrieben, den Unternehmen, den Sozialpartnern auch mit dem Arbeitsmarktservice eine Öffnung der Schulen insgesamt zur Arbeitswelt anzustreben, das ist – glaube ich – auch eine Notwendigkeit für die nächsten Jahre.

Berufsausbildung darf keine Sackgasse bleiben. Eine stärkere Vernetzung und Durchlässigkeit der gesamten Aus- und Weiterbildung ist ein Gebot der Stunde. Es muß möglich sein, auch Lehrlingen die Tür zur höheren Qualifikation zu öffnen, von der Lehre zur Fachmatura und weiter zur Fachhochschule muß der Weg geöffnet sein. Eine weitere wesentliche Forderung für eine optimale Anpassung an künftige Notwendigkeiten unseres Schulsystems ist noch mehr Autonomie, wir sind ja schon mitten drinnen, denn nur dann wird es möglich sein, flexibel und eigenverantwortlich auf auftretende, auch regionale Erfordernisse zu reagieren. Das derzeit sehr zentralistische Schulsystem ist sicher nicht geeignet, diese sehr komplexen neuen Aufgaben zu lösen. Deregulierung und Entbürokratisierung, heute schon mehrfach erwähnt, sind ebenfalls weiterzuentwickeln, wie – ganz, ganz wichtig – Modelle zur Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle.

Der Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und Chance auf einen Arbeitsplatz ist offensichtlich – ich nenne auch hier einige Zahlen. In der EU waren im März 1995 mehr als 20 Prozent der nicht in einer Ausbildung befindlichen Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos, und in Österreich hat der Beirat für Wirtschaft und Sozialfragen erst kürzlich festgestellt, daß mangelnde Qualifikation das größte Arbeitsmarktproblem ist. Arbeitskräfte etwa in der Größenordnung von 120.000 Jugendlichen vor allem ohne Lehre, ohne Lehrabschluß, bleiben am längsten arbeitslos. Europaweit stehen wir noch günstig da. Im Vergleich ist die Schwachstelle die Gruppe, die eben nur den Pflichtschulabschluß aufweist, das sind immerhin 20 Prozent der 23jährigen Jugendlichen.

Lassen Sie mich abschließend ein Wort des Dankes richten an jemanden, der aus einer wesentlichen Funktion demnächst scheidet, der aber zukunftsweisend und vorausschauend in dem Sinne, wie ich vorhin erwähnt oder gemeint habe, daß es notwendig sein wird, Schule und Bildung anzupassen und vorzubereiten, in diesem Sinne sieben Jahre tätig war über die Steiermark hinaus, sich auch in der österreichischen Bildungspolitik wesentliche Meriten erworben hat und wesentliche Punkte, wirklich Zielpunkte gesetzt hat und erreicht hat, das ist unser scheidender Präsident des Landesschulrates, Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher. Es ist – glaube ich – sein Verdienst, daß derzeit an steirischen Schulen eine große Vielfalt an innovativen Entwicklungsprojekten stattfindet und Profilbildung stattfindet. 88 von 192 Hauptschulen sind Profilschulen. Die Einführung der neuen

Mittelschule, der Realschule, das Modell der Steirischen Hauptschule mit der Senkung der Stundenbelastung für Schüler, die Integration der Behinderten und, wie heute schon erwähnt, die erste staatliche bilinguale Schule GIBS seien beispielhaft für seine Idee des Bewegens und des Öffnens der Schule genannt.

Durch sein besonderes Amtsverständnis und seine Amtsausübung ist es ihm gelungen, für die Schule sowohl in der Öffentlichkeit als auch intern viel Interesse und Teilnahme für aktuelle bildungspolitische Fragen zu wecken. Mit seinem Sinn für das Wesentliche und vor allem dafür, daß niemand auf der Strecke bleiben soll, schon gar nicht der Schwächere, hat er weithin Maßstäbe gesetzt. Mit viel Überzeugungsarbeit und Konsequenz hat er auch ein neues Leiterbestellungsmodell eingeführt und vor allem die Weichen für mehr Autonomie gestellt. Er war federführend im Kreise der Landesschulratspräsidenten bei der Entwicklung eines Konzeptes zur Deregulierung und zu mehr Kompetenz der Länder. Und daß er „Total Quality Management“ – TQM abgekürzt – für Schulen auf seine Fahnen geschrieben hat, das ist eigentlich ganz verständlich, denn Qualität, das ist in jedem Fall sein Markenzeichen. Ein Kollege hat formuliert, ob die steirische Schule mit Bernd Schilcher einen pädagogischen Juristen oder einen juristisch versierten Pädagogen verliert, das ist ungeklärt. Klar ist, daß er in den sieben Jahren seiner Amtszeit die steirische Schule auf einen hervorragenden Weg in das zweite Jahrtausend gut vorbereitet hat, wofür wir ihm alle von dieser Stelle aus danken möchten. Ich habe das in diesem Augenblick getan und lade Sie ebenfalls dazu ein. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (16.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Stellen Sie sich ein wundervolles Hotel vor mit allen möglichen Sonderausstattungen. Sie werden sagen, wundervoll, nichts wie hin. Aber plötzlich stellen Sie fest, daß nahezu jeder dritte Hotelgast sich zusätzlich außerhalb des Hotels Essen besorgen muß, um satt zu werden. Dieses Hotel wird sich etwas einfallen lassen müssen. Viele werden sich jetzt fragen, was hat das mit unserem Schulsystem zu tun? Ganz einfach, die Institution Schule ist ebenso wie ein Hotelbetrieb ein Dienstleistungsunternehmen, das sein Angebot so wählen muß, daß es den Erfordernissen der Gäste entspricht. Rund eine Milliarde Schilling wird jährlich in Österreich für Nachhilfe ausgegeben. Nachhilfe geben heute nicht nur Lehrer, Studenten oder ältere Schüler. Nein, es gibt schon kommerzielle Institute, die diesen Nachhilfeunterricht betreiben. Ich glaube, das ist eine sehr unerfreuliche Entwicklung, die vor allem die Chancengleichheit unserer Kinder oder vor allem der ärmeren Kinder mindert.

Die Chancengleichheit ist meiner Meinung nach auch da nicht gegeben, weil immer nur die Schwächeren gefördert werden. Auch der Begabte hat ein Recht darauf, gefördert zu werden. Parallel zu der Entwicklung im Nachhilfebereich gibt es noch eine andere

Entwicklung, die unter dem Schlagwort „Bildungsnotstand“ steht. In Österreich leben noch 200.000 Analphabeten. Unlängst habe ich mit einem Lehrer von einer Fachschule gesprochen, und der hat mir erzählt, daß er bei den Schülern der ersten Klasse sofort nach Schulbeginn einen Rechentest durchgeführt hat. Die Schüler mußten ganz einfache Rechenbeispiele ohne Taschenrechner lösen. Das Ergebnis war erschreckend. Die Hälfte der Klasse konnte noch multiplizieren, und nur mehr ein Drittel war fähig, richtig zu dividieren. Dieser Lehrer hat sogar von sekundärem Analphabetismus gesprochen.

Was war früher anders, und wo sind die Wurzeln dieses Bildungsnotstandes? Unsere Gesellschaft befindet sich in einem starken Wertewandel. Geld ist der Mittelpunkt aller Werte. Man hat keine Zeit mehr für nichts und für niemanden. Auch die Formen menschlichen Zusammenlebens sind viel komplizierter geworden. Jede dritte Ehe wird geschieden, der Anteil der alleinerziehenden Eltern steigt, ebenso die Zahl der sogenannten „Patchwork-Familien“, in denen Kinder mit einem neuen Partner der Mutter oder des Vaters und dessen Kindern zusammenleben müssen. Viele Probleme unserer Gesellschaft werden in die Familien hineingetragen. Die Existenzängste der Eltern, aber auch die Situationen, mit denen sie persönlich nicht fertig werden, steigen. Erschreckende Berichte über Gewalt bis hin zum sexuellen Mißbrauch von Kindern sind leider keine Seltenheit. Kind zu sein ist in der heutigen Zeit wirklich nicht einfach. Die Kindheit ist geprägt vom Symptom unserer Zeit, keine Zeit zu haben. Früher einmal waren die Großeltern oder die Eltern da, die für die Kinder eine Art Vorbildfunktion ausgeübt haben. Heute erleben die meisten Kinder eine reine Kinderkindheit. Das beginnt von der Krabbelstube bis hin zur Ganztagschule. Oftmals müssen die Fernsehhelden als Vorbilder herhalten, denn unsere Kinder stehen unter einem starken multimedialen Einfluß, und viele können nicht unterscheiden, was ist Wirklichkeit oder was ist vorgegaukelte Welt.

Der gesellschaftliche Wandel stellt auch an die Lehrer eine erhöhte Anforderung. Die Lehrer müssen über ihr Fachwissen hinaus Aufgaben, wie Beraten, Fördern, Konflikte lösen können. Sie müssen auf die jungen Menschen eingehen und ihnen bei ihren Problemen helfen. Ja, man erwartet sogar, daß sie eine Art Vorbildfunktion für die Jugend ausüben sollten. In diesem Zusammenhang habe ich schon oftmals die Sinnhaftigkeit der Pragmatisierung hinterfragt. Ich kenne zum Beispiel persönlich einen Lehrer, der alkoholsüchtig ist und bei weitem nicht mehr den Anforderungen gerecht wird. Dieser Lehrer wird zum Leidwesen der Eltern, der Schüler, aber auch seiner Lehrerkollegen an der Schule gehalten. Auf der anderen Seite haben wir junge, dynamische, gut ausgebildete Lehrer ohne eine Chance, jemals einen Job zu bekommen.

Unser Schulsystem sollte Bildung vermitteln. Laut „Duden“ ist Bildung die bewußte Entwicklung der natürlichen Anlagen des Menschen durch Erziehung und eigenes Streben zur innerlichen Erfassung der religiösen, sittlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Werte. Bildung, die in ihrer vollen Entfaltung an Weisheit grenzt, ist also keineswegs bloßes Wissen,

gibt es doch Menschen, die quantitativ alles wissen und dennoch nicht gebildet sind. Auf der anderen Seite haben wir wiederum Menschen, die quantitativ gesehen über ein entscheidendes Wissen verfügen und sehr gebildet sind. Wer hindert den jungen Menschen eigentlich daran, gebildet zu sein? Das ist erstens einmal die gedankenlose Stoffüberfütterung oder, anders ausgedrückt, der Mangel an Zeit, das Aufgenommene wieder zu durchdenken. Angesichts der Tatsache, daß dieser Bildungsstoff von Jahr zu Jahr wächst, kommt es zu einer Überfülle verwirrender Details, und die Schüler sind nicht mehr in der Lage, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen – Quantität auf Kosten von Qualität.

In diesem Zusammenhang finde ich es sehr bedenklich, daß man im Zuge des Sparpakets bei den Hauptschulen ein paar Stunden des Deutschunterrichtes einspart. Meiner Meinung nach ist gerade für uns Österreicher die ordentliche Beherrschung unserer Sprache in Schrift, aber auch im Reden von größter Bedeutung. Denn die Beherrschung der Sprache wird ein Leben lang die Visitenkarte des Menschen sein. Mitverantwortlich für das Deastern sind auch die Lehrbücher. Und jeder, der Kinder hat, weiß, daß einerseits zwischen den Klassen verglichen wird, wie weit man ist, und andererseits auch noch zwischen den Schulen, wie weit diese oder jene Schule in dem Lehrbuch ist. Kaum ein Lehrer besitzt den Mut zur Lücke, daß er eben nicht alles bringt und sich auf das Wesentliche beschränkt.

Noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der, daß viele Eltern nahezu die Sucht haben, ihre Kinder zu einem Studium zu bringen. Der Grund dafür mag wahrscheinlich darin liegen, daß man jahrelang das Image der Facharbeiter niedergehalten hat. Deshalb braucht man sich auch nicht wundern, daß alle für ihre Kinder etwas Besseres wollen. Für unsere Gesellschaft ist es von größter Bedeutung, Menschen mit Bildung zu haben, Menschen mit Demokratieverständnis, die sich eine eigene Meinung bilden können und auch dahinterstehen. Die Demokratie lebt von mündigen Bürgern mit Verständnis für den Schwächeren. Wir brauchen nicht nur Roboter mit einem umfangreichen Wissen. Nehmen wir zum Beispiel den Rinderwahn – BSE – her. Ein sicherlich kluger Wissenschaftler hat bei einer Analyse von Tiermehl festgestellt, daß die Inhaltsstoffe in die Futtermittelmischung für Rinder passen. Dieser Mensch hat sicherlich über viel Wissen verfügt, aber ich galube nicht, daß er gebildet war. Denn wäre er gebildet gewesen, hätte er gewußt, daß man aus einem Pflanzenfresser keinen Fleischfresser machen kann. Es gibt sogar Menschen, die nicht einmal davor zurückschrecken, Nachgeburten und vieles andere in den Nahrungskreislauf zu bringen – alles nur aus reiner Profitgier.

Ein Wort noch zu Wissenschaft und Forschung. Gerade im Hinblick darauf, daß wir in einem Hochlohnland leben, ist es von enormer Bedeutung, qualitativ gut ausgebildete Menschen zu haben, Menschen mit einem hohen Maß an Bildung und Flexibilität. Österreich hat in bezug auf die Ausgaben für die Forschung eine sehr schlechte Ausgangssituation. Während Japan zum Beispiel 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung ausgibt, die USA 2,7, Deutschland 2,5, geben wir lediglich 1,6 Prozent aus.

Dieser Wert wird sich auf jeden Fall verbessern müssen, wenn wir Zukunft haben wollen. In diesem Zusammenhang, beim Durchschauen des Budgets, ist es meiner Meinung nach auch nicht einzusehen, warum man bei unserem Paradedforschungsunternehmen Joanneum Research jährlich 4 Millionen Schilling einkürzt. Waren es 1995 noch 96 Millionen, sind es 1997 nur mehr 87 Millionen. Es ist Aufgabe von uns Politikern, mehr Geld für Wissenschaft und Forschung bereitzustellen.

Hier darf nicht gespart werden, denn Investitionen in die Forschung und in die Wissenschaft sind Investitionen in die Zukunft.

Abschließend möchte ich noch zu unseren Kleinsten kommen. Die auf Grund des Sparpaketes vorgenommene Reduzierung der Karenzzeit von zwei Jahren auf eineinhalb Jahre wird einen erhöhten Bedarf an Krabbelstuben erfordern. Die Frage ist nur, ob es klug ist, das Kostbarste, was unsere Kinder brauchen, nämlich die Zuwendung und Zeit der Eltern, zu vermindern und damit vermehrt Erziehungskompetenzen in staatliche Hände zu geben. Sogar Familienbischof Kühn kritisiert offen in der „Sonntagszeitung“ für Christen die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme wörtlich: „Meiner Meinung nach ist das der falsche Weg.“ Intakte Familien sind die Grundlage einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Ihre Politik ist dazu angeht, vor allem Mehrkindfamilien so zu belasten, daß sie die finanziellen Lasten einer Bildung nicht mehr tragen werden können. Das Schulsystem darf nicht dazu da sein, die eigene Gefolgschaft mit fetten Gagen abzufüttern, wie dies bei der Besetzung des Schulpräsidentenduos geschehen ist. In Zeiten des Sparpaketes wurde ganz einfach heimlich, still und leise der Bezug von 60.000 Schilling auf 100.000 Schilling angehoben. Dafür haben weder die steirischen Familien noch wir Verständnis. (Beifall bei der FPÖ. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (16.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Im Budget für heuer sind zwar einige Mittel mehr für Kinderbetreuungseinrichtungen vorgesehen. Für 1997 sogar 82 Millionen, die uns der Bund zugesagt hat. Aber wenn ich mir die Kosten für die Errichtung eines nur eingruppigen Kindergartens anschau, der kostet zirka 5 Millionen Schilling, dann glaube ich, daß es mit diesem Budget sicher nicht leicht sein wird, wenn überhaupt möglich sein wird, bis zum Jahr 2000 die Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend in der Steiermark durchzuführen. Und unter flächendeckend, möchte ich sagen, verstehe ich jetzt nicht nur die drei- bis sechsjährigen, sondern auch vor allem die zwei- bis dreijährigen Kinder, denen in Zukunft sicher eine noch größere Bedeutung zukommen wird.

Gestern und heute ist auch die Teilzeitarbeit angesprochen worden, und die wird in Zukunft sicher mehr forciert werden müssen auf Grund der hohen Lebenskosten, und da wird es sicher notwendig sein, auch die Kinderbetreuungseinrichtungen auszubauen. Ich möchte nur zum Vergleich sagen, in Österreich sind die Betreuungseinrichtungen bei zirka 61 Prozent,

in Frankreich zum Beispiel beträgt diese Zahl schon 95 Prozent. Für mich stellt sich daher die Frage, welche Alternativen gibt es beziehungsweise welche Möglichkeiten gibt es, um bis zum Jahr 2000 die Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend und so kostengünstig wie möglich zu gestalten?

Auf Grund der jetzigen Budgetlage ist es natürlich besonders wichtig, mit den geringsten Mitteln den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Dabei denke ich in erster Linie an Betriebskindergärten. Diese sind ja in Schweden und in Norwegen schon gang und gäbe und gehören zum täglichen Leben dazu. Würde man solche Projekte nun forcieren, dann könnte man sich zumindest einen Teil der Baukosten ersparen, und es würden auch automatisch in öffentlichen Kindergärten Plätze frei werden. Zudem könnte man auch die Öffnungszeiten flexibel halten.

Nicht vergessen möchte ich in diesem Zusammenhang auf private Kindergruppen, die bei der Erstellung des Budgets immer noch zu kurz kommen. In solchen privaten Kindergruppen könnten zum Beispiel nicht nur drei- bis sechsjährige Kinder, sondern zwei- bis sechsjährige Kinder untergebracht werden. Die Erfahrung zeigt, daß gerade diese Art von Kindergruppen eine besonders günstige Auswirkung auf die Entwicklung des Kindes hat. Allerdings muß ich sagen, daß diesen Privatinitiativen noch gewaltige Mittel nur für die Betriebsmittel fehlen und sie diese eigentlich quasi zum Überleben brauchen. Wenn ich dann an solche Privatinitiativen denke und sie auch fördern würde, dann könnte ich automatisch die Eigeninitiative und die Eigenverantwortlichkeit der Eltern in den Vordergrund stellen und damit zusätzliche Betreuungseinrichtungen schaffen. Ich bin der Meinung, es soll neben dem Ausbau von Kindergärten verstärkt auch das Augenmerk auf solche Privatinitiativen und auf solche Betriebskindergärten gelegt werden. Damit könnte man auch auf die regional unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern und der Kinder eingehen und somit mehr Effizienz erreichen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (16.57 Uhr): Ja, wie der Kollege von der FPÖ gerade zu mir gesagt hat, probieren wir es noch einmal. Ich möchte zwei Themen ansprechen, die mir heute am Vormittag ganz stark aufgefallen sind. Ich möchte rückwirkend noch einmal etwas zur Gruppe 1 sagen (Abg. Tasch: „Das gibt es nicht!“), die behandelt worden ist. Es ist jetzt fünf Uhr, und wir haben zwei Drittel von diesem Tag damit verbracht, daß alle Fraktionen uns darüber aufgeklärt haben, wie wichtig in der Steiermark „paramilitärische“ Strukturen aller Art sind. (Abg. Riebenbauer: „Die Feuerwehr ist paramilitärisch?“)

Und ich sage das jetzt bewußt in dieser Form, weil ich den ganzen Tag gehört habe, wie wichtig diese Strukturen sind. Ich habe nicht vor, die Feuerwehr herunterzumachen, ich habe nicht vor, das Rote Kreuz herunterzumachen, aber das Auftreten dieser Institutionen, die permanent in Uniform unterwegs sind, ist für mich nicht angenehm. (Abg. Pußwald: „Es sind so viele freiwillige Dienste, die die Menschen machen!“)

Ich mache sicher nicht die Tätigkeit herunter, ich finde es sehr wohl problematisch, daß wir uns ausschließlich mit diesen Formen der öffentlichen Sicherheit auseinandergesetzt haben. (Abg. Riebenbauer: „Toleranz!“) Das ist ein Thema! (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr Leiberl ist genauso Uniform!“)

Herr Lopatka, Sie wissen sehr genau, was ich meine. Und Sie wissen sehr genau, daß es beim Roten Kreuz für Zivildienstler überhaupt nicht einfach ist, normal hinzukommen und nur ihr Zivildienstzeichen angesteckt zu haben, das wissen Sie sehr genau. Ich wünsche mir sehr, daß es diese Organisationen gibt, aber mich stört es, wenn man permanent die Leute in Uniformen sieht. (Abg. Gross: „Die Studenten sind auch in Uniform gekommen!“ – Abg. Vollmann: „Sollen die Feuerwehren mit Plakaten kommen?“)

Ich komme auf die Definition von „Sicherheit“ zurück, wie ich es in meiner ersten Wortmeldung bereits getan habe. Und mich stört es, wenn wir jetzt zu Themen kommen, die aus meiner Sicht zukunftsweisend sind, Unterrichtsbereich, Wissenschaftsbereich, Sozialbereich, daß es jetzt fünf Uhr am Nachmittag ist, weil wir zwei Drittel von diesem Tag mit der Gruppe 1 verbracht haben. Ich weiß, daß das in den nächsten Jahren auch so sein wird, aber mich stört es unwahrscheinlich, und ich werde das von Jahr zu Jahr wieder sagen. (Abg. Dr. Karisch: „Wir sind freie Abgeordnete. Wir machen, was wir wollen!“)

Auffallend ist auch, daß ausgerechnet jetzt bei der Gruppe 2 eine Redezeitverkürzung da ist, die genau darauf zurückzuführen ist, daß wir uns zwei Drittel der Zeit mit „Leuten in Uniformen“, unabhängig von ihrer Tätigkeit – ich sage es noch einmal –, beschäftigt haben. (Abg. Dr. Karisch: „Wir haben Zeit. Wir bleiben auch bis zum Sonntag. Wir brauchen uns nur abzusprechen!“)

Ich möchte jetzt auf zwei Themen eingehen, die meine Vorrednerinnen nicht angesprochen haben. (Abg. Tasch: „Gescheiter wäre es, wenn Sie hineingehen würden!“) Herr Tasch, sagen Sie das noch einmal! (Abg. Tasch: „Gescheiter wäre es, wenn Sie hineingehen würden!“) Herr Tasch, das war ein spannender Zwischenruf, sagen Sie ihn noch einmal. Und mir ist vorher auch aufgefallen, wieviel Militarismus es in diesem Landtag in allen Fraktionen gibt und wie stark die Soldaten hoch leben gelassen wurden von allen Fraktionen.

Und ich glaube, es wird Zeit, daß man das im Landtag auch wieder einmal thematisiert. (Landesrat Pörtl: „Wer hilft bei Schneebruch?“) Ich glaube, Holzarbeiten im Schneebruch, Herr Landesrat Pörtl, hat damit sehr wenig zu tun. (Abg. Dr. Karisch: „Ich wünsche Ihnen, daß Sie keine Feuerwehr brauchen!“) Katastrophen habe ich schon erlebt, denn die letzten zwei Tage im Landtag waren eine ziemliche Katastrophe. Unsere Verschwendung von Zeit mit diesen Themen ist auch eine Katastrophe. (Abg. Riebenbauer: „Daran sind Sie selber schuld!“) Herr Präsident, bin ich noch am Wort? (Präsident: „Sie sind am Wort!“) Ich komme zum Thema Unterricht, Erziehung und Wissenschaft. Ich war am Montag in einer steirischen Gemeinde, die bis vor einigen Jahrzehnten Windisch-Hartmannsdorf geheißen hat. Und da bin ich bei einem Thema, das sich in keinem Kapitel der vorliegenden Gruppe reflektiert, nämlich Zweisprachigkeit in der Steier-

mark. Ich weiß genau, daß in der vorliegenden Volkszählung nur sehr wenige Steirer und Steirerinnen als slowenischsprachig angegeben sind. Sie wissen hoffentlich auch, daß die Gruppe der aktiv Zweisprachigen in der Steiermark ungefähr 4000 bis 5000 Menschen beträgt. Dieses Thema möchte ich deswegen auch als Schwerpunkt herausnehmen. (Abg. Dr. Lopatka: „Woher haben Sie die Zahlen?“) Diese Zahl, Herr Lopatka, kommt vom Artikel-7-Verein, der in der Region, in Bad Radkersburg und in Leutschach, arbeitet. Es gibt in Bad Radkersburg ein zweisprachiges Kulturzentrum in der Steiermark. Der Artikel-7-Verein probiert in Leutschach, ein zweites Zentrum aufzubauen, hat aber Finanzierungsschwierigkeiten. Wir gehen davon aus, es gibt in der Steiermark im vorliegenden Budget keinen Budgetposten, der diese Zweisprachigkeit vom Finanztechnischen her zur Kenntnis nimmt. Man tut so, als ob es in der Steiermark keine ethnischen Minderheiten gäbe. Ich rede jetzt nicht von ausländischen Männern und Frauen, die oft sehr unfreiwillig in der Steiermark sind, ich rede jetzt von Leuten, die in all den Orten wohnen, die lange Zeit den Begriff „Windisch“ vorne gehabt haben und die von dieser Landesregierung und von diesem Landtag seit zig Jahrzehnten ignoriert worden sind. Es hat eine meiner Vorrednerinnen, was mich sehr gefreut hat, erwähnt, daß es in Graz einen zweisprachigen Unterricht gibt. Ich nehme an, sie meint die „Graz International Bilingual School“ – die zweisprachige internationale Schule. Ich wünsche mir eine solche zweisprachige Schule nicht nur als Schulversuch, sondern fix, auch mit einer Kofinanzierung durch das Land, in der Grenzregion. Ich wünsche mir die Möglichkeit, in der Steiermark zweisprachig erzogen zu werden, und zwar vom Kindergarten- bis zum AHS-Niveau. Und ich wünsche mir, daß die neuen Ressortzuständigen diese Bereiche und diese Formen der multikulturellen Verständlichkeit und des Sichverständlichmachens auch im Budget zur Kenntnis nehmen.

Ich komme jetzt zum zweiten Bereich, und das ist in diesem Landtag Gott sei Dank ein Dauerbrenner, nicht nur durch unsere Anwesenheit, sondern zum Glück auch durch die Anwesenheit von Studierenden im Zuschauerraum, und zwar zum Sparpaket im Uni-Bereich. Ich habe ganz stark den Eindruck, daß die Anliegen der Studierenden und auch der Lehrbeauftragten, die durch diese Kürzungen sehr stark betroffen sind, inzwischen in der Steiermark zu einem Problem der Exekutive deklassiert worden sind. Ich habe ganz stark den Eindruck, daß das, was einer der Ordner gestern im Landtag gemacht hat, ein Bild von unserem Zugang zu diesen Formen des Protestes ist. Einer der Ordner, ich sage nicht welcher, hat nämlich probiert, diesen Vorhang da hinten zuzuziehen. Es ist ihm nicht gelungen, zum Glück nicht gelungen, und die anderen Ordner haben dann auf eine sehr bemühte und sozialverträgliche Art und Weise auch Kontakt mit den Studierenden aufgenommen. Aber dieses „Vorhangvorziehen“ möchte ich jetzt übertragen wissen auf den Umgang mit den Protesten der Studierenden und auch auf die Kenntnisnahme der Zweisprachigkeit in der Steiermark.

Ich möchte jetzt abschließend einen Beschlußantrag einbringen, betreffend den sozial- und bildungs-

politischen Rückschritt durch Einsparungen im universitären Bereich, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brunner und Keshmiri, wie immer wir vier.

Das Land Steiermark ist als Standort von drei Universitäten und einer Hochschule im besonderen aufgerufen, die durch bundesgesetzliche Maßnahmen erfolgten Einsparungen in diesem Bereich nicht ohne weiteres hinzunehmen. Die Interessen der Steiermark an einer zukunftsorientierten Entwicklung des universitären Bereiches in unserem Bundesland müssen zum Ausdruck gebracht werden. Das sogenannte „Sparpaket“ hat unverhältnismäßig hohe Belastungen für Studierende zur Folge und gefährdet den Lehrbetrieb an den Universitäten in dramatischer Weise. Der sozial- und bildungspolitische Rückschritt bedeutet einen Angriff auf den freien Hochschulzugang bis hin zum sozialen Numerus clausus. Die mit den Einsparungen verbundene Reduktion des Lehrangebotes ist eine fatale bildungspolitische Weichenstellung zugunsten kurzfristiger budgetärer Überlegungen. Demokratiepolitisch befremdend ist die Durchsetzung der Maßnahmen. Die Betroffenen wurden in die Verhandlungen nicht eingebunden. Es gab lediglich Scheingespräche ohne Verhandlungsmandat, nachdem sich die Bundesregierung längst festgelegt hatte. Skandalös war die Behandlung der universitären Protestbewegung durch maßgebende Politiker, die bewußt Falschinformationen und Diffamierungen verbreiteten. Das gilt speziell für die Bundesebene. In der Steiermark zieht man bekanntlich nur den Vorhang zu.

Die Minister Bartenstein und Schüssel sprachen der Interessenvertretung der Studierenden ab, die Interessen ihrer Mitglieder überhaupt zu vertreten. Da die Bundesregierung offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen will, welche Auswirkungen der sozial- und bildungspolitische Kahlschlag im universitären Bereich für die Betroffenen hat, muß der Landtag eine diesbezügliche Stellungnahme an die Bundesregierung verfassen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sofortige Verhandlungen mit den Betroffenen aufzunehmen, im Zusammenwirken mit der gesetzlichen Interessenvertretung der Studierenden ein sozial gerechtes Studienfinanzierungsmodell zu erarbeiten, für die Gewährleistung der Vielfalt und des bisherigen Umfangs des Lehrveranstaltungsangebotes Sorge zu tragen und den freien Hochschulzugang zu gewährleisten.

Eine letzte Anmerkung noch zum Bildungsbudget, denn mir sind ganz speziell zwei Posten aufgefallen, nicht weil sie zahlenmäßig hoch dotiert waren, sondern weil sie auch zeigen, wie die Ausbildung von Frauen und Mädchen sich zumindest sprachlich im Budget niederschlägt. Das sind Anregungen, und ich bitte, diese beiden Bezeichnungen im nächsten Budget zu korrigieren. Ein Budgetposten besagt, es ist die Post 7670: Ausbildung von Mädchen in der Hauswirtschaft. Ich habe das schon gestern am Abend gesagt. Ich stelle mir vor, daß steirische Mädchen und steirische Knaben Zugang zu dieser nicht bezahlten und gesellschaftlich nicht anerkannten Arbeit der sogenannten „Hauswirtschaft“ haben. Da treffe ich

mich mit dem, was vorher bezüglich Arbeit gesagt wurde, auch von der Kollegin Keshmiri, Stichwort Betriebskindergärten. Der zweite Bereich, Post 7320: Ausbildung für Sprechstundenhelferinnen nur in der weiblichen Form, für Dentisten und Ärzte. Zum Glück habe ich eine weibliche Dentistin und kenne viele weibliche Ärztinnen. Ich wünsche mir, daß ich zumindest diesen sprachlichen Sexismus im nächsten Budget nicht mehr thematisieren muß. Danke. (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.10 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich glaube, es steht uns gut an, noch etwas intensiver über den Bereich der Wissenschaft und Forschung in unserem Bundesland zu sprechen. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten tatsächlich außerordentlich stolz sein auf die Wissenschafts- und Forschungskultur, auf die lebendige Wissenschafts- und Forschungslandschaft in unserem Bundesland. Es gibt in unserem Bundesland 50.000 Studierende in den steirischen Universitäten, das ist insgesamt, wenn man den Sonderfall Wien abzieht, die Hälfte aller Studierenden in Österreich.

Meine Damen und Herren, um eine doch wichtige Klarstellung zu machen, Kollege Schützenhöfer meint, wir stünden vor einer Akademikermassenarbeitslosigkeit. Ich glaube, daß man diesen Begriff sehr, sehr differenziert ansehen muß. Es gibt vielleicht einige wenige Studienrichtungen, wo es tatsächlich mehr Absolventen gibt, als der Markt aufnehmen kann. Ich denke etwa an Lehramtsstudierende, grosso modo. Insgesamt allerdings, meine Damen und Herren, kann man schon sagen, daß die Begabungsreserven in unserem Bundesland und auch in Österreich noch bei weitem nicht ausgeschöpft sind, daß Österreich noch einen kräftigen Schub an zusätzlichen Akademikern verträgt, denken Sie an technische Berufe, denken Sie an die Bodenkultur, denken Sie aber auch durchaus an musische, an geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe. Die steirischen Universitäten sind Arbeitsplatz für 5000 Mitarbeiter. Man kann also sagen, daß die Universitäten ein großer Arbeitsplatz sind, ein großer Beitrag sind zum Arbeitsmarkt für Akademiker in unserem Bundesland.

Auch über die Qualität in unserem Bundesland muß man natürlich einige Worte sagen. Hier brauchen wir uns tatsächlich nicht zu verstecken. Es gibt ein sehr deutliches und ein sehr klares Indiz dafür, daß wir uns hier auf Weltniveau befinden. Allein in der Steiermark ist es gelungen, mehr als die Hälfte der Spezialforschungsbereiche des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, nämlich fünf von sieben derartigen Spezialforschungsbereichen, anzusiedeln. Das, meine Damen und Herren, garantiert der steirischen universitären Forschung internationale Aufmerksamkeit, das, meine Damen und Herren, wäre nicht gelungen ohne die vehemente Unterstützung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner, ohne die organisatorische-technische Unterstützung seitens Joanneum Research. Ich möchte doch soweit gehen,

auch die Namen dieser Spezialforschungsbereiche kurz zu erwähnen, damit bekannt wird, in welchen Hochtechnologiebereichen, in welchen höchst spezialisierten Bereichen die Steiermark wirklich Außergewöhnliches zu bieten hat.

Erstens Biokatalyse, in erster Linie angesiedelt an der TU Graz, zweitens Biomembrane und Atereosklerose, also eine Mischung aus biotechnologischen Anteilen und medizinischen Anteilen, drittens Optimierung und Kontrolle, ein Spezialforschungsbereich in erster Linie mit mathematisch-betriebswirtschaftlichem Charakter, viertens elektroaktive Stoffe, hier ist wiederum vor allem die TU Graz zum Zug gekommen, und fünftens der geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Spezialforschungsbereich Moderne, der tatsächlich interdisziplinären Charakter aufweist. Es sind ein gutes halbes Dutzend Institute der Universität Graz an diesem Spezialforschungsbereich beteiligt.

Meine Damen und Herren, außergewöhnliche Qualität wird in der Steiermark in der Forschung auch im außeruniversitären, außerbetrieblichen Bereich geliefert. Denken Sie nur an Joanneum Research, ein Forschungsinstitut von tatsächlich internationalem Format. Einzig und allein vielleicht das Forschungszentrum Seibersdorf, das in erster Linie von der Republik Österreich betrieben wird, kann sich im österreichischen Maßstab mit Joanneum Research messen. Ich denke aber durchaus in diesem Bereich auch an kleinere Einrichtungen. Joanneum Research hat über 250 wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch kleinere Einrichtungen leisten ihren Beitrag zur wissenschaftlichen Kultur in unserem Bundesland. Etwa das Ökologische Projekt Graz, das Wesentliche beigetragen hat zur Weiterentwicklung der Pflanzkläranlagen in unserem Bundesland. Eine Technologie, die einen guten Schritt leisten wird zur Lösung der Abwasserprobleme in den zersiedelten Räumen unseres Bundeslandes. Aber ich denke auch an den Wissenschaftsladen, ebenfalls eine Einrichtung, die vom Land Steiermark unterstützt wird, der es darum geht, daß universitäres Wissen der Gesellschaft, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Mein sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, der entscheidende Faktor zur „Produktion“, zur „Erzeugung“ von Qualität ist tatsächlich das Ausschöpfen der intellektuellen Ressourcen in unserem Bundesland und in Österreich. Es geht zur Ausschöpfung dieser intellektuellen Ressourcen, um die soziale Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, beginnend beim Schulsystem bis hin zum universitären Wissenschafts- und Forschungssystem. Insofern, meine Damen und Herren, und das möchte ich hier schon klarstellen, habe ich durchaus in Teilen Verständnis für die Protestbewegung an unseren steirischen und österreichischen Universitäten, fürchten doch Universitätsangehörige, Studierende, Assistenten genau um diesen Punkt, um die soziale Durchlässigkeit unseres universitären Systems. Um nur eine Ziffer zu nennen, die besonders ins Auge sticht: Nur etwa 4 Prozent der ordentlichen Professuren in Österreich werden von Frauen besetzt. Ich halte das für eine eklatante Benachteiligung. Ich glaube, daß es sehr richtig und vernünftig war, daß Landeshauptmann Schachner in diesem Bereich Initiative gezeigt hat. Ich glaube, daß wir hier in der Steiermark es Österreich vormachen

sollten, daß wir Frauen insbesondere in diesen höchstqualifizierten Bereichen der Wissenschaft und Forschung besonders fördern sollten.

Meine Damen und Herren, der typische Einstieg in eine universitäre Karriere verläuft so, daß man zunächst als Lektor die Möglichkeit erhält, eine Lehrveranstaltung anzubieten an einer Universität ohne Bundesdienstverhältnis, vielleicht im Rahmen einer Halbtagsvertragsassistentenstelle. Auch hier gibt es durchaus Probleme, durchaus Schwierigkeiten, insofern, als es Kürzungen gibt im Bereich der Lehraufträge. Ich höre aber von Rektor Konrad, daß es durchaus noch gute Möglichkeiten gibt, durch inneruniversitäre Umschichtungen hier die schlimmsten Härten abzufedern. Und ich bin davon überzeugt, daß im Rahmen der Verhandlungen zum neuen Dienstrecht der Universitätsangehörigen es zu einer vernünftigen sozialverträglichen Lösung kommt, die im Sinne des Zieles der sozialen Durchlässigkeit und der Garantie der Qualität der universitären Ausbildung wirksam wird.

Einen Bereich, meine Damen und Herren, das möchte ich nicht verschweigen, habe ich im Bundes-sparpaket im Hinblick auf die Universitäten tatsächlich nicht verstanden. Das ist die Freifahrt. Minister Bartenstein ist für diesen Bereich über den Familienlastenausgleichsfonds zuständig. Hier ist es schlicht und einfach zu einer Umschichtung von Kosten gekommen, nämlich vom Familienlastenausgleichsfonds auf die Städte, die öffentliche Verkehrsmittel betreiben. Diese Städte werden dieses neu entstehende Defizit durch Nichtinanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln zu tragen haben. Bei Minister Scholten ist hier zwar ein Härtefonds über 50 Millionen Schilling eingerichtet worden. Ich bin schon sehr gespannt, ob es gelingen wird, tatsächlich alle Härtefälle in diesem Bereich abzufedern.

Ich habe gesprochen von der Notwendigkeit der sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems, das hängt – wie gesagt – sehr viel damit zusammen, in welcher sozialen, finanziellen Situation sich Studierende befinden in der Steiermark. Das Bundesland Steiermark hat sich auf einen wesentlichen Bereich der Sicherstellung der sozialen Durchlässigkeit konzentriert. Ihnen allen ist bekannt, daß Wohnraum einen sehr wesentlichen Anteil der Lebenshaltungskosten der Studierenden ausmacht. Im Land Steiermark wird und werden Hunderte neue Wohnplätze geschaffen. Im Jahr 1997 werden wir darauf verweisen können, daß über 1000 neue Wohnplätze für Studierende geschaffen wurden dank der Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Schachner und der Initiative der „Wirtschaftshilfe für Studierende“.

Meine Damen und Herren, auf eine Erfolgsstory im Bereich Wissenschaft und Forschung möchte ich doch noch verweisen. Das scheint mir doch sehr, sehr erwähnenswert und beachtlich zu sein auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, nämlich die Erfolgsstory der Fachhochschulen in unserem Bundesland. Seit Herbst 1995 gibt es in unserem Bundesland die ersten 175 Studierenden dieser Fachhochschullehrgänge. Es gibt derzeit vier Fachhochschullehrgänge, die Entscheidung über die Einrichtung eines weiteren Lehrganges, nämlich Fahrzeugtechnik, ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Der nächste Schritt

wird die Einrichtung eines Fachhochschullehrganges Sozialmanagement sein. Ich bin der Ansicht, daß die Konflikte, die sich hier vielleicht am Horizont abzeichnen haben mit der Sozialakademie, durchaus lösbar sind. Es wird so sein, daß die Sozialakademie in diesem Fachhochschullehrgang Sozialmanagement sehr gut aufgehen kann. Ich denke doch, daß es wichtig ist, daß Absolventen dieses Lehrganges internationale Anerkennung besitzen, und es ist nun mal so, daß unsere Sozialakademie diese internationale Anerkennung nicht besitzt, wohingegen Fachhochschullehrgänge diese Anerkennung jedenfalls besitzen. Auch Berufstätigenlehrgänge wird es geben. Als erstes ist gedacht an einen Berufstätigenlehrgang im Bereich Bauplanung und Baumanagement. Und auch mit einem zentralen größeren Standort geht es gut voran. Der Standort Graz-West wird derzeit sondiert. Die Sondierungsgespräche sind im Laufen. Ich bin davon überzeugt, daß wir hier noch in dieser Periode zu einem Abschluß kommen werden.

Ich danke nochmals Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner für die bewiesene Initiative und für diese Schwerpunktsetzung. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 17.21 Uhr.)

Präsident: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (17.21 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Beginn muß ich doch zur Ansage der Kollegin Zitz „paramilitärische Gruppen“ ein kurzes Wort sagen. In Rotkreuzgruppierungen, der Rettungshundbrigade, der Bergrettung und der freiwilligen Feuerwehren und anderen sind Menschen freiwillig tätig, machen Ausbildung, Übung, Schulung und setzen ihr eigenes Leben ein, um Hilfe zu bringen. Sie als paramilitärische Gruppen zu bezeichnen befremdet mich sehr, und es tut mir sehr leid, sie so zu benennen, weil diese Menschen wirklich unter Einsatz ihres Lebens manchmal für uns alle da sind. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Zitz: „Sie haben sehr wohl verstanden, daß ich das nicht auf die Betätigung, sondern auf das Auftreten und auf die Ausrüstung bezogen habe!“) Auf das kommt es nicht an. Es ist die innere Einstellung, die man wirklich hat, und ich denke, sie tragen diese Uniformen zum Teil auch mit Stolz.

Ich habe mich eigentlich zum Thema Kinderbetreuung und Ausbildung gemeldet. Wir haben in der Steiermark 635 Kindergärten, die in 1156 Gruppen immerhin 26.214 Kinder betreuen. Das ist eine Bedarfsdeckung von 73,4 Prozent bei einem Jahreslandesbudget von rund 373 Millionen Schilling. Wollte man allen drei- bis sechsjährigen Kindern einen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen, müßte man noch rund 120 Kindergartengruppen aktivieren, und das übersteigt ganz sicherlich unsere Finanzkraft. Interessant ist, daß 4900 Ganztagskindergartenplätze angeboten, davon aber nur 3300 in Anspruch genommen werden. Wo liegt hier der Grund? Sind es vielleicht die abseits gelegenen Angebote, räumlich gemeint, oder sind es die unflexiblen Eltern, die diese Angebote auf größere Entfernung nicht in Anspruch nehmen können, oder ist die Ganztagsbetreuung doch

nicht für jedermann das Wahre und überlegen sich Eltern sehr wohl, ob ganztägige Kinderbetreuungsformen für ihr Kind das Richtige sind? Trotzdem denke ich, daß es keine Wiederherstellung der traditionellen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und der traditionellen Arbeitsaufteilung gibt. Die Wirtschaft und die Gesellschaft brauchen Familien, und umgekehrt, auch Wirtschaft und Gesellschaft sind abhängig von Familien und den Persönlichkeiten, die daraus herauswachsen. Allerdings ist mit der Erwerbstätigkeit beider Eltern auch eine gewisse Vernachlässigung des häuslichen Bereiches emotional und mit sozialen Folgen zu bemerken. Dr. Hölstein von der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin weist sogar nach, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Jugendgewalt, Drogenabhängigkeit und auch Arbeitslosigkeit mit dieser neuen Form der Familien zu sehen ist. Viele Menschen spüren das auch intuitiv.

De facto haben wir trotzdem das Problem zu bewältigen, daß zunehmend mit dem kommenden Jahr bereits eineinhalbjährige Kinder Betreuungsplätze und Angebote brauchen. Wir haben in der Steiermark einige Kindergruppen auf dem Land und in der Stadt, aber sicher zu wenige. 20 private Kindergruppen in der Stadt und auch am Land betreuen insgesamt 690 Kinder mit einem durchschnittlichen Jahresaufwand von 9,8 Millionen Schilling. Der Vorteil dieser privat geführten Kindergruppen ist sicher der, daß Eltern sich miteinbinden, die flexiblen Öffnungszeiten und vor allem auch die kleineren Kindergruppen, nämlich 9 bis 15 Kinder. Immerhin betreuen 468 Tagesmütter 1360 Kinder mit einem Aufwand von 3,7 Millionen Schilling des Landes, aber mit der Mitfinanzierung von 4,5 Millionen Schilling durch die Arbeitsmarktverwaltung und immerhin von Elternbeiträgen mit 5 Millionen Schilling. Bei Tagesmüttern ist die soziale Staffel gegeben von 1000 bis 2460 Schilling als Elternbeiträge. Natürlich ist hier die Frage, ob familiengerecht oder frauengerecht. Wenn man den Arbeitsmarkt betrachtet, ist es sicher in erster Linie eine frauenpolitische Angelegenheit und erst in zweiter Linie eine familienrelevante Betreuung. Egal, welche Form wir wählen, der Preis ist in etwa immer der gleiche, nämlich 14.000 Schilling, mit Ausnahme bei den Tagesmüttern 10.000 Schilling Landesbeitrag.

Noch einmal zur traditionellen Aufteilung der häuslichen Arbeit zwischen Männern und Frauen. Diese soll ja in Zukunft sogar gesetzlich geregelt werden. Ich bin der Meinung, daß eine gesetzliche Regelung überhaupt nicht greifen kann, wenn es nicht ein gesellschaftspolitisches Anliegen wird. Das Ludwig-Boltzmann-Institut hat in einer Studie nachgewiesen, daß zum Beispiel 58 Prozent der männlichen Jugend, der 18- bis 29jährigen, sagen, für sie sind die Freizeitinteressen der wichtigste Wert. Erst dann folgen Beruf und Familie. Vor zehn Jahren hat es genau den umgekehrten Wert gegeben. Der Trend ist zunehmend auch bei Frauen zu bemerken. Immerhin sind es 42 Prozent der jungen Frauen, die auch der Freizeit bereits einen sehr, sehr hohen Stellenwert noch vor dem Familienbereich geben. Daß man da mit einer gesetzlichen Regelung keine Lösung finden kann, das ist uns einleuchtend, zumal noch ein Thema zu aktualisieren ist. In den Industrieländern sterben

Männer durchschnittlich acht Jahre vor den Frauen. Die Krankenstände der Männer nehmen alarmierend zu, fast in allen Betrieben. Die männliche Suchtabhängigkeit (Alkoholismus) ist stark im Steigen und damit verbunden sexuelle und strukturelle Gewalttaten bis hin zu den Verkehrsunfällen mit dramatischem Ausgang, die von Männern verursacht werden. Ich bin der Meinung, daß es jetzt nach der Frauenfrage tatsächlich gilt, wenn man Familie haben möchte, sich mit der Männerfrage ganz intensiv auseinanderzusetzen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es sind die Begriffe, wie Lebensqualität, partnerschaftliche Beziehung oder auch Teamgeist, neu zu bewerten, die ohnedies jetzt schon von Frauen stark beachtet werden. Es muß die Möglichkeit geben, diese Werte mehr in der Gesellschaft zu verankern, daß man Frauen in Führungspositionen diese Werte leben läßt. Damit bin ich wieder im Grunde genommen bei den Kindern, denn so wie jetzt braucht die Wirtschaft in Zukunft leistungsfähige, leistungsmotivierte, belastbare und verantwortungsbewußte Mitarbeiter. Diese Fähigkeiten können sich nur, wenn die Raum- und die Zeitfrage in der emotionalen Zuwendung gegeben ist, am besten in Familien entwickeln. Die Kinder brauchen auch Sicherheiten, nicht nur äußere Sicherheiten. Klar abgesteckte Grenzen, innerhalb der sie sich bewegen können und wo sie Grenzerfahrungen machen dürfen. Wir müssen ihnen aber auch Freiräume anbieten. Zur Zeit kontrollieren wir unsere Jugendlichen über Gebühr. Sie brauchen auch Bereiche, wo sie für sich selbst lernen können, sich bewegen können, laut sein können und ausgelassen sein können, ohne daß eine ständige Kontrolle unsererseits da ist. Was sind daraus für Zielsetzungen abzuleiten? Eine uralte Forderung: Teilzeitarbeit für Männer und Frauen bei gleicher Bezahlung, immerhin ist zur Zeit noch die Bezahlung der Männer um ein Drittel besser, höher, als sie für Frauen ist, Frauen in Führungsebenen einbinden, Kindern Freiräume auch in der Wohnraum- und Wohnumgebung zu ermöglichen und die gesicherte flexible Arbeitszeit für Männer und Frauen.

Ich möchte aber auch noch ein Wort für etwas größere, ältere Kinder reden, nämlich im landwirtschaftlichen Fachschulbereich sind im Jahresbudget 1996 409 Millionen ausgewiesen. Das ist eine Reduktion von etwas mehr als 10 Prozent, wie sie ja vom Ressort her vorgeschrieben ist. Wo sind diese Schulen, die vor einiger Zeit sehr stark in das Kreuzfeuer der Kritik gekommen sind? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Noch immer drinnen!“)

Sie sind drinnen, deswegen melde ich mich auch dazu. Diese Schulen sind im ländlichen Raum stabil verankert. Sie verbessern die Infrastrukturen und auch die Imagefrage der Schulstandortgemeinden. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Der ÖVP!“) Und ich meine, nicht nur der ÖVP, auch eine Mitarbeiterin Ihres Klubs ist sehr unmittelbar mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen in Kontakt. Sie hat ihren Betrieb als Schulbetrieb dem landwirtschaftlichen Schulwesen verpachtet. Sie sitzt neben Ihnen, lieber Herr Kollege. Und auch aus Ihrem persönlichen Bereich ist mir einiges bekannt, daß Sie Bauer sind und auch Ihre Probleme dort mit den Betrieben haben.

Eines möchte ich schon bewußt herausstreichen, daß die Schülerzahl trotz abnehmender Geburtenzahl eigentlich gleichbleibend ist und stimmt. Wir haben 1988 1295 Schüler gehabt, und wir haben im Schuljahr 1994/95 1159 Schüler an landwirtschaftlichen Schulen gehabt. Der Vorwurf, daß das Privatschulen seien, den möchte ich dezidiert zurückweisen. Privatschulen würden also wirklich von privaten Bereichen getragen werden, Kirche und ähnlichem. Das sind öffentliche Schulen, und die Eltern nehmen einfach das Recht in Anspruch, die Schulwahl selbständig, eigenständig zu treffen. Und viele, wie man sieht, wählen auch diesen Schultyp. Denn dort ist im Unterrichtsbereich verankert, daß nicht nur das kognitive Wissen, sondern vor allem das haptische Wissen einfach im Lehrplan vorhanden ist und geschult wird. Das bringt vielen jungen Menschen die Chance, daß sie über diese altersbedingte, entwicklungsbedingte Schulmüdigkeit hinwegkommen, wieder Fuß fassen können, wieder selbständig Energie tanken können und neue Wege beschreiten können, die bis zur Matura und zur Hochschule führen.

Zu den Aufgaben dieses Schulwesens zählt natürlich in erster Linie die Existenzsicherung der Bauern. Einerseits durch die Vermittlung betriebswirtschaftlicher, fachlicher, aber auch menschlicher Kompetenz. Die Überlebenschancen der Bauern sind durch eine gute Ausbildung natürlich erhöht. Wenn man schwarz auf weiß sieht, daß beispielsweise die Preise für Rinder 1975 – ich nehme hier Stiere heraus – 18,80 Schilling waren und daß in der Versteigerung, jetzt, 1995, im März genau der gleiche Preis, nämlich 21,24 Schilling für das Rind, für den Stier bezahlt wurden, dann weiß man, in welcher Auseinandersetzung diese Berufsgruppe ist. (Abg. Schinnerl: „Warum macht ihr keine bessere Politik?“) Das hat mit Politik in dem Sinne nicht soviel zu tun. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Frage. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, könnten Sie die Zahlen noch einmal wiederholen?“) 18,80 Schilling 1975, und der Preis jetzt in der Versteigerung in der Oberlandhalle in Leoben mit 21,24 Schilling. Inkludiert ist natürlich die Sicherung der Umwelt. Hier hat die Frau Kollegin Keshmiri sehr gut eingestimmt auf die Probleme des BSE.

Weiters die gesamte Wasserfrage, die mit besserer Bildung, mit mehr Bildung wesentlich einfacher in den Griff zu bekommen ist, weil das Kreislaufdenken und das naturnahe Handeln speziell geschult werden. Wir haben in diesen Schulen auch die gute Gelegenheit, Konsumenten und Produzenten zusammenzubringen. Durch lebenslanges Lernen sind auch Absolventen immer wieder gerne bereit, in die Häuser zurückzukommen, Kostproben, Vergleiche durchzuführen, sei es jetzt im Produktionsbereich Milch, Fleisch oder Kartoffel oder vor allem auch in den speziellen Schulen für Obst- und Weinbau.

Wir haben einen sehr großen Bereich Hauswirtschaft und Hauswirtschaftsschulen. Dort ist das Ausbildungsziel in zwei Etappen möglich. Einerseits die Grundstufe mit den Grundkenntnissen der selbständigen Hauswirtschaftsführung, Theorie und Praxis, und die zweite Stufe mit der Festigung, der Erweiterung dieser Grundkenntnisse bis hin zu sozialen Erfahrungen, die Schülerinnen in sozialen Einrichtungen machen können und die auch als Vorbereitung für ihre

eigene Berufswahl gelten. Viele junge Mädchen kommen in diese Schulen, die nicht unmittelbar aus dem bäuerlichen Bereich sind, aber die wieder Bäuerinnen werden und ihr Erwerbsleben unter Umständen auch im außerbäuerlichen Bereich finden, im Nebenerwerb, und so zur Existenzsicherung des Betriebes beitragen. Im Schuljahr 1993/94 waren es 90 Schülerinnen, die in 26 verschiedene, auch „männliche“, Berufe eingestiegen sind, von Chemielaborantin bis zahnärztliche Assistentin. Es sind 135 Abgängerinnen dieser Schulen, die in weiterführende, matura-führende Schulen gehen. Immerhin wählten 227 Schülerinnen den Weg in Sozialberufe. Natürlich sehr stark vertreten sind nach wie vor die den Frauen zugeordneten Berufe, wie Verkauf, Gastronomie, Friseur, Gärtnerei, Florist. Dort sind die Schwerpunkte, bei denen die Schülerinnen noch immer ihre Abnahme finden und auch vermehrt von der Wirtschaft ganz gerne angenommen werden. Ich glaube, daß auch eine soziale Komponente drinnen liegt, nämlich wir bemühen uns immer wieder um Ganztagschulen oder um Tagesheimschulen. Allein wegen der Unterrichtsgestaltung ist dieser Aspekt angesprochen. Wenn ich vorher sehr stark über die Männerfrage geredet habe, da bietet sich eine Lösung an, indem man Burschen wie Mädchen die Grundlagen der hauswirtschaftlichen Erziehung ermöglicht, damit später einmal die Existenzsicherung und die Bereitschaft zum Kind gegeben ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Es hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (17.39 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich spreche zum Thema „Jugendförderung“, werde mich aber auf das Thema „Partizipation, politische Teilnahme von Jugendlichen“ beschränken. Werte Abgeordnete, auf die Frage, was ist die Jugend, werden Schriftsteller, Philosophen, Werbefachleute, Marketingfachleute und Eltern wohl eine unterschiedliche Antwort geben. Demographen wiederum geben eine eindeutige Antwort. Jugendliche sind Menschen zwischen dem 15. und 24. Lebensjahr. Das Steiermärkische Jugendförderungsgesetz definiert übrigens das Jugendalter bis zum vollendeten 25. Lebensjahr. Ich will Sie nicht mit Zahlen und Daten langweilen. Sehr wohl möchte ich Sie aber mit einigen Wahrheiten konfrontieren. „Jugendliche verfügen“ – ich zitiere hier den Bericht zur Lage der Jugend des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie aus dem Jahre 1993, dem ich sehr viel an Information entnommen habe – „über ein auffällig niedriges Niveau an Interessenvertretung. Eine bessere Vertretung von Jugendlichen auf allen Ebenen ist zweifelsohne notwendig“, wie es wörtlich in diesem Bericht heißt. Die steirische SPÖ wird diese Forderung von Jugendexperten aufnehmen. Doch davon später.

Zum einen Faktum zählt zweifellos auch, daß sich das Verhältnis von Erwachsenen und Jugendlichen im Vergleich zu früheren Generationen grundlegend geändert hat. Die Kriegs- und Nachkriegsgeneration konnte auf ihre bemerkenswerte Aufbauleistung verweisen und damit ihren Anspruch auf Autorität

ableiten, die akzeptiert wurde und fraglos auch akzeptiert werden sollte.

Die Kehrseite und Folgewirkungen von Aufbau und Wirtschaftswachstum haben diese Autorität erschüttert. In Wirklichkeit haben Wachstum und ständige Reichtumsvermehrung grundlegende Probleme menschlichen Zusammenlebens nicht gelöst, und Erwachsene zeigen sich angesichts der Probleme, wie zum Beispiel der wachsenden Arbeitslosigkeit, der Umweltproblematik, neuer kriegerischer Auseinandersetzungen, zunehmend hilf- und orientierungslos. Gleichzeitig werden Jugendliche als Konsumenten zu vollwertigen Teilnehmern der Konsumgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund sind sie, die Jugendlichen, nicht mehr bereit, sich bloß als teilmündige Gruppe der Gesellschaft zu akzeptieren, von denen Unterordnung verlangt werden kann, sondern sie sehen sich auch als gleichwertige und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger, und sie sind auch nicht mehr bereit, auf erwachsene Verhaltensmöglichkeiten, wie Mit- und Selbstbestimmung, zu verzichten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein intelligenter Mensch hat einmal gesagt, wir sollten nicht immer nur darauf achten, welche Probleme die Jugendlichen machen, sondern welche sie haben. Und das ist richtig. Im Zusammenhang mit der Jugend hören wir im Regelfall nur von Konsumgier, Drogen- und Alkohol-exzessen, von jugendlicher Eigentums- und Gewaltkriminalität. Nicht, daß wir diese Probleme nicht hätten, und die Politik muß auch darauf reagieren. So hat das Land Steiermark, das Ressort Dörflinger, für dieses Jahr 3 Millionen Schilling für die Drogenprävention budgetiert und für das kommende Jahr 2,4 Millionen Schilling.

Wir können nicht erwarten, daß junge Menschen begeistert zur Wahlurne schreiten, wenn man sie vielleicht ein halbes Jahr vorher nicht einmal als Gesprächspartner akzeptieren wollte. Es ist eine alte Tatsache, daß ein Kind, das sich in der Gemeinde wohl fühlt, dieser Gemeinde auch ein Leben lang verbunden bleibt. Ohne daß darüber viel Aufhebens gemacht wird, ist die Steiermark ein Musterland für Jugendpartizipation geworden. Österreichweit haben wir die erste kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligungsmodelle. Einzigartig ist unser Modell der Bezirksjugendreferenten als Ansprechpartner. Die Steiermark hat in ihren Gemeinden mehr Jugendreferenten als jedes andere Bundesland. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun soll unser Jugendförderungsgesetz eine beispielhafte Erweiterung erfahren. Unter Einbeziehung Jugendlicher soll erstmals eine Gesetzesänderung Platz greifen, wo die Partizipation und politische Teilnahme Jugendlicher verbindlich formuliert werden soll. Diese Gesetzesänderung wird auch Grundlage für eine mögliche Änderung weiterer gesetzlicher Bestimmungen sein, zum Beispiel der Gemeindeordnung, und hier geht es nicht um weitere finanzielle Belastungen der Gemeinden. Die Interessenvertretungen der Gemeinden werden in der Folge einbezogen. Ein zweiter wichtiger Schritt, der sowohl wissenschaftlich als auch juristisch in Ausarbeitung ist, ist die verpflichtende Einbeziehung der Jugendgremien bei der Entstehung jugendrelevanter Gesetze. Es muß für uns naheliegend sein, daß jene Personengruppe, die

zukünftig von einem Gesetz betroffen ist, an der Gesetzwerdung in einer gewissen Form beteiligt werden muß. Mein persönliches Anliegen ist hier besonders die Einbeziehung von jungen Frauen und Mädchen. Die Jugend ist eine Personengruppe, die von vielen Gesetzen für den Rest ihres Lebens betroffen ist, aber nicht mitbestimmen kann. Derartige Mitbestimmungsmöglichkeiten lassen sich auch einrichten, wenn das Wahlalter nicht gesenkt wird. Die Herabsetzung des Wahlalters, das in den letzten Jahren vor allem in den Kommunen häufig diskutiert wird, ist meiner persönlichen Meinung nach völlig zweitrangig und eine sekundäre Frage.

Alarmierend sind in diesem Zusammenhang die Forschungsergebnisse des Vorstandes des Institutes für Jugendforschung Mag. Heinzelmeyer. Nur mehr 4 Prozent der 15- bis 25jährigen sind bereit, sich politisch zu engagieren. Von den restlichen 96 Prozent sind auch nur mehr 60 Prozent bereit, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Diesen Zustand können wir nicht ändern, wenn wir das Kreuzerlmachen ein bißchen nach vorne verlegen. Was wir brauchen ist eine engagierte lebendige Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und eine Aufwertung von Jugendbeteiligung, genau, wie wir sie planen. Es geht darum, auseinanderstrebende Lebensinteressen wieder zusammenzuführen, mehr Solidarität bei mehr individueller Freiheit zu erreichen. Das wäre ein hohes Ziel von Jugendpolitik und von Politik überhaupt. Danke. (Allgemeiner Beifall. - 17.46 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (17.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte als ersten Punkt die Kindergärten und damit Frau Landesrätin Rieder ansprechen. Im Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes 1997, in einer Arbeitsfassung vom 18. April 1996, wird, so wie das ohnehin schon auch in den Medien berichtet wurde, in Aussicht gestellt, daß der Bund den Ländern 600 Millionen Schilling für die Förderung der Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Aussicht stellt. Es wird aber hinzugefügt, daß die Gebietskörperschaften beziehungsweise das Land einen ebenso hohen Betrag, nämlich 80 Millionen Schilling, zur Verfügung stellen müssen. Es heißt hier, der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden die nachstehenden Zweckzuschüsse, wenn die empfangenden Gebietskörperschaften eine Grundleistung mindestens in der Höhe des Zweckzuschusses erbringen. Und es wird hinzugefügt, daß es sich bei diesen Grundleistungen der Länder um zusätzliche Leistungen zur laufenden Kinderbetreuungsförderung der Länder handeln muß. Wenn ich mir jetzt die Budgetzahlen anschau, dann sehe ich im Jahr 1996 373 Millionen Schilling und 1997 383 Millionen Schilling; da sind also diese 80 Millionen Schilling, die wir aufbringen müßten, damit wir die zusätzlichen 80 Millionen Schilling vom Bund bekämen, nicht enthalten. Und da möchte ich Sie, Frau Landesrätin, bitten, daß Sie in Ihrer Abschlußrede darauf eingehen. Mich stört, glaube ich, so wie Sie, daß diese Bundesgelder nur quasi für Bauten zur Ver-

fügung gestellt werden, und nicht auch für Personal und sonstige Kinderbetreuungseinrichtungen. Vielleicht gibt es da noch eine Möglichkeit, in Verhandlungen mit dem Bund darauf zu drängen, daß man nicht nur Bauten fördert, die dann Folgekosten haben, die dann die Länder zu tragen haben. Also, das ist das erste, worum ich Sie noch um Information und Aufklärung bitte. Und wenn das so wäre, wie ich mir das zusammengereimt habe, daß so quasi diese 80 Millionen Schilling fehlen, was tun wir dann 1997, wenn wir diese 80 Millionen des Bundes nur bekommen, wenn man nochmals 80 Millionen Schilling aufwenden muß?

Das Zweite, wo ich Sie noch um eine Information bitte, Frau Landesrätin: Es heißt hier, wenn die empfangenden Gebietskörperschaften, also nicht nur das Land, sondern auch die Gemeinden, das gleiche leisten. Die Gemeinden fürchten sich, daß jetzt noch etwas zusätzlich auf sie zukommt, nämlich daß sie auch diese Grundleistungen jetzt wieder erbringen müssen, damit der Bund die 600 Millionen, anteilig 80 Millionen für die Steiermark, der Steiermark überweist. Das ist der eine Punkt, den ich ansprechen möchte.

Der zweite betrifft die Fachhochschulstudien. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das eine Erfolgsstory nicht nur in der Steiermark, sondern in Österreich gewesen ist und ist, und es wäre schön, wenn diese Erfolgsstory ein bißchen schneller vonstatten ginge, wobei das jetzt keine Kritik gegenüber der Steiermark ist, sondern sich gesamtösterreichisch auf die Zahl der Studierenden in den Fachhochschulstudiengängen bezieht. Ich habe seinerzeit als ÖVP-Wissenschaftssprecher dieses Fachhochschulstudiengesetz mitgeschrieben, und wir haben in diesem Fachhochschulstudiengesetz auch den Bedarf nach solchen Einrichtungen festgehalten. Ich stehe zu dieser Bedarfsprüfung und zu dieser Bedingung, daß solche Studien eingerichtet werden. Ich möchte das wirklich vorausschicken, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich jetzt auf land- und forstwirtschaftliches Gebiet abweiche.

Es gibt, wenn ich das richtig sehe, nur in Kuchl einen holzwirtschaftlichen Fachhochschulstudiengang. Es gibt aber keinen klassischen land- und forstwirtschaftlichen Fachhochschulstudiengang in Österreich. Ich weiß von den Niederösterreichern, daß sie sich um einen solchen bemühen. Ich habe seinerzeit Gespräche mit Raumberg gehabt, weil die Raumberger sich sehr intensiv bemühen. Es wäre für mich wichtig, einfach zu wissen, ob es eine solche Bedarfsprüfung in der Steiermark nach einem land- und forstwirtschaftlichen Studiengang gibt, und wenn ja, bis wann man mit der Einrichtung eines solchen land- und forstwirtschaftlichen Fachhochschulstudienganges rechnen kann.

Ich möchte in dem Zusammenhang einen Beschlußantrag des Liberalen Forums und der Grünen einbringen, nämlich: der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit die Einrichtung eines land- und forstwirtschaftlichen Fachhochschulstudienganges unter Nutzung der Einrichtungen von Raumberg im Hinblick auf einen Bedarf und ein adäquates Ausbildungsprogramm als zweckmäßig

erscheint, und die Ergebnisse dieser Prüfung dem Landtag vorzulegen.

Herr Kollege Huber hat mich gestern gerügt, weil ich der ÖVP vorgeworfen habe, daß sie die Wissenschaft weggetauscht hat zugunsten der land- und forstwirtschaftlichen Schulen. Herr Kollege Huber, Sie sehen, daß ich sehr wohl etwas für die Land- und Forstwirtschaft übrig habe, daß ich mich freue, daß wir eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark haben, daß wir gute Nahrungsmittel haben, was für mich wichtig ist, weil ich esse sehr gerne. Ich würde mich sehr freuen, Herr Kollege Huber, wenn Sie unseren Antrag, betreffend eine Bedarfsprüfung nach einem land- und forstwirtschaftlichen Fachhochschulstudiengang, unterstützen würden. (17.53 Uhr.) -

Präsident: Ich bedanke mich und erteile als nächstem Redner dem Herrn Abgeordneten Kröpfl das Wort.

Abg. Kröpfl (17.53 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren von der Regierungsbank! Hohes Haus!

Ich möchte Sie jetzt nach diesem Ausflug in die Wissenschaft, Kindergarten, landwirtschaftliche Schulen wieder zurückführen zum Pflichtschulbereich. Wir haben heute schon sehr viel darüber gehört. Ich bin sehr froh darüber, daß es angeklungen ist, daß man mit Hilfe der Autonomie jetzt endlich die Möglichkeit hatte, sehr viel an Schulversuchen in diesem Bereich zu unternehmen. Deswegen möchte ich auch auf einen Schulversuch im Mittelstufenbereich zuerst eingehen, und zwar ist das der Schulversuch „Neue Mittelschule Schulverbund“. Durch seine Einführung im Jahre 1991 ist es gelungen, den Standort von vier oder fünf Hauptschulen in Graz zu erhalten, obwohl es zur gleichen Zeit eine Eröffnung der AHS Klusemannstraße gegeben hat. Sogar der Landesschulratspräsident Bernd Schilcher beurteilt diesen Schulversuch in einer seiner Aussendungen überaus positiv. Dieser Schulversuch ist aber sehr kostenintensiv. Aber die Ergebnisse, die dieser Schulversuch bringt, rechtfertigen diesen finanziellen Einsatz. Im Gegensatz dazu gibt es auch den Schulversuch der Realschule. Mittlerweile wurde ja aus dem Schulversuch eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und ein etwas zu hinterfragendes Konzept über die Finanzierung zwischen Land, Bund und den Gemeinden. Zu bemerken ist auch noch, daß nur in der Steiermark dieser Schulversuch durchgeführt wird.

In den Budgets der Jahre 1996 und 1997 sind in der Gruppe 2 für das Personal unter dem Punkt „Personalkosten“ für die Lehrer an den öffentlichen Pflichtschulen rund 5,2 Milliarden veranschlagt. Die Summe ergibt sich aus dem bekannten Normstundenmodell, das vom Bundesministerium errechnet wird und mit dem die Bundesländer beteiligt werden. Durch dieses Normstundenmodell sollte die Transparenz gewährleistet werden, wie viele Stunden in die einzelnen Bundesländer fließen. Dies ist aber jetzt nicht mehr ganz möglich durch das Ausbrechen dieses Realschulversuches. Mir geht es nun darum, daß wir in einer Zeit, in der gespart werden muß, jene Schulversuche einstellen, die die Ziele, die von den Betreibern des

Schulversuches selbst festgelegt wurden, nicht erfüllen. Und zu diesen Schulversuchen zählen für mich die Realschulversuche. Die Realschule wurde auf Wunsch von Herrn Präsident Dr. Bernd Schilcher eingeführt, die sogenannte mittlere Reife, die man dem deutschen Schulsystem abgeschaut hat, dort aber eine völlig andere Bedeutung hat, sollte laut Modellbeschreibung einen qualifizierten Abschluß bilden, der zwischen dem Pflichtschulabschluß und der höheren Hochschulreife liegen sollte. Außerdem sollte dieser Abschluß über eine kommissionelle Prüfung in Kombination mit einem Betriebspraktikum erreicht werden. Dies sind alles Ziele, die ich durchaus unterstreichen könnte.

Außerdem sollte mit dem positiven Abschluß der mittleren Reife der Einstieg in einzelne Berufe erleichtert werden. Ja, es wurde den Eltern sogar zugesagt, daß man sich bei verschiedenen Berufen durch den Abschluß dieser mittleren Reife ein Lehrjahr ersparen könnte. Die mittlere Reife sollte auch beim Eintritt in den öffentlichen Dienst berücksichtigt werden und als Einstiegsqualifikation für folgende Berufe, die ich nun auflisten möchte, gelten: zum Beispiel für Bürokaufmann, Fahrzeugfertiger, Fotokaufmann, Kraftfahrzeugmechaniker, Schlosser, Tischler, Uhrmacher, um nur einige zu nennen. Aus diesem Katalog können Sie sehen, wie vielfältig die Ausbildung an der Realschule nach dem Modell sein sollte. Die Hauptfunktion der Realschule sollte die Vorbereitung auf die Lehre sein. Und das könnten wir wieder unterstreichen. Daneben wurde auch noch mit neuen Lehr- und Lernformen, so ein bißchen mit offenem Lernen, mit Teamteaching und mit Projektunterricht, für diese Realschule geworben. Meine Damen und Herren, all diese Ziele – ich habe Ihnen nur einen Auszug aus der Modellbeschreibung gebracht – wurden vom Schulversuch Realschule nicht erreicht. Es gibt heute keine Zusagen aus der Wirtschaft, daß auch nur bei einer einzigen Berufsausbildung eine Anrechnung der mittleren Reife stattfindet. Die politische Verantwortung für das Scheitern des Schulversuches und für die sehr hohen Kosten, die dieser Schulversuch sowohl in der Vorbereitung als auch in der Erprobung verursacht hatte und hat, liegen beim derzeitigen Präsidenten des Landesschulrates Dr. Bernd Schilcher. Vielleicht ist dieses Scheitern auch mit ein Grund für seine Resignation und seinen Abgang im Landesschulrat. Grundsätzlich bin ich für Schulversuche, da sie in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft notwendig sind. Wenn man aber erkennt, daß ein Versuch nichts bringt, dann muß man auch den Mut haben, diesen Fehler erstens einzugestehen, zweitens den Schulversuch zu beenden oder eine dritte Möglichkeit ergibt sich für mich, endlich diesen Schulversuch zu legitimieren und die Voraussetzungen zu schaffen, daß er in das Regelschulwesen übernommen werden kann. Wenn dies aber nicht gelingt, fordere ich das Einstellen des Schulversuches Realschule, auch aus Kosten- und Dienstposten Gründen. Dieser Mehraufwand an Dienstposten ist, da der Schulversuch Realschule seine Ziele nicht erreicht hat, für mich nicht mehr vertretbar. Ich sehe nicht ein, daß man aus Prestigegründen einen Schulversuch auf Kosten der übrigen Hauptschulen weiterführt. Die durch das Einstellen des Schulversuches Realschule gewonnenen Dienstposten und Stunden werden an den Hauptschulen notwendig gebraucht, damit man nicht bei einem gut funktionierenden Schultyp auf

Kosten eines uneffizienten Schulversuches pädagogisch einspart. (Beifall bei der SPÖ.)

Verehrte Damen und Herren! Für das Scheitern dieses Realschulversuches bezeichnend ist auch die Werbung, die momentan über einen Privatsender betrieben wird. In diesem Zusammenhang stelle ich hier im Hohen Haus die Frage nach der Finanzierung dieser Werbekosten. Trägt diese Kosten der Landesschulrat oder die Rechtsabteilung 13? Ist diese Werbung schon das erste Zeichen für das neue Sponsoring nach dem Motto „Ich gebe dir für eine Veranstaltung einen Schultag frei, du wirbst dafür für mich für die Realschule“ oder gehen diese zirka 40.000 Schilling Werbekosten zu Lasten der anderen Pflichtschulen? Besonders verwundert war ich außerdem noch über ein Interview, das kürzlich im „Morgenjournal“ mit Dr. Bernd Schilcher gemacht wurde. In diesem Interview behauptete der Herr Präsident ganz hart, daß die Realschule nur am mangelnden Engagement einzelner Lehrerinnen gescheitert sei. Er gibt auch ganz offen zu, daß die Sparmaßnahmen sich auf die Realschule wesentlich weniger auswirken werden, als dies die anderen Pflichtschulen zu spüren bekommen. Und weiters gesteht er ein, daß es an einzelnen Realschulstandorten – noch sind es zirka 20 – zu Zusammenlegungen von Gruppen und Klassen und damit zu Abteilungsunterricht kommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, daß man den Eltern und den Schülerinnen und Schülern endlich sagt, daß dieser Realschulversuch gescheitert ist, daß es nicht gelungen ist, die versprochenen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die sogenannte mittlere Reife hat sich zu einem Flop entwickelt. Deshalb laufen auch der Realschule nach der vierten Klasse, nach der achten Schulstufe, die Schüler davon. Dies ist auch der Grund für diese Werbekampagne in diesem Privatsender. Ich fordere Sie auf, hören wir doch auf mit diesem Konkurrenzkampf im Mittelstufenbereich. Schaffen wir doch endlich eine gemeinsame Mittelstufe der 10- bis 15jährigen. Und denken wir in die Zukunft, daß wir unsere Lehrerinnen und Lehrer im Pflichtschulbereich universitär ausbilden sollen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 18.02 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (18.02 Uhr): Der Herr Landesrat Hirschmann meint, etwas Feuer in die Debatte. Ich werde mich nach besten Kräften bemühen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist an sich ganz gut geeignet für dieses mögliche Feuer. Mir ist aufgefallen in all den Wortmeldungen, die sicherlich, und ich will sie hier nicht werten, das steht mir auch gar nicht zu, sehr viel Richtiges ausgedrückt haben, daß wir über einen Umstand, der die Schulpolitik in der Steiermark, aber auch in ganz Österreich auszeichnet im negativen Sinn, nicht mehr reden. Vielleicht ist es die Gewöhnung, vielleicht ist es das Gefühl der Ohnmacht, vielleicht ist es auch (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Arbeitslosigkeit meinst du!“) die Arbeitslosigkeit, über die ich jetzt nicht reden möchte, vielleicht ist es auch das Gefühl der Anpas-

sung und das Gefühl, man kann daran nichts ändern. Man hat früher viel gehört von der Ausbildung der Schüler für das Leben, für die Vorbereitung, für die Erziehung zu mündigen Staatsbürgern, von unabhängigen Demokraten, aber wir können ein Faktum, ein Phänomen, das auch in der Verfassung noch immer festgeschrieben ist, wo immer wieder in Sonntagsreden beteuert wird, das muß endlich weg, ein Phänomen nicht wegdiskutieren, das ist der Proporz in der Schule. Ich selbst bin, und sage ich da hier, auch, wenn jetzt manche protestieren, ich weiß schon, und ich werde den Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schachner heute sogar loben (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, nicht!“), das schadet dir hoffentlich nicht, aber ich bin ein Mensch, der abwägt und der auch, wenn etwas Positives passiert ist, das auch hier aufzeigt. Da bin ich mir nicht zu gut.

Aber grundsätzlich möchte ich sagen, ich bin in einer Lehrerfamilie aufgewachsen, und damals war es nicht so, daß ein Lehrerüberfluß war, sondern damals waren Lehrer gefragt, und da hat es diese Teilung in der Steiermark gegeben, die es heute noch gibt. Ich weiß es auch als einer, der hier oft gesprochen hat, da gibt es halt die Einteilung. Und die Freiheitlichen wissen das ja auch schmerzhaft. Da gibt es die Einteilung in jene Bezirke, wo in erster Linie die Schwarzen dominieren im Lehrerbereich, und andere Bezirke, wo die Roten dominieren, obwohl immer wieder davon geredet wird, aus der Schule möglichst Parteipolitik fernzuhalten, tun wir ja nicht reden, das geht nicht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Martin, wir dominieren nirgends!“)

In Leoben schon. Dort, wo der Bezirksschulrat mehrheitlich rot ist, dort dominiert ihr. Aber sagen wir so, es gibt so stillschweigende, aber eines gibt es sicher, rote Schulleiterposten und schwarze Schulleiterposten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, stimmt nicht, gar nirgends!“)

Freiheitliche haben sich auch bemüht, daß sie auch ein bisserl mitspielen dürfen in dem Ringenspiel. Aber es ist ihnen nicht ganz gelungen in der Vergangenheit. Aber sie können damit weiterhin sagen, daß sie gegen diesen Proporz weiter auftreten. Aber das sei euch zugestanden, daß ihr das vielleicht erkannt habt. Interessant ist ja eines, daß das lange Zeit ein Machtinstrument war. Heute glaube ich, daß das im Grunde genommen gesellschaftspolitisch nicht mehr allzuviel bewirkt, außer, daß ein roter Direktor dort vielleicht einmal Bürgermeister werden könnte oder daß man einen guten Lehrer irgendwo hinsetzt, der vielleicht diese Gemeinde umdreht. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum weiß du das alles?“)

Das habe ich mitverfolgt. Auch selber habe ich darunter gelitten, daß ich einmal fast von den Schwarzen dazu gezwungen worden bin, so einen Pakt abzuschließen. (Abg. Dr. Lopatka: „Teilgenommen hast du daran nie?“) Das war vor 10 oder 15 Jahren. Da hat es geheißt, so viele Schulleiterposten sind im Bezirk. Das sind die Schwarzen, und ihr könnt zwei haben, damit eure Klientel zufriedengestellt wird. (Abg. Tasch: „Bist du durch die Schwarzen Richter geworden?“)

Ich sage es nur. Dieses Thema sollte man hier endlich auch heute diskutieren. Der Kollege Ussar hat schon mit meinem Vater diese Lehrerbörse betreut. Er weiß auch, daß ich nicht von etwas rede, was es nicht gibt. Das gibt es halt, und man hat auch früher gewußt, früher auch an der Pädak, jetzt an der Pädak, früher an der Schule, an der LBA, und man hat gesagt, naja, in welchen Bezirk willst denn gehen? Es ist besser, du unterschreibst bei dem Lehrerverein oder beim anderen Lehrerverein. Das sind die Dinge, über die nicht hinwegdiskutiert werden kann.

Es gibt einen Hoffnungsstrahl, oder es hat einen Hoffnungsstrahl in der Vergangenheit gegeben im Bezirk Feldbach, in der Stadt Feldbach. Und da muß ich sagen, da hat der Herr Dr. Schachner hier letztlich nach zweijähriger Vakanz, das war ein Mordstauziehen, aber letzten Endes hat der Qualifiziertere gesiegt, entschieden. Das war für mich, weil ich den gut kenne, wirklich ein erfreuliches Erlebnis, daß es unter Umgehung all dieser Aufteilungen gelungen ist, einen Unabhängigen zu installieren – eine Sensation für die Steiermark, die wir begossen haben mit viel Sekt, weil wir gesagt haben, das war ein Durchbruch. Und ich hoffe auch, daß dieser Durchbruch keine Eintagsfliege sein wird. Und das möchte ich auch sagen, ich bin gegen die Art der Bestellung von Stadler und Lattinger. Das war etwas überfallsartig. Trotzdem hoffe ich, und ich kenne den Kollegen Stadler, und ich kenne den Kollegen Lattinger, und ich glaube, daß die beiden doch bemüht sein werden, ich will nicht sagen Garant, das wäre ein bisserl zu weit hergeholt, daß das in der Steiermark einigermaßen aufgeweicht wird. Aber wie war es in Feldbach? Das war eine rote Schule, das gibt es halt, und dort war immer ein roter als Hauptschuldirektor. Den Roten haben aber in dem Fall nicht alle Roten so richtig gewollt, und der Schleich ist jetzt nicht da, und die Schwarzen haben, der Kollege Kaufmann ist nicht mehr da, den Schwarzen forciert – den schwarzen Kandidaten. Der provisorische Leiter war dieser Unabhängige. Es war dieses Tauziehen. Im Bezirksschulrat war der Erste der Schwarze, der Zweite war der Rote, weil im Bezirksschulrat haben die Schwarzen eine Mehrheit. Sie haben diesmal diesen Vertrag nicht eingehalten. Der Dritte war der Unabhängige. Dann ist es in den Landesschulrat gegangen, und dort ist als Kandidat des Landesschulrates, damals auch mit Hilfe der FPÖ, versucht worden, den Unabhängigen zu forcieren, und es ist dann der ÖVPLer vorgeschlagen worden. Und da danke ich dir heute noch, weil ich glaube, man hat den Kindern und den Schülern etwas Gutes getan, daß man den Besten genommen hat. Du hast damals dann nicht den Vorschlag des Landesschulrates übernommen und hast gesagt, nein. Ich bin überzeugt davon, daß der, der jetzt schon am Werk ist, wo es auch Elternvereinspetitionen gegeben hat und, und, und, wo es auch das Hearing gegeben hat, wo sich herausgestellt hat, daß er der Beste ist. Dann, nachdem die Gemeinderatswahl in Feldbach war, und die hat dann manches bewirkt, du weißt das, Franz Schleich, und dann ist der unabhängige Kandidat Direktor geworden. Ich sage eines, und um das bitte ich hier, man sollte wirklich, ich weiß schon, daß das nicht leicht ist, dieses Karussell durchbrechen. Das hat keinen Sinn, wenn ich sage, das ist eine rote Schule. Und es hat schon Fälle gegeben, wo ein Tauziehen ein, zwei

Jahre gedauert hat, und alle haben dort gewußt, das müßte der oder die Kandidatin werden. Nur hat sie es nicht werden können, weil es eine rote Schule ist.

Es hat schon Direktoren gegeben, und damit bin ich jetzt schon am Ende, in Fürstenfeld ist einer Direktor geworden an der Hauptschule. Das war ein Schwarzer. Da hat man gesagt, du kannst es nur werden, wenn du ein Roter wirst. Dann ist er ein Roter geworden, und er ist Direktor geworden. Dann ist er in Pension gegangen. Er war natürlich bei der SPÖ und auch beim SLÖ. Ein Jahr nach der Pensionierung, das hat er mir auch erzählt, hat er gesagt, und damit beende ich diesen Ausflug in den Parteienproporz, ich habe dieses Parteibuch und die SLÖ-Mitgliedschaft zurücklegen müssen, weil ich habe nicht mehr ruhig schlafen können. Das habe ich nicht mehr zusammengebracht. Er hat zwar damals das gemacht, damit er es wird, aber er hat dann alles zurückgelegt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Zwischendurch hat er gut geschlafen!“) Zwischendurch hat er gut geschlafen. Nachdem er aber in den Pension war, und dieses Phänomen erlebt man ja öfter, daß jemand während der Aktivzeit gut schläft, wenn er das Parteibuch nimmt, was ihm nützt. Und wenn er in Pension geht, noch besser schläft und endlich gut schlafen will, und das Parteibuch, daß er nehmen hat müssen, wieder ablegt. Wir sollten uns bemühen im Sinne der Demokratie und im Sinne unserer Glaubwürdigkeit, ich glaube, daß es langfristig auch dem Ansehen des Landtages, dem Ansehen bei der Jugend und dem Ansehen der Politik nützt, wenn man den Proporz langsam aber sicher – mir kann es nicht langsam genug gehen – abschafft. Und ich glaube aber, diese Entscheidung des Landeshauptmannes Schachner war einmal richtungsweisend, und ich hoffe, daß diese beispielgebend war. Danke schön! (18.11 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (18.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach dem rhetorischen Erguß unseres Martin Wabl, ich sage „unseres“, weil unserer war er auch einmal, eine besondere Komponente gleich zum Thema Jugend. Verehrte Damen und Herren, wie haben wir es denn so mit der Jugend? Während wir uns, damit meine ich jetzt die sogenannte Erwachsenenwelt, mit dem technischen Fortschritt, mit den Gegebenheiten rund um die europäische Integration, mit der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen unter anderem beschäftigen, dann kommt Gedankenstrich, Punkt, Punkt, Punkt, müßte man sagen, ach ja, die Jugend haben wir ja auch noch. Was will ich damit ausdrücken? Während die Jugend in den sechziger Jahren überproportional in der Öffentlichkeit vertreten war, haben wir jetzt genau die Umkehrfolge.

Umso mehr freue ich mich darüber, wirklich – ich freue mich darüber, daß sich im Feber dieses Jahres eine sogenannte Lehrlingsenquete hier in Graz gefunden hat, wo sich endlich – und das betone ich – das Land mit den Sozialpartnern gefunden hat und sich mit diesem so wichtigen Thema beschäftigt hat. Es ist, meine ich, wirklich höchst an der Zeit, an diese Thematik im besonderen Maße, und das ohne Schuld-

zuweisungen, heranzugehen, denn der Lehrlingsboom, der liegt ja rund 20 Jahre zurück, und heute haben wir die Situation, daß die Lehre, die integrierter Bestandteil unseres Bildungssystems war und ist, immer mehr – wie heißt das schöne Wort – ins Out gedrängt wird. Mich berührt diese Tatsache deshalb so ganz besonders, denn meine Heimatregion, das Aichfeld, wies erst kürzlich um 70 Prozent mehr Lehrstellensuchende gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf, während im Gegenzug die offenen Lehrstellen etwa im selben Ausmaß gesunken sind. Dazu kommt in unserer Heimatregion noch besonders erschwerend, daß bestehende Lehrwerkstätten in den Leitbetrieben der Region, die qualifizierte Ausbildungsstätte unserer Industrieregion waren und sind, nach und nach im wahrsten Sinne des Wortes dem Rechenstift zum Opfer gefallen sind. Die Gründe für diese Entwicklung, verehrte Damen und Herren, liegen eindeutig in ökonomischen Prinzipien und auch in der Tatsache, daß zunehmend Leiharbeiter bevorzugt werden, weil mit denen haben wir bekanntlich viel, viel weniger „Gscher“. Ich meine daher eindringlich, Lehrwerkstätten, vor allem auch der Industrie, müssen als zusätzliche Chance für die Jugend unbedingt erhalten bleiben. (Beifall bei der SPÖ.)

Verehrte Damen und Herren! Eine Jugend ohne Beschäftigung, ohne Perspektiven, sollten und dürfen wir uns in dieser Gesellschaft einfach nicht leisten. Sie wissen ja, wohin das führt. Reden wir einmal mit Lehrlingsausbildnern, die können das ganz genau sagen. Einen Monat tun sie fernsehen, im zweiten Monat werden sie bereits zu Exponenten der extremen Szene oder rutschen ab in die Drogenszene. Da kann man direkt zuschauen! So ist die Entwicklung. Nun vertrete ich hier die Meinung, daß nur wirklich jemand fordern kann, der auch Vorschläge anzubieten hat, deshalb erlaube ich mir, in gebotener Kürze dazu folgende Überlegungen einzubringen, die zum Teil aus Gesprächen mit Fachleuten und Lehrlingsausbildnern entspringen, was könnte man hier einfach besser oder anders machen. Ganz kurz dazu:

Erstens: Die rasend schnell voranschreitende Technik müßte durch eine breitere Grundausbildung in der Lehre kompensiert werden. In Deutschland ist man hier viel weiter. Da hat man bereits vor zehn Jahren die Richtung der sogenannten Flächenberufe und der Stufenausbildung eingeschlagen. Das hat sich mittlerweile bestens bewährt. Das heißt konkret, Spezialisierung erst im Anhang der Grundausbildung, also zwei Jahre Flächengrundausbildung, breitbandig, ein Jahr fachspezifische Ausbildung und ein halbes Jahr schlußendlich Spezialisierung.

Zweitens: Neubenennung der Lehrberufe. Unser Landeshauptmannstellvertreter hat ja vor nicht allzu langer Zeit darauf hingewiesen, wir haben 230 Lehrberufe. Da müßte man einfach etwas tun. Eine Bezeichnung wie Starkstrommonteur, das ist heute einfach out, wird nicht mehr angenommen, und man könnte, weil das den Leuten auch so wichtig ist, daß das anders klingt und anders benannt wird, daß man im Elektrobereich etwa Berufsbezeichnungen wie Energieindustrie oder Kommunikationselektroniker schafft, das hat eine ganz andere Wertigkeit und Dimension.

Drittens: Schaffung von Maßnahmen – und das erscheint uns auch besonders wichtig – zur Erhaltung des Erstausbildungssystems durch einen finanziellen Lastenausgleich zwischen Ausbildungsbetrieben und jenen, die keine Lehrlinge ausbilden, zumindest dazu nicht bereit sind. Das heißt, einen sogenannten Ausgleichsbetrag, eine alte gewerkschaftliche Forderung, weil ich direkt zu meinem Freund Kurt Gennaro schaue, für jene Betriebe, die noch Lehrlinge ausbilden und dazu bereit sind.

Diese Art eines Ausbildungsbeitrages könnte natürlich nach Betriebsgröße gestaffelt sein. Somit will ich Sie nicht länger damit aufhalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. –18.18 Uhr.)

Präsident: Ich darf jetzt das Wort Frau Landesrätin Dr. Rieder erteilen.

Landesrätin Dr. Rieder (18.18 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich eingangs feststelle, daß die Debatte zu diesen Budgets, betreffend die Gruppe Kindergarten und Schulen, in einer besonderen Zeit der gesellschaftlichen Veränderung, des Wandels, aber auch einer besonderen Zeit der Herausforderung stattfindet. Im Hinblick auf das Sparpaket glaube ich schon, daß das ein besonderer Aspekt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht für mich auch außer Streit, daß Investitionen in die Bildung, Ausbildung, Kinderbetreuung, langfristige Investitionen sind und der Erfolg von vornherein nicht immer absehbar ist. Was aber sehr wohl spürbar ist, das wären Versäumnisse auf diesem Gebiet. Sie würden sich bemerkbar machen, wenn unsere Jugend eine nicht entsprechende Ausbildung hätte, sie wäre benachteiligt bei der Suche nach Arbeitsplätzen, und sie wäre ebenso benachteiligt in der Wettbewerbsfähigkeit, was sich natürlich in einem vereinigten Europa im besonderen Maße negativ auswirken würde. Aus Ihren diversen Wortmeldungen, für die ich sehr herzlich danke, bestätigt sich meine Ansicht, daß Investitionen in diesem Bereich eine ganz besondere Priorität genießen und daß sie die besten Investitionen für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft sind. Es freut mich, wenn ich jetzt feststellen kann, daß ich im Landesvoranschlag für dieses und für das kommende Jahr in diesem Bereich die Schulen und Kindergärten aus dem Sparpaket heraushalten konnte, es sogar möglich war, im Kindergartenbereich eine moderate – muß ich sagen – Budgetaufstockung zu bewerkstelligen.

Lassen Sie mich in gebotener Kürze nun den Aufgabenbereich des Pflichtschulsektors, der eine enorme Bedeutung für unsere Gesellschaft hat, skizzieren: 103.000 steirische Pflichtschüler werden in 840 Schulen in der Steiermark unterrichtet, und der Unterricht wird von zirka 10.000 Lehrern vorgenommen. Stolz können wir auf die Vielfalt der in den letzten Jahren eingerichteten Schwerpunktschulen sein, und hier auf Musik und Sport im besonderen. Aber auch die Schulversuche beweisen, daß eine bestmögliche Förderung unserer Jugend immer unter dem Aspekt der Begabungen sichergestellt ist. In diesem Zusammenhang

freut es mich auch außerordentlich, daß die Integration behinderter Kinder in so besonderem Maße bewerkstelligt werden konnte. 41 Prozent aller behinderten Kinder sind bereits in Integrationsklassen untergebracht, vorläufig aber leider nur im Volksschulbereich. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsabkommen aber vorgesehen, daß eine Ausdehnung auf den Hauptschulbereich kommen soll. Ich darf jedenfalls sagen, daß die Steiermark für eine Umsetzung dieser Gesetze, wenn sie kommen werden, entsprechend vorgesorgt hat.

Ein weiteres Angebot im Schulbereich wird es voraussichtlich im Herbst geben. Die Schihandelschule Schladming wird einen Aufbaulehrgang mit Maturaabschluß voraussichtlich bekommen. Schulerhalter sind Bund, Land und die Stadt Schladming. Es gab mit dem Bund sehr positive Gespräche, und es gibt natürlich auch das Interesse der Stadt Schladming. Ich habe im Budget für das heurige Jahr die vorgesehenen Mittel sichergestellt. Was die künftige Vorgangsweise aber anbelangt, so gibt es eine Absicherung dieses Projektes gemeinsam nur mit dem Sportreferenten, Herrn Dr. Hirschmann. Ich hoffe, daß Sie mich nicht nur verbal und medial unterstützen, sondern vor allem auch finanziell, weil das ist das Wichtige. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht verhehlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich, daß uns die Lehrerdienstpostenregelungen des Bundes sehr treffen, und zwar negativ treffen. Hier wirkt sich das Bundessparpaket doch massiv auf die Dienstpostensituation in der Steiermark aus. Das Normstundenmodell, es ist heute schon angesprochen worden, für die Berechnung der Dienstposten und die Kürzung der Stundentafel, nämlich sechs Stunden in allen vier Hauptschulstufen, bewirken, daß zirka 200 Lehrerdienstposten gefährdet sind. Es tut mir außerordentlich leid, denn das ist eine mehr als bedauerliche Maßnahme. Sie wird zwar keine Folgen auf den unmittelbaren Lehrbetrieb haben, aber die Folgen bedeuten, daß 200 Junglehrer noch länger, als es ohnehin schon der Fall ist, auf eine Anstellung warten werden müssen.

Das Schulsponsoring, die Werbung an den Schulen, wurde heute auch schon angesprochen. Ich sehe das grundsätzlich positiv, wenn auch private Geldgeber sich in den Schulbereich einbinden. Ich sehe aber auch eine gewisse Gefahr der Verzerrung der Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung. Und überlegen Sie sich das einmal, es besitzt nicht jede Schule die gleiche Attraktivität. Man stelle sich eine Schule in einer Stadt vor und vergleiche sie mit einer ländlichen Schule, die vielleicht nicht einmal mit vier Klassen unterrichtet wird. Ich glaube, daß hier eine Verzerrung der Förderung und der Attraktivität sicher zu befürchten ist. Ich hoffe aber doch, daß die öffentliche Hand die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Bildung und Ausbildung unserer Jugend, und das unabhängig vom Standort, zur Verfügung stellen wird. Unter diesem Blickwinkel sehe ich auch die Tendenz zu einer Schulautonomie, die ebenfalls sehr wünschenswert wäre, wenn die Entscheidungsmöglichkeiten an Schüler, Lehrer und Eltern übertragen werden, jedoch übertragen darf nicht nur der Mangel werden in der Vollziehung,

sondern vor allem die ganze Kompetenz mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung.

Wenn ich nun zum Kindergartenbereich zu sprechen komme, so möchte ich sagen, daß die Sparmaßnahmen des Bundes, vor allem was die Zurücknahme der Karenzzeiten anbelangt, bedeuten, daß wir in der Steiermark in besonderem Maße adäquate Kinderbetreuungseinrichtungen für berufstätige Eltern und alleinerziehende Elternteile zur Verfügung stellen müssen. Der Bau von Kindergärten hat zweifelsohne in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Ich möchte mich an den bisher zuständigen Referenten für das Kindergartenwesen wenden und ihm ganz herzlich danken. Ihm ist es nämlich zu verdanken, daß in den letzten fünf Jahren 5000 zusätzliche Kindergartenplätze in 200 Gruppen eingerichtet werden konnten. Der Dank daher an meinen Vorgänger. Der Dank aber auch an die Gemeinden, die sehr viel Verständnis für die Einrichtung von Kindergärten aufbringen, und natürlich auch an private Träger. (Beifall bei der SPÖ.)

Der finanzielle Aufwand ist daher auch in entsprechendem Maße gestiegen. Waren 1990 noch 183 Millionen Schilling ausreichend, so waren es im Vorjahr 346 Millionen Schilling. Für das laufende Jahr sind 373 Millionen Schilling vorgesehen. Das bedeutet, daß wir zirka 70 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Kinder einen entsprechenden Kindergartenplatz anbieten können. Ein weiterer Ausbau von Kindergärten ist zu erwarten. Bei der zuständigen Rechtsabteilung 13 liegt eine große Anzahl von Ansuchen um Bewilligungen auf. Es ist anzunehmen, daß der Trend weiter anhält. Mich freut es auch ganz besonders, daß heilpädagogische Kindergärten bereits in fast allen Bezirken eingerichtet wurden. Es ist eine Möglichkeit zur Integration von behinderten Kleinstkindern, die ganz besonders wichtig ist und mir auch am Herzen liegt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beabsichtige im kommenden Jahr noch, die Kindergartenbeihilfe anzuheben. Derzeit stehen 450 Schilling pro Monat zur Verfügung. Ich möchte sie auf 600 Schilling pro Monat anheben, und das für Leute mit weniger Einkommen, also in den einkommensschwachen Bereichen. Die budgetäre Deckung habe ich mit zusätzlich 10 Millionen Schilling vorgesehen. Mir erscheint es wichtig, daß wir Sozialleistungen nicht nur erhalten, sondern, wenn das auch nur irgendwie möglich ist, entsprechend erhöhen. (Beifall bei der SPÖ.)

Mein weiteres Ziel in nächster Zeit ist, ein ganzheitliches Kinderbetreuungssystem zu erarbeiten und einen entsprechenden gesetzlichen Vorschlag dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. Für sämtliche Kinderbetreuungsformen soll es gelten, für Krabbelstuben, Kinderkrippen, Tagesmütter, Kindergärten, möglichst flexibel und entsprechend den Anforderungen und dem Bedarf. Die Vorarbeiten in Zusammenarbeit mit den Rechtsabteilungen 13 und 9 wurden bereits in Auftrag gegeben.

Ich möchte auch noch zu den Kindergartenförderungs Mitteln des Bundes zu sprechen kommen. 600 Millionen Schilling wurden in Aussicht gestellt. Die Verteilung soll nach dem Wohnbauförderungsschlüssel erfolgen. Das würde bedeuten, daß in die Steiermark 80 Millionen Schilling fließen können.

Diese 80 Millionen Schilling stehen aber nur dann zur Verfügung, wenn zwei Drittel auch von seiten des jeweiligen Landes zur Verfügung gestellt werden. Das heißt also, daß wir in der Steiermark 80 Millionen nur dann lukrieren können, wenn wir unsererseits mit 160 Millionen Schilling in dieses Projekt einsteigen. Die Vergabe dieser Gelder soll durch eine Kommission erfolgen, die erst ab dem Herbst dieses Jahres eingerichtet wird, und die Gelder stehen dann ab dem Jahr 1997 zur Verfügung. Wenn ich, Herr Abgeordneter Brünner, noch auf Ihre Frage zu sprechen komme, warum ich diese 160 Millionen Schilling in meinem Budget nicht vorgesehen habe, so muß ich sagen, das wäre unmöglich gewesen, denn ich mußte ja 10 Prozent einsparen. Dieser Betrag würde aber bedeuten, daß er 50 Prozent des Kindergartenbudgets ausmacht. Ein Ding der Unmöglichkeit. Ich hoffe daher, wenn entsprechende Richtlinien vorgegeben sind und ein Entwurf vorgelegt wird, daß sich die Damen und Herren im Landtag entscheiden, diese Vorhaben zu unterstützen und wir eine Mehrheit dafür bekommen. Wichtig, glaube ich, ist es wirklich, man hört es von allen Teilen, wo man mit Leuten zu reden kommt.

Zuletzt noch ein Dank an meine Mitarbeiter im Büro, die mich jeweils unterstützen, aber ebenso ein Danke an die Beamtenschaft der Rechtsabteilung 13, im besonderen an Sie, Herr Hofrat Urabić. Ich danke für Ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Schließen, meine Damen und Herren, möchte ich mit der Feststellung der UNESCO in einem Leitsatz: „Jeder Mensch ist dazu bestimmt, ein Erfolg zu sein. Die Welt ist dazu bestimmt, diesen Erfolg zu ermöglichen.“ Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 18.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.32 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

In der gebotenen Kürze, ich habe die mahnenden Worte des Herrn Vizepräsidenten Vesko schon vernommen, aber doch daran glaubend, daß das Kapitel 2 ja nicht nur die Grundschule, nicht nur den Kindergarten, sondern auch – und der Herr Kollege Korp hat als einziger Redner darauf hingewiesen – die sehr wichtige Frage der Berufsausbildung, der Fachschulen beinhaltet und wir und Sie, meine Damen und Herren, letztlich auch für 570 Millionen Schilling hier abstimmen, die das Land aufwendet für den für die steirische Struktur- und Wirtschaftspolitik so wichtigen Bereich der Berufsschulen, der Qualifikation, was immer mehr zum Standortfaktor und zum Wirtschaftsfaktor in einer Region wird. Ich darf aber bei der Gelegenheit doch, weil auch ich diesen Antrag einiger Abgeordneter der SPÖ-Fraktion bekommen habe, schon darauf hinweisen, und das scheint mir eine wichtige Information zu sein, die nicht überall bekannt ist, daß wir natürlich hier in einer sehr schwierigen Wechselbeziehung zwischen dem Land und dem Bund sind in der Gesetzgebung, in der Vollziehung, daß wir natürlich das eine, hier Lehrpläne zu entrümpeln, nicht im Land machen können. Eine wichtige Information, wenngleich ich sage, natürlich müssen wir bemüht sein, das, was auch

die Erklärung von Graz als Ergebnis dieser gemeinsamen Lehrlingsenquete in der Arbeiterkammer im Februar gebracht hat, daß wir diese Entbürokratisierung und Entrümpelung gemeinsam auf sozialpartnerschaftlicher Ebene und auf Bundesebene durchführen. Ich weiß, daß hier insbesondere auch der Bundesminister Ditz, der die Wirtschaftsreferenten zusammengerufen hat vor einigen Wochen, massiv dahinter ist auf Bundesebene. Ich bitte nur, daß man auch auf Gewerkschaftsebene, daß man auf Ebene der Sozialpartner, der Wirtschaftskammer diesem gemeinsamen Ziel, das in der Steiermark sozialpartnerschaftlich vereinbart ist, entsprechend Nachdruck verleiht.

Natürlich, das können Sie an den Zahlen erkennen, hat auch das Berufsschulwesen eine entsprechende Kürzung in den Ansätzen im Rahmen dieses Ressortsparmodells durchführen müssen, aber ich glaube, daß wir gerade jetzt eine sehr gute Basis geschaffen haben, auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit der Personalvertretung in einer gemeinsamen Studie, die bis Sommer fertig sein soll, die dringend notwendige Reform durchzuführen. Und, Herr Kollege Korp, ich glaube, daß damit auch eine gewisse Attraktivierung möglich sein muß, auch wenn wir bessere Hausmeister nur sind hier im Lande. Ich glaube, daß einfach das Image gehoben werden muß. Und die Erklärung von Graz hat auch einen wichtigen Punkt, weil Sie gemeint haben, man müßte hier nicht nur wirtschaftliche Argumente anführen. Ich bin schon überzeugt und habe das selbst auch in einem Unternehmen miterlebt, daß sie natürlich wirtschaftliche Grundsätze, wirtschaftliche Argumente nicht außer Kraft setzen können. Auch bei der Lehrlingsausbildung nicht. Und Sie wissen, daß die Verstaatlichte, daß die Bahn, die Post, alle geschützten Sektoren, die sehr teure Lehrwerkstätten hatten, reagieren mußten, sonst hätten sie ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Da bitte ich wirklich, hier nicht einäugig und auch nicht in einer alten Schuldzuweisung von Unternehmern und Lehrlingsvertretern in dieses Lied einzustimmen. Ich bin überzeugt nach der Stimmung bei der Lehrlingsenquete, daß wir in der Steiermark das überwunden haben. Ich danke auch dafür allen, die sich hier dabei beteiligt haben.

Wir müssen feststellen, und das ist eine Analyse, die uns gleichzeitig zum Handeln aufruft, daß natürlich – und ich kann Ihnen das auch zeigen an Hand eines Schaubildes – auch mit den Prognosen, das ist also 1995/96/97 weiterprognostiziert, diese Linie die fallende Tendenz der Lehrlinge inklusive auch der Lehrbetriebe darstellt. Sie sehen hier, fast ein Drittel von 1988, also bis 87, in neun Jahren Reduktion der Lehrlinge. Absolut gesprochen, bis auf 18.000 wird also prognostiziert, werden die Zahlen absinken. Sie sehen auf der anderen Seite – das ist unser gemeinsames Problem, da bitte ich Sie auch, zumindest hier moralisch mitzuwirken, es ist Aufgabe meines Ressorts – die Kosten sind gestiegen. Das sind die Kostenbereiche: Personalkosten hier in dem blauen Bereich, und das grüne sind die Sachaufwendungen. Diese Tendenz sollte uns zu denken geben, andererseits müßten wir natürlich gemeinsam im Geiste dieser Erklärung von Graz schauen, daß wir keine weiteren Kostenbelastungen für die Ausbildungsbetriebe erzeugen. Hier müssen wir dann auch wirklich Flagge

zeigen, wenn es darum geht, Schulzeiten auszuweiten und so weiter. Und da bin ich etwas skeptisch, ich will jetzt nicht ins Detail eingehen, was Ihren Antrag betrifft, aber wir werden sachlich darüber diskutieren, da bin ich überzeugt.

Flexible Ausbildungsregelungen für Lehrlinge, ein weiterer Schwerpunkt, auch schon vereinbart in der Erklärung von Graz. Die Gleichstellung von Lehrlingen mit den Schülern – und ich füge hinzu im Geiste oder im Sinne dessen, was unser Generalredner, der Abgeordnete Schützenhöfer, gesagt hat in seiner Generalrede und – glaube ich – sehr differenziert ausgeführt hat auch in Richtung der Studenten, und daß auch die Berufsinformation in allen 8. und 9. Schulstufen sowie in Kooperationen der 9. Schulstufe zwischen dem Polytechnikum, den Berufs- und Fachschulen und Betrieben stattfindet. Hier werden wir auch entsprechende Flexibilität in der Finanzierung zeigen müssen und daß – last but not least – auch eine Durchlässigkeit dieses Bildungssystems in Richtung Fachhochschulen und Fachakademien stattfindet. Das, meine ich, ist die Attraktivierung, und ich glaube, daß wir hier auch ressortgrenzenübergreifend gefordert sind, in der Steiermärkischen Landesregierung eben zu den Fachhochschulen entsprechende neue Überlegungen anzustreben. Das in der – wie gesagt – gebotenen Kürze von meiner Seite dazu.

Wir werden in den nächsten Monaten auch natürlich die Investitionen, die jetzt schon anstehen – und es ist einiges wirklich Grausliches dabei, ich habe mir das selbst angesehen, aber sehr Hoffnungsträchtiges auch durch die Kooperation mit der Wirtschaft – sind viele Schulen dabei, die wir nicht so ausstatten hätten können, wenn es nicht die Betriebe, Unternehmungen, die Innungen in einer fast selbstlosen Art und Weise mit den Schulen vor Ort gemacht hätten. Ich habe vor kurzem in Hartberg auf dem EDV-Sektor so etwas mitmachen können, oder zum Beispiel auch in Arnfels, im Bereich Kfz, ein sehr wichtiger Bereich für die steirische Wirtschaft schlechthin. Diese Investitionen müssen wir natürlich auch darstellen. Wir haben gewisse Mittel in Reserve. Ich hoffe, daß wir dann so Mitte dieses Jahres auch dazu übergehen können, dann diese konzentrierte Form der Investitionssteuerung vorzunehmen.

Ich bedanke mich abschließend auch natürlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Büro, in der Abteilung für das Berufsschulwesen, in den Schulen selbst, da sind ja tausend Lehrer tätig, und natürlich auch bei den vielen Lehrlingen, die in der Zukunft – so hoffe ich – mit diesem Programm einen entsprechend attraktiven Rahmen geboten bekommen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dörflinger (18.40 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die strafenden Blicke der Klubobmänner veranlassen mich dazu, meine geplante Redezeit von etwa 60 Minuten auf 50 Minuten zu reduzieren. Ich hoffe, daß das genügt.

Ich danke! Ich möchte in der zur Verfügung stehenden Zeit ein paar Punkte ansprechen, die in der Diskussion angesprochen wurden und die aus meiner Sicht doch von größerer oder von größter Bedeutung sind. Wie Sie ja alle wissen, haben wir im Jugendbereich landauf, landab Probleme, die über Jugendorganisationen, über die Jugendarbeit, über die Jugendförderung allein nicht gelöst werden können. Der Bezirk Hartberg wurde angeführt. Wenn wir Bereiche haben mit Jugendarbeitslosigkeitsraten von 20 bis 25 Prozent, ist es natürlich für das zuständige Regierungsmitglied nicht einfach, Budgetkürzungen von 10 Prozent linear hinzunehmen.

Ich glaube aber, im Sinne der gesamten Regierung und mit den Mitarbeitern zusammen gehandelt zu haben, wenn wir diese Kürzung von minus 10 Prozent nicht zum Anlaß genommen haben, um in Jammern und Wehklagen auszubrechen, sondern um zu sagen, wie können wir mit den vorhandenen Mitteln das sinnvoll durchziehen und machen? In diesem Sinn haben wir keine lineare Kürzung von 10 Prozent vorgenommen, die quer durch das Ressort gegangen ist, wo wir überall 10 Prozent weggenommen haben, sondern wo wir versucht haben, Schwerpunkte zu setzen. Ich sage dazu, was in diesem Budget gelungen ist, wird sich in den nächsten fortsetzen und war in Wirklichkeit nur der Beginn. Schwerpunkte aus meiner Sicht müssen in der nächsten Zeit sein, mit anderen Ressorts Synergien zu nutzen. Wir müssen im Jugendbereich schauen, und ich denke hier gerade an den Gesundheitsbereich, an den Schulbereich, aber auch an den Sport oder an andere Bereiche im Fremdenverkehr, gemeinsam mit diesen Ressorts Maßnahmen zu setzen, die im Interesse der Jugend sind, wo wir im Interesse der Jugend etwas machen können. Wir werden mit Zusatzsponsoren versuchen, das knappe Budget aufzufetten, daß wir uns nicht hinsetzen und sagen, wir können nichts machen, weil wir kein Geld haben, sondern wir müssen schauen, aus der Wirtschaft und aus anderen Bereichen zusätzliche Mittel aufzutreiben, um jene Maßnahmen zu finanzieren, die notwendig sind und wo wir wahrscheinlich auch in diesem Haus eine große Gemeinsamkeit finden werden.

In diesem Sinn, und damit bin ich beim Schluß, möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, daß Sie es möglich gemacht haben, und das hat sich in der Regierung schon abgezeichnet bei den Gesprächen mit dem Landesrat Paierl und danach auch mit dem Landesrat Schmid, daß wir innerhalb des Ressorts solche Umschichtungen vornehmen konnten, daß wir durch Kürzungen im eigenen Ressort trotz minus 10 Prozent die 3 Millionen Schilling für die Drogenprävention zusätzlich aufnehmen konnten. Gerade in den letzten Tagen hat es wieder tragische Anlaßfälle in der Obersteiermark gegeben. Ich weiß, daß das nur ein Tropfen am heißen Stein ist, aber wir können zumindest einmal anfangen, Maßnahmen umzusetzen, und ich hoffe, daß wir mit diesen Maßnahmen Erfolg haben werden. Ich möchte zum Schluß den Mitarbeitern im Ressort, den Mitarbeitern in meinem Büro, die es nicht immer sehr leicht mit mir haben, vor allem aber auch den Tausenden Funktionären in den politischen und in den nichtpolitischen Jugendorganisationen danken. Wir sollten alle, wenn wir über das Jugendbudget diskutieren, uns im klaren

darüber sein, daß alle Maßnahmen, die draußen gesetzt werden, nur möglich sind, weil Tausende Leute ihre Freizeit zur Verfügung stellen und unentgeltlich und selbstlos für diesen Bereich arbeiten. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.43 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Landesrat Pörtl am Wort.

Landesrat Pörtl (18.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur einige Sätze dazu: Wir haben in dieser schwierigen Zeit der Budgetmaßnahmen vor allem versucht, im landwirtschaftlichen Schulwesen die Schwerpunkte beizubehalten, um ein Beispiel einer kollegialen Solidarität zu geben. Ich möchte berichten, daß wir unsere Lehrpläne neu überarbeiten, um mit reduzierten Stundensätzen diese Aufgabe in dieser Schwerpunktstrategie je nach Region weiterhin beizubehalten. Für dieses Verständnis möchte ich mich vor allem bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besonders herzlich bedanken. Die Kollegin Pußwald hat sehr klar dargestellt, daß gerade dieser Bereich den humanen, sozialen und integrativen Schwerpunkt in den ländlichen Regionen zur Bildung und Formung junger Menschen unterstreicht. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang vor allem bei der Schulabteilung sehr herzlich bedanken, daß wir in diesem sehr oft öffentlich diskutierten Bereich diese Maßnahme einer soliden Ausbildung vorfinden und wir im Grunde genommen in dieser schwierigen Lage der Land- und Forstwirtschaft stabile und zum Teil steigende Schülerzahlen in unseren Schulen vorfinden. Das nur zur Information zu diesem Kapitel. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Letzter Redner zum ersten Teil der Gruppe 2 ist Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (18.45 Uhr): Hohes Haus, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich darauf beschränken, die Fragen zu beantworten, die sozusagen im Raum stehengeblieben sind. Es geht in einem Punkt um Eurocryst. Es ist das ein großes Vorhaben, das aber international auch eine derartige Konkurrenz hervorruft, daß es bislang nicht gelungen ist, eine Standortentscheidung herbeizuführen. Es gibt eine Fülle von Mitbewerbern zum Standort Leoben, der angesprochen wurde, zum einen, und es gibt zum anderen auch die Problematik, daß es sehr schwer nur möglich ist, Gelder aus dem Ausland nach Österreich hereinzubringen, weil es natürlich und naturgemäß Interessenkollisionen gibt. Eine solche Kollision spielt sich ganz sicherlich etwa im Bereich Frankreichs ab, die aus verschiedensten Gründen in diesem Forschungsbereich größte Interessen haben. Die österreichische Bundesregierung hat nun versucht, europaweit auf Suche zu gehen, wer mittun würde. Und das ist kein EU-Programm, sondern wer europaweit mittun würde, und diese Suche wird fortgesetzt. Ich sage aber nochmals dazu, daß auch die Standortfrage offen ist. Wir hoffen, daß wir die besten

Voraussetzungen dafür haben. Wir werden unseren Beitrag leisten, und diese klare Deklaration gibt es ja – das ist eindeutig.

Ich möchte zur Frage der Forschungsbereiche etwas sagen, die besonders differenziert an unseren Universitäten, in dem Fall an den Technischen Universitäten und im Bereich der Geisteswissenschaften, angesprochen wurden. Wir sind zu ganz speziellen Hilfestellungen bereit und stets zu haben. Das reicht hin bis zu Förderungen von Dissertationen und sogenannten kleineren Vorhaben. Es geht sehr oft in diesem Bausteinsystem nicht nur um die ganz großen Dinge, sondern um die Fülle der Initiativen in den genannten Fächern und Forschungsbereichen, die wir nicht vernachlässigen sollten, die mehr als Marktsegmente sind, die tatsächlich auch über weite Strecken marktfähige Güter letztendlich erzeugen können. Ich meine, daß, um zum letzten Punkt zu kommen, der Ordnung halber in diesem Haus festgestellt werden muß, daß der Ausbau der Fachhochschulen angesichts der Kürzung des Budgets, und in besonderem Maß auch des Fachhochschulbudgets, nur sehr schwer und nur sehr eingeschränkt möglich sein wird. Ich bin nicht bereit, mich hierherzustellen und zu sagen, es wird alles gehen, und es wird alles möglich sein, sondern ich stelle mich her und sage, es wird sehr vieles nicht gehen. Konkret angesprochen Raumberg: In Raumberg ist es so, ich glaube, Kollege Brünner hat diese Frage gestellt, daß der Bund in der Bedarfsanalyse zur Erkenntnis gekommen ist, daß Wieselburg sozusagen ausreicht. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Minister Fischler!“)

Der Bund ist zu dieser Bedarfsanalyse gekommen, daß man in der Steiermark so etwas nicht braucht. Sie wissen, daß wir immer die Erklärung abgegeben haben, daß wir schon der Ansicht sind, daß dieser marktanalytische Teil eine wichtige Komponente wäre. Es gibt aber bislang vom Bund diesen Negativbefund. Es ist für uns darüber hinaus so, daß es eine Fülle anderer Vorhaben und Wünsche gibt, und ich sage, weil auch das der Ordnung halber gesagt sein soll, für 1996 und 1997 wird mit Ausnahme der Fahrzeugtechnik – steht in den nächsten Tagen zur Genehmigung im Fachhochschulrat an –, daß über diesen Lehrgang hinaus wir uns keine Erweiterung mit den Budgetmitteln, die zur Verfügung stehen, vorstellen können. Ab 1997, wenn wir neu budgetieren, wird die Sache hoffentlich wieder anders aussehen. Aber ich stelle mich nicht hierher und erzähle etwas, was ich dann nicht einhalten kann.

Also, Fahrzeugtechnik ist im Kommen, Raumberg wurde zumindest negativ beschieden. Ob uns etwas anderes einfällt? Das heißt noch nicht, wenn der Bund sagt, das nicht, und das brauchen wir nicht, und wir haben ohnedies Niederösterreich, daß wir sozusagen nur mehr wegschauen und sagen, damit ist die Sache erledigt. Das muß ja nicht sein, es gibt ja auch andere Methoden. Es gibt ja auch Colleges zum Beispiel. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Gibt es auch schon Verträge?“)

Eben, darum meine ich, das bedeutet für mich ja kein Ende, aber in der realistischen Einschätzung steht das momentan. Und die Budgetmittel, die gerade in dem Bereich auch drastisch eingeschränkt wurden, machen Erweiterungen, mit Ausnahme der Fahrzeugtechnik, für die nächsten eineinhalb Jahre – zumindest

aus meiner Sicht – nicht möglich. Das sei der Ordnung halber gesagt. Das ist nicht nur eine Frohbotschaft, aber, meine Damen und Herren, Sparen bedeutet halt auch, daß nicht alles geht.

Im übrigen sage ich, daß wir mit relativ knappen Mitteln doch versucht haben, im Fachhochschulbereich viel zu erreichen. Insgesamt wendet die Steiermark, und das sei mir schon noch gestattet, was Forschung und Wissenschaft betrifft, als Bundesland mit einer nicht vorhandenen Primärkompetenz (sondern bestenfalls mit einem Angebot zur Hilfe an den Bund) nach Wien am meisten auf, wie Sie alle wissen. Und wir werden trotz aller Sparmaßnahmen versuchen, einen Standard aufrechtzuerhalten, der unseren Wissenschaftlern und Forschern es ermöglicht, die Unterstützung zu bekommen, die sie auch bislang bekommen haben.

Ich möchte mich herzlich bei allen bedanken, die geholfen haben, das Budget zu erstellen und die uns in der Administration unterstützen. Das gilt für mein Büro und gilt im besonderen auch für die Wissenschafts-Abteilung. Ein herzliches Danke und Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und dem LIF. – 18.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2 – Sport.

Als erste Rednerin gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross, nach ihr Herr Abgeordneter Dr. Lopatka.

Abg. Gross (18.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In den letzten 50 Jahren unserer Zweiten Republik hat sich sehr vieles sehr positiv für unsere Gesellschaft entwickelt. Gestiegener Wohlstand hat aber auch einen bestimmten Wertewandel mit sich gebracht. Die Freizeit ist ideell der fünftwichtigste Lebensbereich der Österreicher, hat vor kurzem das Ludwig-Boltzmann-Institut für angewandte Sportpsychologie und Freizeitpädagogik in Wien erhoben.

Kollegin Pußwald hat aus dieser Studie den Familienaspekt betrachtet, und mir ist ein anderer Aspekt aufgefallen. Vor der Freizeit rangieren Familie, Partnerschaft, Gesundheit, Freunde, gute Bekannte sowie Beruf und Arbeit. Gemessen an der Zeit, die dafür aufgewandt wird, liegt aber die Freizeit sogar an der Spitze. Für keine andere Beschäftigung wird soviel Zeit aufgewendet. Innerhalb des Jahreszeitbudgets sind es fast 4000 Stunden, das sind rund 44 Prozent der gesamten zur Verfügung stehenden Zeit. Für das Schlafen gehen knapp 3000 Stunden drauf, für Beruf oder Schule zirka 2000 Stunden. Und für junge Erwachsene, speziell für Männer zwischen 18 und 19, sind Freizeitinteressen auch ideell das Wichtigste überhaupt. In der früher zitierten Studie antworteten 58 Prozent von 2000 in einer Repräsentativfrage angesprochenen männlichen jungen Österreicher, daß ihnen Freizeit sogar wichtiger als Familiengründung ist. Kollegin Pußwald hat dies auch schon zitiert.

Wenn Freizeit und Sport zu einem wichtigeren Teil in den heutigen Lebenswelten wird, wenn für den einzelnen der Sport für seine Entwicklung und sein um-

fassendes Wohlbefinden unersetzbar ist, dann muß sich auch die Politik in neuer und angemessener Weise intensiver mit dem Sport befassen.

Meine Damen und Herren, es gibt heute immer mehr Menschen, die die Sportdachverbände – und damit die Breite des Sportangebotes in den Vereinen – in Frage stellen. Nur, ich bin davon überzeugt, die Vereine sind und bleiben die Keimzelle des Sports. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

In den Sportvereinen finden viele Menschen nicht nur gesunde sportliche Betätigung, sondern vor allem auch Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit. Werte, die heute immer mehr Gefahr laufen, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Nur eines: Den Vereinen müßte bewußt werden, daß sie ihre gesellschaftspolitische Aufgabe nur dann erfüllen werden, wenn sie auf die immer schneller ändernde Nachfrage nach Sportarten auch etwas rascher reagieren. Das Angebot müßte ständig aktualisiert werden. Das heißt, die Sportstätten, die Trainerausbildung und die dazugehörigen Service- und Dienstleistungen müßten flexibel auf die geänderte Nachfrage nach Sport und Sportarten ausgerichtet werden. Der neue „Gesundheits- und Fitneßsport“ müßte verstärkt auch in die Sportvereine integriert werden. Die letzten Jahrzehnte haben sukzessive nicht nur mehr Wohlstand, höheres Einkommen und mehr Freizeit gebracht, sondern – wie schon eingangs erwähnt – auch einen bestimmten Wertewandel. Man beschäftigt sich mehr mit der eigenen Gesundheit, fit sein ist in, aber man will ein der Zeit entsprechendes Angebot. Das heißt, man will qualifizierte Trainer, Übungsleiter, eine professionelle Organisation, und man will seine Sport- und Fitprogramme in einem bestimmten Sportstättenambiente erleben. Dafür ist man auch bereit, etwas zu bezahlen. Die Vereine müssen einfach erkennen, daß immer mehr Menschen in ihrer Freizeit Sport betreiben wollen.

Der Streß in Schule und Beruf führt aber immer stärker dazu, daß die Menschen Sport nicht organisiert erleben wollen. Das heißt, nicht dreimal wöchentlich zu einer fixen Zeit und unter strenger Anleitung eines Trainers, sondern sie wollen ganz einfach sporteln wenn es ihnen Spaß macht. Darum sollten wir auch daran denken, „Trendsporthallen“ zu errichten beziehungsweise in bestehenden Sportstätten die Voraussetzungen für die Ausübung von bestehenden Trendsportarten zu schaffen. Und eine Forderung an uns Politiker muß man auch stellen.

1993/94 hat das Sportbudget – ich habe leider nur diese Vergleichsziffern – für Wien 409 Millionen Schilling betragen – das bedeutet pro Einwohner 257 Schilling, für Niederösterreich 121 Millionen Schilling, für die Steiermark 53 Millionen Schilling oder pro Einwohner 44 Schilling und für Kärnten 125 Schilling pro Einwohner. Das Burgenland mit 91 Schilling hat die Steiermark auch überholt.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten stehen auch weiterhin zum Spitzensport, und zwar deshalb, weil er eine unverzichtbare Vorbildwirkung für den Breitensport hat. Wobei man bei der Spitzensportförderung die Subventionskriterien – ich nehme an, es gibt solche (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ja!“) – aktualisieren sollte.

Wenig Verständnis habe ich allerdings für Subventionen für den ohnedies medienwirksamen und vor allem auch publikumsattraktiven Profisport. (Abg. Dr. Lopatka: „Na, geh!“)

Meine Damen und Herren, wir erleben viele Investitionen in Großprojekte im Sport in der Steiermark, aber für die so wichtigen Vereine ist das Budget seit langem existenzgefährdend klein geblieben. Daher bin ich sehr froh, daß wir gestern das Steiermärkische Fernseh- und Rundfunkschillinggesetz zweckgewidmet auch für den Sport beschlossen haben, wobei wir uns wünschen würden, daß diese Mittel direkt über die Sportdach- und Sportfachverbände unmittelbar den Vereinen zufließen sollten. Diese Sportdach- und -fachverbände sollten auch über die Verteilung mitentscheiden können – eine Anregung für den Herrn Sportlandesreferenten. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich gebe jetzt schon viel mehr, als ich bekommen werde!“)

Du bist zwar sehr gut, aber du bist noch immer im Spitzensport höher unterwegs.

Das Denken an sportliche Aktivitäten müßte auch vernetzt in allen politischen Bereichen stattfinden, zum Beispiel in der Wohnbau-, Umwelt- und auch in der Raumplanungspolitik. Vor allem in den Städten hat sich die alltägliche Bewegungsumwelt seit Jahrzehnten verschlechtert. Im Städte- und Wohnungsbau, in der Verkehrspolitik müßte schon bei der Planung umgedacht werden. Vor allem die Rechte der Kinder sind dabei zu berücksichtigen. Im direkten Wohnumfeld müssen mehr Spiel- und Bewegungsflächen vorgesehen werden, ungenutzte Freiräume müßten geöffnet werden. Vor allem gilt es, eine noch immer vorherrschende Verbotsmentalität zu überwinden. Spiel und Sport müssen wieder Bestandteil des alltäglichen städtischen Lebens werden. Sport ist ein bedeutsamer Bildungs- und Erziehungsfaktor. Er kann Spontaneität, planerisches Denken, Durchsetzungsvermögen, Sensibilität, Teamgeist, Leistungsstärke des einzelnen und vor allem Solidarität mit Schwächeren fördern. In der Ausbildung für Erzieherinnen im Vorschulalter ist Bewegungserziehung nur unzureichend oder gar nicht vorgesehen. Alle Träger von Kindergärten müßten aufgefordert werden, verstärkt Bewußtsein und Initiativen für eine moderne Bewegungserziehung zu entwickeln. Die räumliche und materielle Ausstattung von Kindergärten müßte demnach entsprechend verbessert werden. Sportvereine haben gegenwärtig für Kinder im Vorschulalter noch viel zu wenig Angebote. Als eine Kombination von Sport und Kinderbetreuung könnte man sich Projekte, wie zum Beispiel „Fußball-Kindergärten“, vorstellen. Auch uns würde eine etwas attraktivere Bewegungspolitik in diesem Landtag nicht schaden, wenn ich denke, wie lange wir schon sitzen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Auch die Entwicklung von Ganztagschulen kann den Sport im Verein verändern. Es gibt bereits ein Konzept des ATSE „Sport und Lernbetreuung“, das im Lern- und Sportzentrum Graz erprobt wird. Die Schüler erhalten ihr Essen, sie haben eine Lernbetreuung, und sie können ab 15 Uhr dem Sport, je nach ihrer Neigung, nachgehen – ein ganz tolles Projekt. Sport muß wieder viel mehr Spaß und Unterhaltung werden und darf nicht nur das manchmal unbeliebte „Turnen“

für Kinder sein. Im Zeichen stagnierender finanzieller Ressourcen ist die Rolle der Sportvereine als Einrichtungen der praktischen Sozialarbeit neu hervorzuheben. In den Sportvereinen entstehen und festigen sich soziale Bindungen leichter als in den zahlreichen Miniorganisationen. Vereine können Jugendlichen, Ausländerinnen, Arbeitslosen und anderen in unserer Gesellschaft benachteiligten Gruppen auf Dauer sozialen Halt bieten. Sport ist wie kaum etwas anderes geeignet, auch für Angehörige benachteiligter Gruppen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, soziale Kontakte und Integration zu ermöglichen. In einer Gesellschaft zunehmender Vereinsamung und Anonymisierung bedeuten die Angebote der Vereine deshalb wichtige Gelegenheiten zum sozialen Miteinander auch über Generationsgrenzen und viele soziale Schranken hinweg. Auch behinderte Menschen müssen gleichberechtigt am Breiten- und Freizeitsport teilnehmen können. Für sie ist Sport besonders wichtig, da er Selbstvertrauen und Selbstständigkeit stärken und insgesamt die Lebensqualität erhöhen kann. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Viele Angebote im Sport trennen die Familien derzeit eher, als sie sie zusammenführen. Die Vereine, und nicht nur die kommerziellen teuren Klubs, sollten sich vielfältige Angebote für Familien, die Alleinerzieherinnen müßten eingebunden werden, einfallen lassen. Sport ist nicht mehr allein Privileg allein der Jugend. Die älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen zeigen ein immer größer werdendes Interesse an Sportangeboten. Es wächst die Erkenntnis, daß der Sport gerade in höherem Alter wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen kann. Er fördert die Gesundheit, kann Alterungsprozesse durch die Erhaltung oder Verbesserung der körperlichen Funktionsfähigkeit verlangsamen sowie Bewegungsmangelkrankungen vorbeugen. Vor allem kann er helfen, soziale Isolation und Vereinsamung, von der ältere Menschen besonders betroffen sind, zu verhindern. Sportangebote am Arbeitsplatz können geeignet sein, die Auswirkungen einseitiger und gesundheitsschädlicher Arbeitsbelastungen zu verringern. Allgemeiner Betriebssport kann die Kommunikation und Integration der Belegschaft verbessern und dazu beitragen, Sport und Bewegung ohne großen Aufwand als Teil des täglichen Lebens anzunehmen. Berufsschule und Arbeitsplatz nehmen für viele Jugendliche und Heranwachsende eine bestimmende Position ein. Diese jungen Menschen erleben erstmals die oft einseitig körperlich belastende Arbeit und sind für die ausgleichende Wirkung des Sports besonders ansprechbar. Ausreichende Bewegungsmöglichkeiten und gezielte Sportangebote für Lehrlinge in Betrieben und in der Berufsschule sind deshalb von großer Bedeutung. Sie können ein wichtiger Schritt zu lebenslangem Sporttreiben sein.

Meine Damen und Herren! Über die größte Go-Kart-Bahn Europas – ich meine die jetzige Verwendung der Schwarzl-Halle – kann man geteilter Meinung sein, ob wir sie brauchen oder nicht. Aber es ist demokratiepolitisch sehr wichtig, dem Sport mehr als das bisherige Eintausendstel des Budgets zuzugestehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nur eine halbe Minute. Ich möchte das Hohe Haus davon informieren, daß wir aus rein ökonomischen Gründen auf die Lüftungspause verzichten und nach Abschluß der Gruppe 2 übergehen zur Gruppe 4, Teil 2 – Wohnbauförderung. Die Damen und Herren mögen sich diesbezüglich seelisch darauf vorbereiten, soweit sie zu diesem Teil sprechen möchten. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (19.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich stehe schon länger in den Startlöchern und würde gerne starten. Das ist kein Fehlstart mehr, sondern wäre ein viel zu langsamer Start. Zu den positivsten Entwicklungen, Kollege Gennaro, in der gesamten Szene in der Steiermark gehört die im Sport, und zwar die im Breitensport. Mit relativ geringen Mitteln, und vieles von dem, was ich sagen wollte, hat meine Vorrednerin schon vorweggenommen, nämlich mit nur einem Tausendstel des Landesbudgets, aber dank des ehrenamtlichen Einsatzes von Tausenden Vereinsfunktionären konnten in den letzten Jahrzehnten enorm viele neue Sportstätten errichtet werden und auch Tausende Vereine neu ihre Tätigkeit aufnehmen. Zahlen haben im Sport immer sehr viel für sich, und sie belegen am besten diese fulminante Entwicklung. Daher möchte ich Sie ganz kurz nur mit einigen Zahlen befassen, denn anhand dieser Zahlen sieht man diese rasante Entwicklung. Ich nenne Ihnen nur vier Bereiche, weil vorher gesprochen worden ist, daß zu wenig Geld in den Breitensport fließt, aber Sie sehen, daß im Breitensport enorm viel geschehen ist.

Während 1955, zum Beispiel im Bereich des Tennis, nur 17 Vereine in der Steiermark mit rund 300 Spielern waren, haben wir zurzeit in 310 Gemeinden 1454 Freiplätze, 144 Hallenplätze und mehr als 30.000 Tennisspieler. Ich nenne einen anderen Sport, weil Sie davon gesprochen haben, daß zu wenig Bewegung ist, und zwar den Laufsport: 1955, vor 40 Jahren, waren Volksläufe bei uns so etwas, was es nicht gegeben hat. Wir haben jetzt im Jahr 80 Volksläufe allein in der Steiermark. Und wer Bewegung machen will, der kann nächsten Sonntag an drei Orten in der Steiermark starten. Auch wenn Sie langsam unterwegs sind, sind Sie herzlich willkommen. Sie können von Fürstenfeld nach Riegersburg unterwegs sein, laufend oder gehend, im Pinggautal ist ein Lauf, oder Sie können auch beim Grazer Stadtlauf mit mehr als 1000 Laufbegeisterten teilnehmen – allein nur nächsten Sonntag. Ich sage das deswegen, weil hier viel passiert und natürlich im Volkssport Nummer eins am meisten geschehen ist, nämlich im Bereich des Fußballs. 1955 hatten wir 178 Vereine mit 18.000 Spielern. Wissen Sie, wie viele es jetzt sind? 50.312 Spieler sind gemeldet, davon 36.562 Nachwuchsspieler. Das ist auch Jugendförderung. Das geht aber nur, weil sich mehr als 11.000 Vereinsfunktionäre zur Verfügung stellen, bis auf ganz wenige alle ehrenamtlich. An einem Wochenende bewegt allein der Fußballsport mehr als die Vereinigten Bühnen im gesamten Jahr. An einem Wochenende sind zwischen 250.000 und 300.000 Steirer auf den Fußballplätzen. Wir haben jährlich 20.000 Meisterschaftsspiele. Die Vereinigten Bühnen bringen im Jahr rund 200.000 Menschen in Bewegung. Hier sehen wir

schon die enorme Bedeutung des Breitensports, und wir müssen uns hier nicht so große Sorgen um den Breitensport machen, weil das geht ohnehin nur deshalb, weil die Ehrenamtlichkeit das entscheidende Element dort ist.

Um auch eine Wintersportart zu nennen, und zwar die Eisschützen: 1955 hatten wir 207 Vereine und 9000 aktive Eisschützen. Jetzt haben wir 648 Vereine und mehr als 40.000 Eisschützen. Dann kommen auch neue Sportarten dazu, ob das das Snowboarden im Winter ist oder die Inline-Skater.

Hier haben wir laut Berichten aus der einschlägigen Sportbranche schon einen höheren Prozentsatz an Inline-Skatern als in den Vereinigten Staaten. Und daher sage ich Ihnen, es war richtig und wichtig, daß natürlich auch finanzielle Mittel dazukommen und daß wir gestern beschlossen haben, daß vom Fernseh- und Rundfunkschilling in Zukunft wenigstens ein kleiner Anerkennungsbeitrag für Sportförderungsmaßnahmen zur Verfügung steht, denn jeder Schilling für Sportförderung ist auch ein Schilling für Gesundheitsförderung und für Jugendförderung und auch für Wirtschaftsförderung.

Und da möchte ich eines hier nicht verschweigen, weil es ja eine so umkämpfte Sportstätte war. Der A 1 – Ring Austria, wie er heißen wird, der geht heuer in Betrieb. Und freuen wir uns alle, daß diese politisch so umkämpfte Sportstätte am 4. August mit einem Motorrad-WM-Lauf ihren Betrieb aufnehmen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Gerhard Hirschmann war hier vom Tempo her schneller unterwegs, und es ist mehr gelungen – (Abg. Mag. Eritz: „Das ist Breitensport!“) ich habe gesagt, Sport ist auch Wirtschaftsförderung –, und 1997 haben wir dann wieder eine Eröffnung, die geht aber noch auf den Vorgänger von Gerhard Hirschmann zurück, auf den Sportlandesrat Hasiba, wenn dann in Graz das 400-Millionen-Projekt, nämlich das neue Liebenauer Stadion – auch ein hochmodernes Fußballstadion – zur Verfügung stehen wird.

Meine Damen und Herren, im Sport ist viel in Bewegung. Halten auch wir uns in Bewegung, und tun wir alles, daß es so bleibt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hält Herr Landesrat Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (19.12 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann das kurz machen, möchte aber doch einige Sachen zu dem Gesagten hinzufügen, zu Barbara Gross und dem Reinhold Lopatka, die ja beide sich hier zu fortgeschrittener Stunde für den Sport engagiert haben.

Das erste, liebe Barbara, ich hätte gerne, daß – ich habe das heute vormittag beim Personal schon gesagt – wir uns Zielsetzungen vornehmen und natürlich, daß diese Steiermark auch ein Sportland ist, und dort, wo es noch keines ist, daß es eines wird. Du hast sehr eindrucksvoll darauf hingewiesen, auf Basis einer Statistik, auf das Freizeitverhalten der Menschen bei uns, und ich glaube, der Sport ist – ich habe das hier schon

mehrfach gesagt – nicht die wichtigste Nebensache der Welt, sondern das ist unter mehrfacher Betrachtung eine ganz wichtige Sache für die heutige Gesellschaft. Vor allem, was du gesagt hast im Hinblick auf die soziale Dimension. Es wurde einmal eine Berechnung angestellt, wenn das, was im Bereich des Sports von der hier zu Recht gepriesenen Ehrenamtlichkeit eingebracht wird, auch bezahlt werden müßte, müßte die Republik noch einmal 100 Milliarden Schilling drauflegen zu ihrem sogenannten Sozialbudget.

Ich glaube, das ist eine Sache, die man nicht oft genug betonen kann, weil das natürlich immer schwieriger wird. Man hört und man sieht das ja bei diversen Vereinen, landauf – landab, auch sehr traditionsreichen Vereinen, wie wir in der letzten Woche wieder miterlebt haben, daß einfach die Leute ausgehen, die sich das antun, ihre gesamte Freizeit zu opfern, zunächst als Trainer, Betreuer oder dann als Funktionär. Und das ist eine außerordentlich dankenswerte Sache, wofür wir alle gemeinsam zu Recht auch dankbar sind.

Aber man muß sagen, es wird auf der anderen Seite mehr Sport betrieben denn je. Reinhold Lopatka hat auf die sogenannten Trendsportarten hingewiesen – er macht ja auch eine, ob das, was er macht, gesund ist, weiß man nicht, vor allem im Hinblick auf die Langzeitfolgen gibt es ja da eindeutige Untersuchungen, was das Marathonlaufen anbelangt, aber es ist in jedem Fall vorbildlich im Hinblick auf den Einsatz, Geist und Eifer, wozu wir herzlich gratulieren. Er hat ja in Boston eine persönliche Bestzeit aufgestellt, wenn ich mich recht erinnere. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch der Präsident spielt Tennis, wie wir wissen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Welcher Präsident?“)

Der Präsident hinter mir ist ein Tennisspieler. (Präsident Dr. Strenitz: „Zur Information, Herr Landesrat, nur Sonntag abends ein Altherrendoppel; mir tut schon das Handgelenk manchmal weh!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich hoffe, du lädst mich einmal ein!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Das Alter hast du noch nicht!“)

Letzteres, meine verehrten Damen und Herren, bringt mich auf einen zweiten wichtigen Aspekt, den ich immer betone. Da handelt es sich weniger um den Sport, sondern um die ökonomische Dimension des Sports, nämlich, daß man nachher etwas trinkt und zusammensitzt und insofern in summa für Milliardenumsätze, lieber Heinz Vollmann, im Laufe eines Jahres, wie wir als Vertreter der steirischen Bauindustrie wissen, sorgen, im Zusammenhang mit dem Sport und dem Fremdenverkehr.

Liebe Barbara, eines, weil du das angesprochen hast, mit den Dachverbänden und Fachverbänden. Es hat ja immer wieder eine Debatte in der Republik gegeben, ob man die Dachverbände nicht wegräumen soll, weil es da ja sehr hohe Overheadkosten gibt. Ich persönlich bin, obwohl sonst Reformen nicht abgeneigt, sehr dankbar dafür, daß es diese Dachverbände gibt, weil dort außerordentlich engagierte Leute arbeiten und hier einfach eine Grundstruktur da ist, die dankenswerterweise optimal auch von den dort befindlichen Damen und Herren, die dort Verantwortung tragen, umgesetzt wird.

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, zu einem Zweiten kurz noch eine Anmerkung machen. Liebe Barbara, was das Budget anbelangt, ich bin sehr dankbar dafür, jeder Abgeordneten und jedem Abgeordneten, die uns unterstützen, für das Sportbudget etwas mehr zu bekommen. Es ist erfreulicherweise durch diese Beschlussfassung gestern auch gelungen, trotz Sparzeiten, für den Sport mehr zu geben. Und ich kann das nur unterstreichen, was gesagt wurde, jeder Schilling, der für den Sport mehr ausgegeben wird, der wird um ein Vielfaches in unserem Sozialbereich eingespart, und das ist insofern eine außerordentlich gute Investition.

Barbara, in einem muß ich dir ein bißchen widersprechen. Ein Spitzensport ist heute ohne Profitum nicht möglich. Da gibt es vielleicht nur eine Interpretationsfrage.

Barbara, ich möchte dir in einem ganz deutlich widersprechen. Bleiben wir beim Fußball zum Beispiel. Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich bin außerordentlich froh, daß Graz im Moment eine Fußballhochburg ist oder die Fußballhochburg in Österreich, mit den beiden Spitzenvereinen, weil das, auch im Hinblick auf das, was du gesagt hast, wenn die Buben vom SK Sturm gut spielen, die beste Breitensportförderung ist, die wir uns überhaupt leisten können. Ich könnte mit 50 Millionen Schilling, die ich mehr hätte, das für den Breitensport nicht tun, als wenn der SK Sturm vorne um den Meistertitel mitspielt. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Zweite, was ich dazusagen möchte, und das ist, Barbara, heute schon ein Problem im Fußballgeschehen. Wir haben gestern, der Günter Dörflinger war dabei, mit dem Bürgermeister Stingl ein ausführliches Gespräch geführt – ich kann das hier auch öffentlich sagen – über die Entschuldung dieser besagten beiden Vereine, des SK Sturm und des GAK. Es ist in der heutigen Welt, in Österreich, in ganz Europa, ob das Real Madrid ist, der AC Milan, wer immer auch – Ausnahmen sind, glaube ich, zwei Vereine, die Bayern und Ajax –, nicht möglich, einen Spitzenfußballklub mit Gewinn zu führen. Das ist eine bedauerliche Sache. Nur trotzdem, im Sinne der vielbeschworenen Umwegsrentabilität halte ich es auch in der Steiermark für ein Gebot der Stunde, beide Spitzenvereine zu entschulden. Das sind zig Millionen Schulden, die abgetragen werden müssen. Es hat gestern, wie gesagt, ein diesbezügliches Gespräch, ein sehr angenehmes Gespräch, mit dem Bürgermeister Stingl gegeben, und wir werden das in diesem Jahr noch machen.

Ein weiterer Aspekt, liebe Barbara, eines muß ich schon sagen, und das ist der Unterschied zu Wien. Rapid ist von der Bank Austria aufgefangen worden, wunderbar. Die kicken im Moment klaß, nur, dort steht ein Sponsor dahinter, der natürlich im halbverstaatlichten Bereich beheimatet ist. Die Austria wird seit Jahren, seit Jahrzehnten von den Tabakwerken mit zig Millionen jährlich gefördert.

Und da sage ich im steirischen Interesse, ich habe auch keine Freude damit, aber im Hinblick auf das, was ich vorher gemeint habe, Umwegsrentabilität, Einwirkung Spitzensport auf den Breitensport, es ist ein absolut Legitimes und jedenfalls von mir mit aller Vehemenz auch Getragenes, daß wir in die Spitzenfußballvereine durchaus auch, ohnedies außerordent-

lich bescheidene, öffentliche Gelder investieren. Das sind, ich kann es offen sagen, es ist ja kein Geheimnis, der GAK und der SK Sturm bekommen je 1,5 Millionen Schilling pro Jahr für die Jugendarbeit. Ich habe mir ausdrücklich von den Präsidenten sagen lassen, daß sie für die Jugendarbeit pro Jahr einen mehrfachen Millionenbetrag ausgeben – beide Klubs. Und Flavia und Donawitz bekommen in der zweiten Division je 700.000 Schilling. Ich habe natürlich auch den Wunsch, andere Sportarten durchaus in ähnlichen relevanten Kategorien zu fördern, ob das das Basketball ist, Handball oder ähnliche Dinge. Die werden auch gefördert, nur nicht in diesem Ausmaß. Der Kurti Gennaro weiß, wovon wir sprechen.

Ich möchte mich also, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Punkt abschließend sehr herzlich bedanken für die gestrige Beschlußfassung im Hinblick auf den Rundfunk- und Fernsehschilling. Liebe Barbara, ich darf dir sagen, das Sportbudget des Vorjahres hat runde 100 Millionen Schilling ausgemacht. Und da ist nicht dabei, was dankenswerterweise die beiden Gemeindereferenten auch noch dazugeben, das ist im Jahr auch mindestens noch ein Betrag von weiteren 100 Millionen Schilling. Also, es fließen für den steirischen Sport, wenn ich zusammenrechne die Infrastrukturausgaben, Sportplätze bauen, wir haben dankenswerterweise eine sehr ausführliche und interessante Studie über den Hofrat Stehlik in den letzten Monaten erstellen lassen, die nachweist, daß wir wirklich – Dr. Lopatka hat es vorhin angesprochen – eine hervorragende Sportinfrastruktur haben, und da ist auch nicht mitgerechnet, was ja die Gemeinden selbst ausgeben. Ich muß sagen, dankenswerterweise ist das, was das Land ausgibt, ja nur ein Bruchteil dessen, was erfreulicherweise die Gemeinden, ob groß, ob klein, ob im Norden oder Süden, ausgeben. Ich bin also dankbar für jede Unterstützung, daß es noch mehr wird, aber ich bin auch für das schon dankbar, was im Moment alles geschieht, und möchte, in die Schlußkurve kommend, da noch einmal anknüpfen, was der Reinhold Lopatka gesprochen hat.

Zwei der größten Bauvorhaben im Moment sind Sportprojekte, nämlich das Liebenauer Stadion und oben das Ö-Ring-Projekt, von dem wir heute mit Sicherheit sagen dürfen, daß es – und ich habe es immer gesagt – für mich nie ein Sportprojekt war, gleich wie das Projekt Olympische Winterspiele, sondern ein ausschließlich wirtschaftspolitisches Projekt, und ich freue mich, daß der Landesrat Paierl das auch so sieht und sehen wird (Abg. Dr. Flecker: „Sehen wird?“) und die Dinge dort, was seinen Bereich anbelangt, in der für uns am meisten nutzbringenden Art und Weise unterstützen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn die Leute da oben am Ö-Ring, nämlich das ÖAMTC – neue Ringmanagement, nur die Hälfte von dem zusammenbringen, was sie sich vorgenommen haben, dann wird das wirklich eine ganz tolle Sache, die der gesamten Region von Murau bis Bad Waltersdorf hinunter einen großen Nutzen bringen wird. Wir wollen da nichts verschreien. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Ganz Österreich!“) Ganz Österreich sowieso. Aber am schwersten ist es ja immer in der engsten Umgebung, wie wir wissen von solchen Dingen.

Ich bedanke mich, meine verehrten Damen und Herren, bei meiner Sportabteilung – Hofrat Stehlik sitzt da hinten – und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Dachverbänden, bei den Vereinen, vor allem also auch bei den Damen und Herren, die im Bereich des Schulsports ihre Aufgabe wahrnehmen und möchte, zum Schluß kommend, noch anmerken, daß neben der Förderung des Spitzensports, neben der Förderung des Breitensports – und das eine bedingt das andere – ich persönlich unabdingbar daran festhalten werde, daß sportliche Großereignisse für die Steiermark, auch vor allem aus fremdenverkehrspolitischen Gründen, eine unabdingbare Notwendigkeit für eine Aufwärtsentwicklung sind (Beifall bei der ÖVP.) und wir das, meine verehrten Damen und Herren, am deutlichsten gesehen haben mit der großartigen Schiflug-WM-Veranstaltung oben in Bad Mitterndorf/Tauplitz, unter der großartigen Regie des Hubert Neuper, wo man gesehen hat, wenn man sich anstrengt, meine verehrten Damen und Herren, dann können die Steirer alles. Und wir haben eine Grundvoraussetzung in diesen Bereichen, wo weder in Tirol noch in Salzburg noch in Kärnten irgend jemand ernsthaft behaupten könnte, daß sie bessere Voraussetzungen für irgendein Ereignis hätten, ob das Olympische Spiele sind, ob das eine Schiflug-WM ist, ob das ein Weltcup-Rennen ist oder was immer auch.

Und in diesem Sinne, meine verehrten Damen und Herren, da werden wir schon noch einige Schritte weiter vorkommen. Ich bedanke mich mit sportlichen Grüßen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 2 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 des Landesvoranschlages für 1996 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit, somit angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 des Landesvoranschlages für 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist wiederum die Mehrheit, somit angenommen.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brunner und Keshmiri betreffend den sozial- und bildungspolitischen Rückschritt durch Einsparungen im universitären Bereich die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brunner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt und Dietrich, betreffend die Einrichtung eines land- und forstwirtschaftlichen Fachhochschulstudienganges unter Nutzung der Einrichtungen von Raumberg, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Meine verehrten Damen und Herren, wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Der zweite Teil ist Wohnbau.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Franz Majcen, das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Majcen (19.27 Uhr): Meine Damen und Herren, der Abschnitt 48, Wohnbauförderung, besteht aus folgenden Unterabschnitten:

Allgemeine Wohnbauförderung, Wohnbauförderung, Förderung der Wohnhaussanierung, Förderung der Althausanierung, Bundessonderwohnbaugesetze.

Im Abschnitt 48 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1996 folgende Gesamtsummen: Ausgaben 4.678,459.000 Schilling, die Einnahmen 4.641,260.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze des Abschnittes 48 für das Haushaltsjahr 1996.

Im Abschnitt 48 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1997 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben 4.689,765.000 Schilling, Einnahmen 4.652,566.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze des Abschnittes 48 für das Haushaltsjahr 1997. (19.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Erster Redner ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (19.28 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wohnbauförderung ist in diesem Haus und bei all diesen Diskussionen zum Budget immer ein besonderes Kapitel, weil es an der Wohnbauförderung immer Kritik geben wird, weil es immer Wünsche an die Wohnbauförderung geben wird und weil sich der Wohnbau ständig den Gegebenheiten anpassen muß. Er paßt sich den ökonomischen Gegebenheiten an, er paßt sich der Konjunktur an und so weiter, und ich kann eigentlich darauf zurückgreifen, daß wir die letzte große Wohnbauförderungsnovellierung im Jahr 1992 beschlossen haben. Ich glaube, in diesem Hause einstimmig, unter dem sogenannten Diktat der leeren Kassen, wo wir versucht haben, gemeinsam den Wohnbau wieder in Ordnung zu bringen.

Es hat damals gravierende Umstellungen gegeben. Nämlich die Umstellung von einem System der Kreditgewährung in vielen, vielen Bereichen auf Annuitätzuschüsse, und das hat sich natürlich in den letzten Jahren ausgewirkt. Es hat gleichzeitig eine gravierende Änderung gegeben im Bereich der Eigentumswohnung, die ich persönlich in der Form immer bedauert habe, nämlich die, daß die Mehrwertsteuer von der Förderung ausgenommen wurde. Und das hat natürlich bedeutet, daß der Eintrittspreis, die Einstiegshürde bei der Eigentumswohnung so hoch geworden ist, daß sich junge Leute, wenn sie nicht irgendwo gerade eine Erbschaft gemacht haben oder sonst etwas, sich diesen Einstieg nicht mehr leisten können.

Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, daß ursprünglich Anzahlungen im Eigentumswohnungsbereich, die auf dem flachen Land, wo die Grundstücke billiger waren, bei 150.000 Schilling bis 200.000 Schilling gelegen sind, jetzt über 400.000 Schilling ausmachen und daß sie in den Bereichen der Ballungsräume, zum Beispiel in Graz, bei 800.000 Schilling liegen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Als Ersatz dafür wurde die Lösung Mietkaufwohnung angeboten. An sich ein guter Grundgedanke, allerdings natürlich eine komplizierte Variante. Und ich werde Ihnen sagen, warum ich glaube, daß die Mietkaufvariante zwar angenommen wird, aber nicht mit Freude angenommen wird, nämlich deswegen, weil sie eine psychologische Hürde beinhaltet. Die lautet: Ich kann die Wohnung, für deren Erwerb ich mich jetzt entschließe, erst in zehn Jahren sozusagen in mein Eigentum übernehmen. Ich weiß aber eigentlich nicht, wieviel diese Wohnung dann kosten wird. Denn theoretischerweise, auch praktischerweise, wir haben ja noch keine Beispiele dafür, wie es im Vollzug wirklich ist. Bedeutet das, daß die Mietkaufwohnung unter Umständen dann einen anderen Preis hat als der, mit dem kalkuliert wurde? Und ich sage das jetzt, auch wenn sie den gleichen Preis hat.

Die Menschen haben bei Förderungen, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben, ein bißchen das Vertrauen in die Politik verloren. Sie glauben nicht mehr, daß das, was ihnen heute zugesagt wird, auch in zehn Jahren noch stimmen wird. Das heißt also mit anderen Worten, es hat sich eine gravierende Verschiebung ergeben bei den Zahlen im Geschoßwohnungsbau, die natürlich zur Kenntnis genommen werden muß, aber die da lautet: Wenn im Jahr 1993, wo noch nach der alten Wohnbauförderung Eigentumswohnungen gebaut worden sind, fast 1400 Eigentumswohnungen gebaut werden in der Steiermark, sind es im Jahr 1995 noch 350 Eigentumswohnungen gewesen. Und umgekehrt hat sich die Mietwohnung, die Mietkaufwohnung gesteigert auf 1542. Das heißt, das Verhältnis Mietwohnung zur Eigentumswohnung hat sich umgedreht. Ein Drittel Eigentumswohnung und zwei Drittel Mietwohnungen. Früher einmal war es umgekehrt. Und das ist etwas, wo man sagen muß, man müßte nachdenken. Und ich danke, wir sind jetzt wieder an einer solchen Schwelle angelangt. Man müßte nachdenken, ob man in der Wohnbauförderung versucht, wieder einen neuen Schritt zu setzen, ohne daß man deswegen böse ist auf alles, was zwischendurch war. Denn es hat sich natürlich auch herausgestellt, daß in der Wohnbauförderung die Mittel, die zur Verfügung stehen, nicht mehr werden. Das ist das eine.

Das Zweite, was sich herausgestellt hat, ist, daß die Menschen die Mietkaufwohnungen, wie ich vorher schon gesagt habe, nur sehr zögerlich in Anspruch nehmen und daß natürlich irgendwer das Risiko tragen muß. Denn es muß ja wer der Besitzer dieser Mietwohnungen sein, und wenn nicht garantiert ist, daß die Wohnung vermietet ist, kommt für diese Wohnung ja nichts zurück. Es kann ja niemand das Risiko tragen, daß dann dort oder da Wohnungen leerstehen und keine Mieteinnahme kommt, also keine Refinanzierung.

Und das Dritte, das ich in diesem Zusammenhang sagen möchte, ist, daß die Umstellung in großen Bereichen auf nur Annuitätenzuschüsse natürlich bewirkt, daß man den Wohnbau sanieren konnte – von den Zuflüssen her. Es steht im Wohnbau genug Geld zur Verfügung, aber es wird nicht verbaut beziehungsweise, und das ist das viel Schlimmere, in wenigen Jahren sind dann die Mittel, die ja nicht mehr rückfließen, zur Gänze dafür aufzubrauchen, was in die Wohnbeihilfe fließt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Annuitäten fließen wertgesichert zurück, damit da kein Irrtum entsteht. Du hast gesagt, die Annuitäten, die nicht zurückfließen!“)

Das ist ja das Problem der Wohnungswerber, mit dieser vierprozentigen Steigerung, die man ja auch überdenken müßte. Diese 4 Prozent waren damals, als die Inflationsrate im Schnitt zwischen 3, 4, 5 Prozent gelegen ist, sozusagen angemessen. Heute müßte man schon darüber reden, ob das richtig ist.

Es kommt ja noch etwas dazu. Die Wohnbeihilfen steigen. Die Wohnbeihilfen werden aus der Wohnbauförderung, die uns vom Bund zufließt, bezahlt, sind aber zur Gänze verloren. Das heißt, das Geld wird nicht bauwirksam. Das sind inzwischen doch schon 600 Millionen Schilling von insgesamt 4,5 Milliarden Schilling, die zur Verfügung stehen, und das ist ein recht großer Brocken.

Das heißt, insgesamt müßte man sagen, glaube ich, um auch dem gerecht zu werden, was die Frau Landeshauptmann bei ihrem Amtsantritt unter dem Zwischentitel „Wohnbauschwerpunkt“ gesagt hat, nämlich, „wir wünschen uns, daß die Wohnung auf der einen Seite erschwinglich und gleichzeitig für die öffentliche Hand finanzierbar sein muß, daß junge Familien Wohnungen brauchen und daß es alten- und behindertengerechte Wohnungen geben muß, aber auch Modelle, in denen sich mehrere Generationen nahe sind“. Erschwänglich für den späteren Benutzer und finanzierbar für die öffentliche Hand, das waren die beiden Dinge.

Hier muß man sagen, und ich kann besonders vom sogenannten flachen Land, und nicht aus der Stadt her die Sache betrachten, bei uns auf dem flachen Land ist die Eigentumswohnung eigentlich tot, und viele Leute, die das Geld hätten, um eine Eigentumswohnung anzuzahlen, weichen mit dem in den Eigenheimbau aus und schauen gleich, daß sie irgendwo einen Grund bekommen. Das war ja auch wiederum eine Überlegung, daß wir schauen sollten, daß wir auf dem flachen Land auch Geschoßwohnbau zur Verfügung haben, weil das natürlich im Sinne der Raumordnung, der Zersiedelung auch positive Effekte hätte.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die Österreichische Volkspartei wird versuchen, mit den anderen Parteien in neuerliche Gespräche einzutreten, um eine Rückkehr zur Eigentumswohnung in der alten Form, nicht ganz so, wie sie früher finanziert war, aber in der Form, daß die Mehrwertsteuer durch Förderung mitfinanziert wird, zustande zu bringen.

Es ist eigentlich nicht einzusehen, daß die Steiermark, die lange Zeit im Eigentumswohnungsbau in Österreich ein Vorreiter war, jetzt das Eigentum so schwer erwerbbar macht. Auf jeden Fall, meine Damen und Herren, noch einmal, die Rückkehr zur Eigentumswohnung sollte zumindest überlegt werden,

weil sie eine Form ist, die die Menschen anspricht, die in Österreich Tradition hat, die in ganz Europa Tradition hat. Es ist der Trend zum Eigentum nach wie vor unübersehbar.

Meine Damen und Herren, eine andere Sache ist, und auch hier sollten wir nachdenken: Es haben die umfassenden Sanierungen auch einen guten Teil dazu geleistet, daß in der Steiermark erstens alte Bausubstanz zum Teil vor dem Zerfall unter wirtschaftlich guten Bedingungen gerettet werden konnte. Es hat zweitens das Ergebnis gegeben, dieser umfassenden Sanierung – übrigens das einzige Bundesland, das diese Förderung in der Form hat –, daß der Wohnraumbedarf gedeckt werden konnte, weil immerhin in den letzten Jahren mehrere tausend Wohnungen auf diese Art und Weise entstanden sind. Nur, dort kommen natürlich Probleme auf uns zu, auf die wir uns auch schon gefaßt machen müssen. Viele, viele dieser Wohnungen, die auf diese Art saniert worden sind, können sich nur deswegen rentieren, weil die Leute, die dort drinnen sind, Wohnbauhilfe beziehen. Und nach 15 Jahren nach der letzten Förderung endet diese Wohnbauhilfe. Dann ist die Frage, was wird mit den Mieten passieren? Werden sie so herabgesetzt, daß der, der in einer solchen Wohnung wohnt, sich die Wohnung weiterhin leisten kann, weil es gibt ja dann keine Wohnbeihilfe mehr, oder bezieht er die nächste neu adaptierte Wohnung nach der umfassenden Sanierung, wo er wiederum 15 Jahre Wohnbeihilfe beziehen kann?

Und manchmal werden heute im Rahmen der umfassenden Sanierung auch schon Objekte saniert, wo man das Gefühl hat, naja, das ist halt gerade noch irgendwie für einen Wohnbau geeignet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „In Fürstenfeld werden sie abgetragen unter dem Titel der Sanierung!“) Auch, auch, das ist die Ausnützung, ja richtig.

Und ein dritter Bereich, den ich hier auch anspreche. Die Österreichische Volkspartei war immer auch eine Partei für die Häuslbauer und für die kleinen Leute. Erstens hat durch die neue Wohnbauförderung beziehungsweise, muß man gerechter sagen, durch eine Umstellung des Systems das früher so beliebte Eigenheim in Gruppe drastisch abgenommen. Die Zahlen schauen eigentlich so aus, waren es im Jahre 1992 noch 1000 solche Häuser – Eigenheime in Gruppe –, waren es im Jahre 1993 nur mehr 255, waren es im Jahre 1994 nur mehr 120 und 1995 119. Es ist schade um diese Form, weil sie auch wiederum raumordnungsmäßig gut vertretbar ist und war, weil sie sehr zusammengefaßt hat, weil sie zweitens eine erhöhte Förderung geboten hat, und ich muß noch einmal sagen, zum Eigenheimbau, zum Häuslbau, wie man so schön sagt, beigetragen hat. Das ist eine der steirischen Mentalität sehr entgegenkommende Form des Wohnens. Wir haben zwar schwierig Platz für immer mehr Eigenheime, aber es gibt genügend Platz, und zweitens mobilisiert diese Form des Hausbaues, also der Wohnraumbeschaffung, ungeahnte Kräfte finanzieller Art in den Familien, und es ist halt der Wunschtraum für viele Familien. Auch hier sollte man nachdenken, ob man nicht wieder teilweise oder noch stärker in die Darlehensgewährung zurückkehren könnte. Ich weiß schon, daß das alles ein ganz kompliziertes System ist. Trotzdem sollten wir gemeinsam

versuchen, ohne irgendwelche Vorbehalte und ohne irgendwelche Ressentiments wieder einmal die Wohnbauförderung neu anzudiskutieren, ob wir sie nicht effizienter ordnen können. Effizienter nämlich so, daß mehr gebaut wird, daß die Bauwirtschaft etwas davon hat, und effizienter für den Wohnungswerber, weil sich natürlich auch die Rahmenbedingungen ganz stark geändert haben.

Die Wohnungen werden im Prinzip wieder kleiner, es gibt viel mehr kleine Haushalte. Ich brauche das alles nicht genau auszuführen, diejenigen, die sich damit beschäftigten, kennen diese Problematik. Der Bedarf ist eigentlich eher etwas, das nicht geprüft wird. Die Leute nehmen eben die Wohnung, die sie kriegen. Und hier ist festzustellen, daß es in letzter Zeit wieder kleinere Wohnungen sind – aus Kostengründen, aber natürlich auch aus anderen Gründen.

Und dann – das ist schon das Letzte, und dann höre ich schon auf –, auf was wir auch aufpassen müssen, ist ein gewisser Mißbrauch. Wir sind uns alle hier im Hause wahrscheinlich einig, daß der Mißbrauch generell bei allen Gesetzen natürlich nicht sein soll, aber es haben natürlich gewisse Regelungen auch im Wohnbau die Folge, daß man versucht, „im System“ zu bleiben. Jemand, der also zum Beispiel alleinstehend mit einem Kind ist, bekommt für eine bestimmte Größe der Wohnung eine Förderung. Jetzt plötzlich gesellt sich ein Lebensgefährte oder ein Freund dazu. Jetzt würden praktisch beide Einkommen zur Bemessung herangezogen werden. Das möchte man natürlich nicht. Jetzt wird entweder nicht angemeldet – es wohnen mehrere Leute in einer Wohnung, aber angemeldet werden sie nicht –, oder die Frau bleibt zu Hause, wenn ich nicht mindestens 12.700 Schilling im Monat verdiene, dann ist es besser, ich gehe gar nicht arbeiten, weil dann verliere ich die Wohnbeihilfe und so weiter. Das sind Beispiele, und da gibt es gar nicht so wenig, nur, es ist die Verfolgung so schwierig, weil man kann ja da jetzt nicht vor jedem Haus stehen und schauen, wer geht da hinein, wie lange bleibt er drinnen, wann kommt er wieder heraus, kommt er öfter und so weiter, aber trotzdem sollte man darüber nachdenken, wie man mißbräuchliche Verwendung oder mißbräuchliche Ausnutzung der Wohnbauförderung beziehungsweise der Wohnbeihilfe ausschließt.

Zusammenfassend eigentlich nur noch einmal die Bitte, die Wohnbauförderung noch einmal neu zu überdenken. Vielleicht fallen uns neue Wege ein. Und die ganz große Bitte, das Eigentum, die Eigentumswohnung – und da gibt es bitte auch parteiübergreifend viel Zustimmung, ich verweise, nur weil ich den Kollegen Grabner da sehe, auf eine einstimmige Resolution des Stadtrates von Bruck an der Mur – wieder die Mehrwertsteuer zu fördern. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Mehrwertsteuer fördern. Sagt das der Grabner auch?“)

Das weiß ich nicht, ob das der Grabner sagt. In diesem Sinne bitte ich um gedeihliche Gespräche für eine vielleicht neue und vielleicht bessere Wohnbauförderung. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.46 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner.

Abg. Ing. Schreiner (19.46 Uhr): Hohes Haus, werte Damen und Herren!

Ich möchte eingangs versprechen, daß ich die mir zustehende Redezeit sicherlich nicht aufbrauchen werde, und mir erlauben, etwas vom Thema abzuweichen.

Wohnbau, Bauen, Schotter und Wasser stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der bereits beschlossenen Naturschutzabgabe. Wenn wir nun einen Teil davon, die Wasserabgabe, betrachten, wissen wir, daß wir dafür Geld einnehmen werden. Wer sind nun die Zahler? Die Industrie, die, falls sie überwiegend ins Ausland exportiert, versuchen wird, die durch die Wasserabgabe verursachten Kosten in anderen kostenwirksamen Bereichen des Unternehmens aufzuwiegen, das heißt, es kann auch sein, daß im Bereiche der Lohnkosten gespart wird. Falls ein Industriebetrieb überwiegend für das Inland produziert, wird dieser Betrieb natürlich, wenn es die Marktlage zuläßt, den zu leistenden Mehraufwand auf den Verkaufspreis des Produktes überwälzen. In diesem Fall zahlen die Konsumenten, die Bürger dieses Landes, die Wasserabgabe.

Frau Abgeordnete Mag. Zitz – ich sehe Sie nicht, aber trotzdem –, Sie haben gestern für eine Erhöhung der Naturnutzungsabgabe gesprochen und wollten eine Schlechterstellung der Industrie, in etwa dem ursprünglichen Entwurf entsprechend, erreichen. Diese Rechnung geht nicht auf, da, wie ich bereits ausgeführt habe, immer wir Steirer die Rechnung bezahlen. Außer wir wollen die Abwanderung stark betroffener Industriebetriebe. In diesem Fall gibt es natürlich auch keine Wassernutzungsabgabe, keine Steuereinnahmen und keine Arbeitsplätze.

Familien sind natürlich auch Zahler der Wasserabgabe. Unter der Voraussetzung einer allgemeingültigen Berechnung, daß eine vierköpfige Familie rund 200 Kubikmeter Wasser im Jahr verbraucht, betragen die Mehrkosten durch diese Steuer, durch diese Abgabe, rund 500 Schilling jährlich. Herr Dipl.-Ing. Getzinger, diese 500 Schilling jährlich würden bei einer sechsprozentigen Verzinsung ein Investment im Ausmaß des 16fachen Betrages rund 8000 Schilling rechtfertigen. Ich bin überzeugt davon, daß man mit 8000 Schilling den Rohrleitungsmehrbedarf und einen Wasserzähler installieren kann. Aber sparen wird man wahrscheinlich durch diese Maßnahme unwesentlich. Aber es ist sicher zu überlegen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Herr Kollege, es ist nur um den Aspekt der gerechten Aufteilung der Kosten gegangen, nicht mehr und auch nicht weniger!“) Ich habe da nicht dagegen gesprochen.

Zahler wird auch – wir haben aber noch nicht den Wissensstand, daß es so sein wird – das Bundesland Wien sein. Unter der Voraussetzung, daß Wien diese Abgaben aus rechtlichen Gründen nicht entrichten muß, ist für uns die Wasserabgabe insgesamt fraglich, da ja gleich die Kanalbenutzungsgebühr, die es bereits gibt, um den entsprechenden Betrag erhöht hätte werden können. In diesem Fall hätten wir uns ein Gesetz erspart und einen Verwaltungsaufwand gar nicht hervorgerufen.

Zur Schotterabgabe ist auch zu fragen, wer sind die Zahler? Frau Abgeordnete Karisch, Sie haben gestern ausgeführt, daß die Schotterbarone die Zahler sein werden. Die Schotterbarone sind es ganz sicher nicht. Die Schotterbarone werden über den Verkauf von Schotter, Kies und Beton die Kosten überwälzen. (Abg. Dr. Karisch: „Das zahlen alles die Konsumenten letztlich!“) Das zahlt alles der Konsument. Für ein normal übliches Einfamilienhaus sind zirka 130 Kubikmeter Beton erforderlich. Man braucht für einen Kubikmeter Beton rund zwei Tonnen Schotter. Das heißt, es wird ein Einfamilienhaus etwa um 780 Schilling teurer werden. Ich glaube, das ist eine verschmerzbar große Größenordnung. Für die Errichtung einer Wohnung sind zirka 70 Kubikmeter Beton erforderlich. Hier wäre der Betrag pro Wohnung 420 Schilling. Aber für ein großes Ausmaß an Baumassen in unserem Land Steiermark ist der Auftraggeber das Land Steiermark. Hier wird sich das Land in Zukunft selbst die Schotterabgabe entrichten dürfen. (Beifall bei der FPÖ und den Grünen. – Abg. Dr. Karisch: „Ist in fünf Bundesländern der Fall, und die leben immer noch!“ – Abg. Mag. Zitz: „Das muß man differenzieren!“)

Sehr viele und umfangreiche Baumaßnahmen werden auch vom Bund in unserem Land beauftragt. Da bekommen wir das Entgelt für diese Baumaßnahme vom Bund. Wenigstens sind einmal die Steirer nicht betroffen.

Abschließend zur Schotterabgabe möchte ich noch wie folgt zum Nachdenken geben. Wir stellen uns folgendes vor: Wir haben ein Grundstück, und wir errichten darauf einen Badeteich. Für diesen Badeteich sind, nehmen wir jetzt an, Uferbefestigungen durch Zuhilfenahme künstlicher Baustoffe erforderlich. Das ist eine Baumaßnahme, und für eine Baumaßnahme braucht man eine Baugenehmigung. Für diesen Badeteich ist ein Aushub von mehreren hunderttausend Kubikmetern erforderlich. Laut Paragraph 4 ist die Entnahme von Schotter für Baugrubenaushub von der Abgabe befreit. Hier werden sich die Rechtsanwälte, die in Zukunft findige Bauherren vertreten, schon jetzt freuen.

Ich möchte auch die Gelegenheit nützen, um die Eindrücke des gestrigen Tages mit Ihnen gemeinsam aufzuarbeiten, unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß, wie Sie ja wissen, Politik für mich ein Neuland ist. Ich möchte hierfür auf ein Beispiel kommen, und ich möchte die Aussage unserer Frau Landeshauptmann Klasnic „Firma Steiermark“ heranziehen und einen Vergleich mit einem Unternehmen mit einer gut passenden Rechtsform, das ist die Aktiengesellschaft, anstellen. Da steht auf der einen Seite das Land Steiermark, da würde auf der anderen Seite die Aktiengesellschaft stehen. Da steht auf der einen Seite die Regierung, auf der anderen Seite würde der Vorstand stehen. Da steht auf der einen Seite der Landtag, auf der anderen Seite würden die Aufsichtsräte stehen.

Dann gibt es die Eigentümer auf der einen Seite, das sind die Bürger des Landes Steiermark, auf der anderen Seite wären das die Aktionäre. Dann gibt es auf der einen Seite den Landesvoranschlag, auf der anderen Seite gibt es die Prognose. Und da gibt es auf der einen Seite den Landesrechnungsabschluß, und auf der anderen Seite gibt es die Bilanz.

Wenn nun in dieser Aktiengesellschaft eine Prognose ungenau ist, das heißt der Aufsichtsrat – der Landtag – nicht ausreichend infolge Zeitmangel und nicht Abschätzbarkeit der Ziffern informiert ist, geht der Aufsichtsrat schärfstens gegen den Vorstand vor. Das ist sehr unangenehm, wird im Normalfall hart und sachlich ausdiskutiert. Dann gibt es ein Ergebnis. Nach diesem Ergebnis gibt es aber dann wieder ein Gesprächsklima. Dieses wiederhergestellte Klima hat der Vorstand und der Aufsichtsrat herbeizuführen, da er widrigenfalls die Interessen des Eigentümers – in unserem Land sind es die Steirerinnen und Steirer – nicht ordentlich wahrnehmen würde.

Ich komme nun wirklich zur Wohnbauförderung. Herr Abgeordneter Majcen, du hast ausgeführt und ich habe deinen Ausführungen folgen können. Und im wesentlichen kann man sagen, daß da nichts Negatives festzustellen ist in diesem Ressort, das von Herrn Landesrat Schmid geführt wird. Natürlich ist das etwas, was sich bewegt, was lebt. Und Gott sei Dank sind wir fähig, und es ist immer wieder möglich, Verbesserungen durchzuführen. Wir werden das auch gemeinsam machen. Die Wohnbauförderung, wie sie momentan laut Wohnbauförderungsgesetz 1993 dasteht, ist effizient, sie finanziert sich weitgehend selbst, und sie ist auch sozial ausgewogen, Verbesserungen sind immer möglich.

Es werden auch, wie Herr Abgeordneter Heibl vor vier Wochen gesagt hat, keine teuren Wohnungen gebaut, sondern, entsprechend den Önormen und der Bauordnung, qualitativ hochwertige und damit langlebige Wohnstätten für unsere Mitmenschen.

Um auf den Vorwurf teuer einzugehen, muß man auch immer einen Vergleich ziehen. Wenn man vergleicht, ich habe das gemacht, eine Wohnung mit 85 Quadratmeter, und man sieht sie auf der einen Seite frei finanziert unter der Voraussetzung einer günstigen Finanzierung, das ist zum Beispiel die Bausparkasse, und man sieht auf der anderen Seite die Förderung durch das Wohnbauförderungsgesetz 1993, würde unter der Voraussetzung der gleichen Anzahlung – nehmen wir an in etwa 450.000 Schilling – bei der frei finanzierten Wohnung die Rückzahlung 12.600 Schilling im Monat betragen, und bei der geförderten Wohnung unter Zugrundelegung der 70 Schilling pro Quadratmeter würde der Betrag 6000 Schilling sein. Man sieht schon, daß das wesentlich günstiger ist im Vergleich zur frei finanzierten Wohnung. Dazu kommt bei geförderten Wohnungen für Familien mit geringen Einkommen auch noch die Wohnbeihilfe. Diese Wohnbeihilfe ist abhängig vom Einkommen so wirksam, daß es im Fall besonderer sozialer Hilfe keine Rolle spielt, daß die zu leistende Rückzahlung um 4 Prozent jährlich steigt. Zu Fragen, die in diesem, wie wir meinen, ordentlich geführten Ressort noch zu stellen sind, steht der zuständige Landesrat Architekt Schmid zur Verfügung. Und ich glaube, daß auf Grund der Effizienz der Wohnbauförderung nichts mehr hinzuzufügen ist. (Beifall bei der FPÖ. – 19.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (19.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Wir haben – meine Fraktion – der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes zum 1. Jänner 1993 grundsätzlich zugestimmt, weil der Fonds damals – und wir müssen ja ehrlich sein – leer war und beträchtlich überschuldet war. Nur, seit zirka zwei Jahren findet am Wohnbausektor eine Entwicklung statt, die nicht oder nur sehr schwer voraussehbar war.

Die Einpersonenhaushalte – ist zwar nichts Neues – nehmen unaufhaltsam zu. Die Einkommen, vor allem der jungen Menschen, stagnieren. Und ich komme aus der Privatwirtschaft. Teilweise sinken die Einkommen sogar beträchtlich. Das heißt, die Unsicherheit, einen Dauerarbeitsplatz zu bekommen oder einen bestehenden Arbeitsplatz auf lange Zeit abzusichern, nimmt zu. Die Preise, die letztendlich der Mieter oder der Eigentümer für die neuerworbene Wohnung zu bezahlen hat, außer es handelt sich hier um ein Sonderwohnbauprogramm, ist derart gestiegen, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – in erster Linie junge Menschen – sich das einfach nicht mehr leisten kann. Und das sagen uns die Bürgermeister täglich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Daß sie gestiegen sind, da klatscht ihr, oder wie ist das?“) Das Land Steiermark hat mit wenigen Ausnahmen auf diese Entwicklung meiner Meinung nach unzureichend reagiert. Tatsache ist, daß immer mehr Wohnungsuchende zwar am Anfang mit Euphorie und Begeisterung dabei sind, wenn es um eine mögliche Zuteilung einer neuen Wohnung geht. Die Begeisterung nimmt aber im selben Tempo ab, wenn die Höhe der Miete oder der Gesamtpreis dieser Wohnung bekannt ist.

Eines, meine Damen und Herren, steht fest, wenn wir in der gleichen Art – und hier sind meine Vordredner glaube ich der gleichen Meinung – wie in den letzten zwei, drei Jahren im sozialen Wohnbau, was die Förderungen, was die Rückzahlungen, was die Gewährung von Wohnbeihilfen, Baukosten insgesamt, weitermachen, dann wird es weitere Einbrüche in der Bereitschaft, neuerrichtete oder sanierte Wohnungen zu übernehmen, geben.

Ein paar Zahlen: Wurden 1992 noch 2274 Wohnungen im geförderten Geschoßbau errichtet, so waren es 1995 nur mehr 1843. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der umfassend sanierten Wohnungen von 3474 auf 1838. Dieser verhältnismäßig niedrigen Bauleistung stehen zirka 45.000 Wohnungsuchende gegenüber. Über diese Zahlen kann man streiten.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß ein Teil von ihnen bereits eine Wohnung besitzt und daher bei einem Wohnungswechsel diese auf den Markt kommt, besteht laut Experten die Meinung, daß es noch immer fehlende 30.000/35.000 Wohneinheiten in der Steiermark gibt.

Meine Damen und Herren, an den für den Wohnungsbau, geförderten Wohnungsbau meine ich natürlich, zur Verfügung gestellten Geldmitteln liegt es nicht. Es bestehen – und das hat der Herr Landesrat ja heute bestätigt – zurzeit Reserven in einer Höhe von mehr als einer Milliarde Schilling.

Es werden weiters durch die Neuaufteilung der Bundesmittel zirka 3,2 Milliarden Wohnbaugelder, zwar ohne gesetzliche Zweckbindung, den Bundesländern zur Verfügung gestellt, und das Land Steiermark bekommt ja davon 15,2 Prozent oder 487 Millio-

nen, und ein Teil davon ist ja mit Regierungsbeschluß zusätzlich auch für den Wohnbau gedacht, der Rest leider nicht.

Es wäre aber auch nicht richtig und fair, meine Damen und Herren, nur Forderungen aufzustellen, und keine Lösungsansätze anzubieten.

Wir von der SPÖ-Fraktion halten jedenfalls eine rasche Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes und seiner Durchführungsverordnung für dringend notwendig. Notwendig deshalb, weil die tatsächlichen Auswirkungen der Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes mit Gültigkeit ab 1. Jänner 1993 von den ursprünglichen Intentionen sehr stark abweichen und die sozialen Zielsetzungen, die wir angestrebt haben, nur zum Teil oder nicht erreicht werden. Daher ist meiner Meinung nach längst Handlungsbedarf gegeben. Die Wohnbauleistung in der Steiermark sinkt – das habe ich vorhin bereits festgestellt. Erschwerend kommt noch dazu, geschätzte Abgeordnete, daß es die sogenannten „Bauherrnmodelle“, eine komplizierte Angelegenheit, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr geben wird für private Anleger und private Investoren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Der Finanzpräsident von Wien?“) Ich habe mich auch verwendet in dieser Richtung. Der Bund ist wie gesagt nicht mehr bereit, den privaten Investoren hier steuerliche Anreize zu gewähren. Dieser zusätzliche Wohnbau im Altstadtbereich, in erster Linie überwiegend Lückenverbau, Altstadterhaltung, für den gemeinnützige Bauträger nicht oder kaum von Interesse, wird eine drastische Kürzung in Kauf nehmen müssen. Und da hilft auch die Mietrücklagenauflösung nicht viel als Gegenrechnung oder als Ersatzlösung, weil mit diesen Auflösungsgeldern werden zwar Renovierungen und Verbesserungen getätigt, damit auch Arbeitsplätze geschaffen – das gebe ich gerne zu –, aber kein neuer zusätzlicher Wohnbau errichtet. Und diese privaten Bauherrnmodelle, die bisher gut – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist logisch!“) richtig – funktioniert haben und überwiegend in den Städten Wien und Graz stattgefunden haben, haben auch ein Investitionsvolumen von zirka 3 Milliarden Schilling lukriert beziehungsweise die Errichtung von 2000 Mietwohnungen, womit ungefähr 3000 Arbeitnehmer beschäftigt waren, und zwar ein ganzes Jahr.

Und wenn es bei dieser Vorgangsweise bleibt, was momentan der Fall zu sein scheint, daß nur mehr gewerblichen Investoren diese Möglichkeit gewährt wird, und privaten Anlegern nicht, dann befürchte ich, daß diese Möglichkeit, Wohnungen zu schaffen, langsam aber sicher zu Ende geht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ihr braucht gar nicht klatschen, eine Katastrophe ist das!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Damit ihr endlich aufwacht!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Geh, Herr Abgeordneter Erlitz, er redet von einem Bundesgesetz. Hat das jetzt der Vranitzky oder wir Steirer beschlossen?“) Ein Bundesgesetz, das Auswirkungen auf die Steiermark hat, weil überwiegend die Städte Wien und Graz betroffen sind. (Präsident Dr. Strenitz: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Heibl!“)

Zurück zur steirischen Situation. Die Errichtungskosten steigen unaufhaltsam, die Wohnungen werden immer teurer. Die Belastungen für die Mieter und

Eigentümer in der Steiermark sind die höchsten aller Bundesländer.

Die steirische Wohnbauförderung sieht derzeit vor, daß die Annuitätenbelastung im Geschloßwohnbau jährlich um 4 Prozent steigt. Obwohl derzeit die Inflationsrate etwa bei 1,5 Prozent liegt und die Einkommen nur gering steigen, etwa in der Größenordnung 2 Prozent, und teilweise sind sie ja, wie ich ja vorhin gesagt habe, bereits beträchtlich darunter. Gedanke und Sinn der ganzen Sache war ja, Herr Landesrat, daß für dieses vom Land eingesetzte Geld keine Wertverminderung entsteht, und dafür wurde ein bestimmter Prozentsatz festgelegt. Nur, die Höhe dieses Prozentsatzes ist heute bei weitem nicht mehr gerechtfertigt und daher eine Anpassung nach unten überfällig. Ich bleibe dabei, der teuerste Baustoff ist und bleibt das Geld, und nicht irgend etwas anderes.

Meine Damen und Herren, auch die Wohnbeihilfe als Subjektförderung greift immer weniger, die letztmalige Angleichung dieser Wohnbeihilfe erfolgte 1991. Es verlieren immer mehr Wohnbeihilfenbezieher ihren Anspruch auf Wohnbeihilfe. Das ist auch ein Grund, warum sich heute Leute mit einem durchschnittlichen Einkommen oder knapp darunter an eine neuerrichtete oder sanierte Wohnung nicht herantrauen, weil sie sich diese nicht leisten können. Die Unsicherheit ist bei vielen einfach zu groß. Wir müssen daher auch eine Kostensenkung beim geförderten Wohnbau erreichen.

Nur, meine Damen und Herren, das vielzitierte und von manchen als die Lösung hingestellte holländische Modell, wo eine Wohnung nur 135.000 Mark, also weniger als eine Million Schilling, kosten darf, sonst gibt es keine staatlichen Zuschüsse, ist mit Sicherheit nicht mit unserem Wohnbau oder nur teilweise vergleichbar.

Schallschutz zum Beispiel ist beim staatlich geförderten holländischen Wohnbau kein Thema, in der Erstausführung zumindest. Kellergeschosse sind in Holland kaum möglich, weil das Grundwasser in großen Teilen des Landes einfach zu hoch ist, es geht in Wirklichkeit gar nicht. Die tatsächlichen Investitionen bei dem vielgepriesenen holländischen Modell beginnen erst, nachdem diese Wohnung übergeben wurde und die Gewährung der Förderung im Hause ist. Dann beginnen in Holland in Wirklichkeit erst die Investitionen. Das heißt, der wahre Endpreis für diese Wohnungen ist in Wirklichkeit ein wesentlich anderer, als wir das in den Statistiken haben, und ist nur teilweise für uns brauchbar oder daß wir uns etwas davon anschauen können. Wir sollten und müssen selber massive Überlegungen anstellen, wie wir Kostensenkungen erreichen können, und diese sind meiner Meinung nach – und ich glaube, daß ich Zustimmung habe – möglich. Wenn wir die Grundkosten, die uns einfach entgleiten, für den geförderten Wohnbau senken wollen, und das müssen wir, davon bin ich überzeugt, dann ist das nur über die Raumordnung möglich. Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau sind vorzusehen und auszuweisen. Und vielleicht auch eine eigene Kategorie sozialer Wohngeschoßbau. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist Gemeindeangelegenheit!“) Wir sind übergeordnet, und wir sollten hier unseren Teil leisten. Ja, aber es gibt nicht eine eigene Kategorie Wohngeschoßbau zum allgemeinen Aus-

weisen. Wir müssen auf jeden Fall in der Raumordnung etwas machen, daß wir zu preisgünstigeren Grundstücken kommen. Natürlich muß auch die Grundstücksbevorratung durch die Gemeinden forciert werden, keine Frage. Zinsenzuschüsse durch das Land sind ja bekannterweise möglich. Ich weiß nicht, wie stark das angenommen wird. Die Abgeordneten der SPÖ haben einen Entwurf für ein neues Raumordnungsgesetz bereits 1994 eingebracht.

Bis jetzt wurde es zumindest im Haus noch nicht behandelt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Davon steht aber nichts drinnen!“)

Bei den Errichtungskosten, meine Damen und Herren, im geförderten Wohnbau kann es nur zu einer Senkung kommen, wenn viele Einflußfaktoren in der gesamten Abwicklung von Beginn bis zum Ende berücksichtigt werden. Zum Beispiel eine kooperative Planung aller Beteiligten, Honoraranreize für kostengünstiges Bauen, flächensparendes Bauen muß belohnt werden – wie etwa in Salzburg, Förderungshöhe nimmt zu mit der Bebauungsdichte –, eine Idee, neue Konzepte der Zusammenarbeit, Vergabe an Generalunternehmer – da wird der Herr Abgeordnete Schreiner das sicher bejahen, nehme ich an, und es müßte noch mehr sein, Reduzierung der Wohnungsgrößen mit all den Vorteilen und Nachteilen. Dasselbe gilt auch für die derzeitige Raumhöhe, zum Beispiel weil wir es im Wohnbauförderungsbeitrag behandelt haben, die im Steirischen Baugesetz mit einer Mindesthöhe von 2,40 Meter festgelegt ist. Wir ersparen uns natürlich einiges, aber damit machen wir nicht jedem eine Freude, aber das ist eine zweite Sache. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Kollege Heibl, gehen Sie einmal nach Frankreich oder nach Deutschland, da haben sie in den Städten abgewohnte Viertel, die nicht einmal 20 Jahre alt sind. Die sind so billig gebaut worden, daß sie heute als Ruinen dortstehen, und es werden neue Siedlungsgebiete erschlossen. Wollen wir das haben als Alternative?“) Nein, nein, wollen wir nicht. Ich will die bauliche Situation in Frankreich auch nicht unbedingt. Ich behaupte ja nicht, daß der Wohnbau in unserem Land nicht funktioniert, sondern es gibt viele Dinge, die wir lösen müssen, daß wir preisgünstiger werden, daß sich die Leute diese Wohnungen auch leisten können, daß wir um eine industrielle Vorfertigung nicht herumkommen, weil hier gibt es ein riesiges Einsparungspotential. Es wird zunehmend Arbeit von der Baustelle in die Fabrik verlagert werden. Und ich kann Ihnen als Gewerkschafter sagen, daß meine Leute damit wahrscheinlich keine Freude haben.

Berücksichtigung der Folgekosten. Mit Eigenleistungen würde ich vorsichtig umgehen, sie sind nur in wenigen Einzelbereichen sinnvoll, etwa Malerarbeiten, Bodenbeläge, Fliesenverlegung. Und dann ist es schön langsam vorbei. Und ich kenne ein Pilotprojekt in Wien, wo man versucht hat, massiv Eigenleistungen zuzulassen. Das Projekt ist kläglich gescheitert. Es war ein Fiasko. Haftungsübernahmen, Übergabeterminen, Nichtfertigstellung, „Nachbarschaftshilfe“, Prozesse, Unstimmigkeiten mit Wohnungsnachbarn und so weiter. Also Vorsicht mit Eigenleistungen.

Wo wir große Erfolge verbuchen könnten, wenn es uns gelingt, die Errichtungsdauer massiv zu senken

und zur Förderungsbedingung zu machen. Gemeint ist die Zeit von der Einreichung bis zur Übergabe. Mit diesen und weiteren Maßnahmen müßte es uns gelingen, Mieten von 50 Schilling pro Quadratmeter zu erreichen, und das wäre ein lohnendes Ziel für uns alle. Wir dürfen aber auch, meine Damen und Herren, auf kinderreiche Familien und Alleinerzieher nicht vergessen. Wir brauchen unserer Meinung nach Startwohnungen. Wir könnten, wenn der Wille vorhanden ist, bereits ab Herbst 1996 Wohnbauten in Angriff nehmen mit einer besonderen günstigen Miete. Etwa 500 Wohneinheiten jährlich wäre ein Vorschlag von uns, wo eben die Gemeinden und der Bauträger und so weiter (Landesrat-Dipl.-Ing. Schmid: „Das Programm habt ihr, das könnt ihr nicht machen!“) mitmachen müßten. Wir müßten bei diesen 500 Wohnungen auf einen Mietpreis etwa der Kategorie A kommen, der derzeit bei 32,80 Schilling pro Quadratmeter liegt. Und wir müßten diese Wohnungen befristet vergeben, vielleicht auf fünf Jahre, vielleicht auf sieben Jahre. Erreichbar wäre dieser Mietpreis von zirka 32 Schilling, wenn viele mitmachen.

Aber wir sollten weiters, und davon bin ich überzeugt, auch einen Mietenhärteausgleichsfonds schaffen, etwa wie in Oberösterreich, etwa wie in Salzburg, wo ein derartiger Fonds vorbereitet wird, nicht aus dem Wohnbautopf, sondern aus einer anderen Quelle. Es ist eine harte, aber gerechte Forderung, selbst in Zeiten, in denen gespart werden muß. (Beifall bei der FPÖ.) Ich kriege Applaus von der Freiheitlichen Partei.

Viele junge Leute, die sich am freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen, weil in dieser Gegend einfach keine geförderten Wohnungen zur Verfügung stehen, erhalten, wenn das Einkommen auch noch so gering ist, keine Beihilfe. Wo bleibt die Gerechtigkeit? Ob wir es uns weiterhin leisten können, bei der umfassenden Sanierung verlorene Zuschüsse zu gewähren, bezweifle ich. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß Direktdarlehen, etwa mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren, der bessere Weg wären.

Meine Damen und Herren, dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der bestehenden Wohnbeihilfe. Sie wurde seit fünf Jahren, wie ich am Anfang gesagt habe, nicht mehr angepaßt und entspricht seit langem nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten. Und Sie, Herr Landesrat, haben heute anlässlich der Raumordnung gesagt, wenn der Vollzug nicht stimmt und wenn die Probe nicht richtig und zufriedenstellend verläuft, dann muß man nachjustieren. Das müssen wir auch bei der Wohnbeihilfe. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber um zum Ende zu kommen, das System Wohnbauförderung Steiermark ist meiner Meinung nach renovierungsbedürftig, um ein Wort der Bauleute zu verwenden. Haben Sie den Mut, Herr Landesrat, das zu machen. Wir unterstützen Sie dabei. Meine Damen und Herren Abgeordnete, das waren in groben Zügen Forderungen und Lösungsvorschläge, wie wir unsere Verpflichtung, Wohnraum zu schaffen, zu sozial vertretbaren Bedingungen nachkommen könnten. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (20.16 Uhr): (Abg. Tasch: „Brauchst du eine Sozialwohnung?“) Sozialwohnung, wenn du zu mir als Untermieter kommst, Freund Tasch, aber ich glaube, diese Freude wirst du dir nicht antun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zur Frage des Wohnbaues einmal vorausschicken, daß ich die Ausführungen des Kollegen Majcen – wir haben schon öfters hier in diesem Hause diskutiert – und vor allem auch des Kollegen Heibl im großen und ganzen voll unterstreiche. Ich glaube, es muß uns eines bewußt sein. Daß erstens die Forderung nach einer sozial zumutbaren Wohnung ein weit verbreitetes Anliegen ist, das wir nicht mehr erfüllen können. Wir stehen vor der Schere, daß wir auf der einen Seite nicht mehr die notwendigen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen bauen können, weil einfach der Bedarf an Wohnungen immer größer wird. Die Familieneinheiten werden immer kleiner. Und wir wissen ja, daß diese Schere zwischen dem Angebot und der Nachfrage immer größer wird und jene, die eine Wohnung brauchen, sie sich oft nicht leisten können.

Und ein Zweites, das ich hier auch anbringen möchte, ist, daß wir einfach auch noch kein Mittel gefunden haben – das steht zwar nicht in unserer Macht als Land – zu der Frage, wie gehen wir mit leerstehenden Wohnungen um, wie regeln wir das Miet- und Wohnungsrecht? Und wer – ich glaube, im letzten Sommer war das – im Fernsehen verfolgt hat, daß der Präsident Fischer erklärt hat, er wird einmal über die Sommerferien das in Österreich geltende Wohnungs- und Mietrecht studieren und versuchen zusammenzufassen, um einmal in diesem Dickicht einen Ausweg zu finden. Und dann ist er zurückgekommen und hat gesagt, es ist ihm nicht möglich gewesen. Also ich glaube, daß wir diese Dinge komplex sehen müssen. Auf der einen Seite das Bedürfnis oder der Bedarf nach neuen Wohnungen, auf der anderen Seite die Frage, wie können wir leerstehende Wohnungen nützen? Und da hat es immer wieder diesen ewigen Streit gegeben, wie weit man dieses Wohn- und Mietrecht verändern sollte, wie weit es Obergrenzen geben sollte. Aber darauf will ich heute nicht, weil es nicht unsere Zuständigkeit ist, eingehen, da es nicht unsere ureigenste Aufgabe ist.

Auf der anderen Seite haben wir das Problem – und das ist gestern auch angesprochen worden –, daß junge Leute dann, wenn sie die Wohnung haben wollen, das entsprechende Einkommen nicht besitzen. Und dann, wenn sie älter werden, nach dem österreichischen System, der Biennalsprung sehr oft wirksam wird, daß dann zwar das Geld, aber dann das Wohnungsproblem vorhanden ist. Aber an sich haben wir das Problem, daß junge Menschen dann, wenn sie dringend eine Wohnung brauchen, nicht das entsprechende Einkommen haben und daß die Wohnung entsprechend zu teuer ist.

Warum ich mich auch zu Wort gemeldet habe in dieser Frage, in der Frage des Wohnbaues, so erstens, weil der Wohnbau für uns Grüne ein ganz wichtiger Faktor ist, in Richtung ökologische Arbeitsplätze, in Richtung Ökologie, weil wir viel zu sehr in den

Straßenbau investieren – in den Straßenbau, der nur ökologische Probleme bringt –, und viel zu wenig in Stadterneuerung und Wohnbau. Und wenn wir Statistiken anschauen, was dort im Bereich der Wärmedämmung und, und möglich wäre für Professionisten und auch für Arbeitsplätze, ich glaube, da gibt es ungeahnte Möglichkeiten, die wir heute gar nicht richtig abschätzen können. Also, für uns hat das eine zentrale Bedeutung. Und ich glaube, es ist unbestritten, daß wir alle der Meinung sind, daß im Wohnbau noch viel mehr getan werden muß, obwohl wir spüren, wo die Bremsen und wo die Hindernisse sind, wobei es mir gar nicht ansteht und ich gar nicht bereit bin, hier Schuldzuweisungen vorzunehmen, weil davon der Wohnungsuchende nichts hat und davon die Bevölkerung nichts hat und vor allem die jungen Menschen nichts davon haben. Daher müssen wir versuchen, Auswege zu finden.

Ich selbst bin ja ein bißchen sentimental, wenn ich mich da zu Wort melde. Und ich glaube, der Kollege Tasch war damals schon da und der Kollege Riebenbauer, wie diese Novelle damals beschlossen worden ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hast als einziger dagegengestimmt!“) Und heute sagen alle unisono, daß diese Novelle wieder repariert gehört. Da war ich, obwohl ich – das hat Herr Landeshauptmann Schachner damals gesagt – vom Wohnbau nichts verstehe, und habe gesagt, aber eines verstehe ich, und eines will ich nicht haben, daß wir durch die Beseitigung dieses Direktdarlehens – und du weißt es, Franz Schleich, und wie wir alle da sitzen –, das war beim Hausbau und beim Bau in der Gruppe zumindest ein Grundpfeiler, wo ich gewußt habe, auf dieses Darlehen des Landes, auf das kann ich zählen. Und wenn ich einmal in finanziellen Schwierigkeiten bin, dann kann ich eine gewisse Zahlungserleichterung erreichen. Was haben wir eigentlich gemacht? Und Gott sei Dank ist ja zum Teil diese umfassende Regelung rückgängig gemacht worden, daß es kein Direktdarlehen mehr gibt, das gibt es ja wieder. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, weil wir wieder ein Geld haben!“) Ja, ich möchte das sagen, das ist ja aner kennenswert, daß damals unter dem Gebot der leeren Kassen hier der Versuch – der erfolgreiche Versuch – unternommen worden ist, wieder Geld hereinzubekommen. Ich war der Meinung, und das sind zwei Punkte, die ich damals kritisiert habe, daß erstens der Eigenheimbau, also der Bau in der Gruppe, weitgehend erschwert worden ist, weil für mich – und das sage ich auch ganz deutlich – der umfassende Zugriff durch die Banken nicht wünschenswert ist. Ich meine, ich weiß schon, daß eine Regionalbank da hier eher bereit ist, Nachsicht zu üben. Aber ich habe auch schon sehr oft erlebt, daß die Leute gesagt haben „jetzt läuft alles über die Bank, wenn ich jetzt dann Schwierigkeiten habe, dann gibt es kein Land und keinen Geldgeber“, wobei ich das gar nicht personifizieren will auf den Landesrat Schmid oder auf sonst jemanden, aber es gibt keine Stelle, wo ich sagen kann „naja, hier kann man Erleichterung erzielen“. Und ich als Richter habe in Zwangsversteigerungsverfahren oder in anderen Exekutionsverfahren sehr oft erlebt, daß man hier einige Hilfe leisten konnte, vor allem bei Familien, die entsprechende Hilfe gebraucht haben. Und das war damals möglich, und daher begrüße ich diesen Schritt oder diese Reparatur, die schon erfolgt ist.

Aber der Kollege Heibl hat es ja gesagt, der Bau in der Gruppe ist sicherlich ein Weg, der aus der Sicht der Raumordnung akzeptabel ist. Und eines – und das hat der Kollege Majcen gesagt –, und ich habe mit Wohnungsuchenden ja auch zu tun gehabt, ich persönlich glaube, daß dem Steirer, wenn er die Frage gestellt bekommt, Mietwohnung oder Eigentumswohnung, wobei das in Wien sicherlich anders aussieht, aber daß er im Zweifel sich eher für die Eigentumswohnung entscheidet und daß diese Zwischenlösung über den Kauf der Mietwohnung – du hast es ja erklärt anhand der Zahlen – eben nicht das ist, was den Menschen entspricht. Und wir selbst haben das auch gemerkt – ich weiß nicht, wie es in der Obersteiermark ist, sicherlich etwas anders –, aber bei uns in der Oststeiermark haben wir versucht, das mit einem Mietwohnungsmodell zu realisieren, aber das Interesse war relativ gering.

Und ein Zweites, was auch zur Frage der Wohnungsbeihilfe noch gesagt werden muß, Herr Landesrat Schmid. Ich habe halt bei manchen Eröffnungen oder Übergaben von Wohnungen sehr häufig erlebt, daß dort – und Gott sei Dank, ich schließe jetzt bei dem an, was ich vorher gesagt habe, was die Wohnungsbeihilfen betrifft – die Wohnungsschlüssel übernommen wurden von sechs Einzelpersonen, meist in dem Fall von Frauen, Gott sei Dank, das waren die Wohnungseigentümer, und im Hintergrund, drei Meter dahinter, sind immer die Freunde oder Lebensgefährten gestanden, weil einfach der Erwerb der Wohnung in dem Fall nicht erschwänglich gewesen ist. Ich will da hier jetzt gar keine Interpretation vornehmen, aber das ist eben die Realität.

Daher glaube ich, daß wir diese Frage, wie weit wir den Wohnungsbau wieder forcieren, daß wir hier dringend zu einer Reparatur kommen sollten – und der Kollege Heibl ist ja da Experte. Ich brauche seinen Vorschlägen jetzt im wesentlichen nichts hinzuzufügen. Ich bin auch der Meinung, daß hier Arbeitsplätze, was ja auch wichtig ist, geschaffen werden können. Aber das Ei des Columbus ist bis heute noch nicht gefunden worden, daß man auf der einen Seite den Bedarf der jungen Menschen deckt, auf der anderen Seite hier als öffentliche Hand diese Bedürfnisse befriedigt.

Und ein Letztes, Herr Landesrat Schmid, auf das ich auch hinweisen möchte. Die Frage des Wettbewerbes, die Frage der Esthetik, wobei mir schon bewußt ist, und es wird ja immer eingewendet, daß natürlich Wettbewerbskosten sich dann dazuschlagen, mir sagt man, daß unter Ihrer Leitung diese Wettbewerbe zurückgedrängt worden sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Vervielfacht! Wer redet denn diesen Blödsinn?“) Nein, es ist kein Blödsinn, ich sage es nur. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer sagt das? Vervielfacht!“) Ich sage nur die Kritik. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich will dich nicht kritisieren, ich stelle nur sofort richtig!“) Ich lasse mich gerne richtigstellen. Und da bin ich ja deswegen auch ein bißchen skeptisch. Ich weiß nicht, ob du das kennst in Fürstenfeld, aber das wird ja kein Einzelschicksal sein, da ist eine Siedlung gebaut worden, das war ein Wettbewerb, daher bin ich da sehr skeptisch, obwohl die Architekten immer zu wenig Wettbewerb haben. Da ist also eine Siedlung gebaut worden – Kollege Majcen, du

warst in der Jury – ich stelle fest, daß in ganz Fürstentfeld das als Seilbahnbergstation bezeichnet wird, auch von den Betroffenen. Hast du auch eine Seilbahn gekriegt? Naja, ich bin schon fertig, ich habe fast überzogen.

Abschließend, ich selbst bin froh und ein bißchen stolz darauf, daß ich damals bei der Abstimmung, Kollege Riebenbauer, als einziger dagegen gestimmt habe, weil ich gesagt habe, der Eigenheimbau, der Bau in der Gruppe, ist für die Gesellschaft etwas Wertvolles, weil der Fleiß und der Einsatz der Verwandten ist wichtig. Das haben wir heute oder gestern diskutiert beim Kanal, bei diesen Projekten der Kleinkläranlagen, und ich glaube einfach, die Gesellschaft kann darauf nicht verzichten. Und ich glaube, man sollte Fehler, die passiert sind, rückgängig machen, und auf der anderen Seite sollte man auch nachdenken, wie Eigentumswohnungen von der Rückzahlung her in Zukunft auch wieder erschwinglich werden sollten. Anerkennenswert ist, daß Gott sei Dank wieder ein Geld vorhanden ist, weil sicherlich die Politik der vergangenen Jahre damals bewirkt hat, daß das Gebot der leeren Kassen diktiert hat. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 20.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich. Das Wort ist ihm erteilt.

Abg. Schleich (20.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat!

Wenn ich zum Wohnbau Stellung nehme, dann beginne ich gleich bei den Mietkaufwohnungen, die derzeit ja, glaube ich, die einzige Möglichkeit sind, die in der Praxis auch noch angenommen wird und derzeit durchführbar ist. So glaube ich aber, daß wir sehr wohl auch hier eine Justierung vornehmen müssen, weil einfach die Leute, wenn sie sich es durchrechnen lassen mit ihrem Einkommen und ihren Möglichkeiten, dies in Anspruch zu nehmen, zu sehr verunsichert sind. Erstens ist es einmal die 4-Prozent-Wertsteigerung, die mit Sicherheit zu hoch ist. Ich verstehe schon, daß man sie fix festlegen muß, und nicht dem Index anpassen kann, da das sonst von der Verrechnung her eine schwierige Sache wäre, aber ich glaube, 3 Prozent wäre mit Sicherheit auch genug, denn 4 Prozent ist derzeit weit darüber. Und wenn das jemand die nächsten Jahre vorausrechnet, und keiner weiß, wie die Lohnsteigerungen sind, ist das schon einmal ein großer Unsicherheitsfaktor beim Mietkauf. Aber ich glaube, es muß auch festgelegt werden. Und das ist auch einer der Unsicherheitsfaktoren, die man einfach in der Praxis hört.

Wir sind gerade bei Wohnungsvergaben, wenn man 50 Bewerber hat und sieht, daß maximal zehn überbleiben, ich glaube, da muß man schon nachdenken, warum das so ist. Es ist natürlich klar, die Leute melden sich in verschiedenen Orten an und gehen dann dort hin, wo zuerst gebaut wird. Das ist uns alles bewußt. Aber die Leute sind verunsichert. Und ich glaube, man muß auch regeln, was bezahlt der in zehn Jahren, denn die Unsicherheit, daß es dann ein Bezirksrichter schätzt und daß er nicht weiß, wie hoch das dann sein wird, und sich jetzt für einen Mietkauf entscheidet, ist einfach zu groß. Ich glaube, hier muß

man Möglichkeiten schaffen, um auch dem Wohnungswerber eine gesicherte Zukunft in Aussicht zu stellen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Bundesgesetz!“) Ja, aber jeder weiß, Herr Landesrat, daß man auch unter der Voraussetzung eines Bundesgesetzes eine Möglichkeit schaffen kann, um hier, ich weiß schon, wegen der Mehrwertsteuer, eine Möglichkeit zu finden, um – es muß ja in unserem Sinn sein – das umsetzen zu können. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist ein Unsinn, das Bundesgesetz mit dem Verkehrswert. Ich bin übermorgen beim Kurtl Eder zum Beispiel, um in dieser Richtung zu verhandeln, bei eurem Obersprecher in der Fraktion!“) Ich hoffe, daß sich hier auf jeden Fall etwas ändern läßt. Wir alle wissen, wir brauchen eine Änderung.

Ich glaube, es beweist uns ja wirklich, wenn wir sehen, daß wir Geld haben und die Leute das nicht in diesem Sinn in Anspruch nehmen, wie wir es uns eigentlich alle wünschen würden. Denn ich glaube, bei 45.000 Wohnungsuchenden und bei einer Milliarde auf der Kante, muß man sich überlegen, ob man nachjustieren muß oder nicht, daß die Leute das annehmen. Ich glaube, da braucht man nicht viel an Intelligenz, daß hier etwas geändert werden muß.

Ich glaube auch, daß man auf jeden Fall beim Häusbauer und auch beim Bauen in der Gruppe sich etwas einfallen lassen muß, denn ich komme ja immerhin aus einer Region, wo wir in der Nähe das Burgenland haben. Und die Leute verstehen bei uns wirklich nicht, wenn der fünf oder zehn Kilometer weiter ist, daß der eine ganz andere und eine wesentlich höhere Förderung bekommt als bei uns. Früher war das vielleicht nicht so kraß, aber nachdem jetzt das Burgenland auch Ziel-1-Gebiet ist und man dort Hunderte Arbeitsplätze schafft, ist das eine Abwanderung in Richtung Burgenland, die wir uns vor ein paar Jahren wohl nicht erhofft und die wir auch nicht geglaubt haben. Ich glaube, hier muß man auch den Wettbewerb als Steirer, und hier sind wir ja im Steiermärkischen Landtag, antreten.

Ich habe auch die Praxis in meiner Gemeinde durchgeführt, so daß wir zwei Grundflächen mit Verbauungsplan festgelegt haben und beide Grundstücke bereits fast zur Gänze verbaut sind; das eine mit zehn Häusern und das zweite mit acht, wo bereits fünf in Bau sind. Aber auch hier muß man feststellen, wir müssen uns etwas anderes einfallen lassen. Erstens gefällt es mir, daß wir jetzt wieder bei den 800 Quadratmetern sind, weil die 600 Quadratmeter waren zu klein, vor allem wenn es eine Hanglage ist. Aber ich glaube, hier muß man auf jeden Fall auch an der Förderung etwas ändern. Denn wir müssen die Leute einfach motivieren, daß sie bereit sind, in eine solche Verbauungsplanplanung einzusteigen, im Bauen in der Gruppe. Eben, daß wir Grundstücke sparen und auch dem Ortsbild wirklich etwas zuführen, was wir brauchen.

Ich möchte auch, weil das vorher gerade gefallen ist vom Kollegen Wabl, den Architektenwettbewerb ein bißchen ins Licht führen. Also ich habe eine positive Einstellung in meiner Gemeinde dazu erfahren können, obwohl ich vorher total negativ eingestellt war. Das muß ich ganz offen sagen. Aber ich habe ein Glück gehabt, daß ein Architekt dabei war, von diesen dreien, die dort das angeboten haben, der wirklich

eine hervorragende und gute Lösung gebracht hat. Aber wenn ich mir davon einen Architekten anschau, der dort ein Haus mit einem Glasdach vorgestellt hat, transparent, daß man eben hineinsieht, da muß ich wirklich fragen, ob solche Dinge im Wohnbau überhaupt tragbar sind. Ich lasse mir das schon gefallen, wenn es eine andere Architektur ist, aber der Wohnbau soll ja auch billig und günstig sein. Ich glaube, hier muß man sicher auch mit mehr Richtlinien hineingehen, daß es zu solchen Dingen nicht kommt. Weil was hätten wir dort gemacht, wenn zum Beispiel alle drei Architekten solche Ideen gehabt hätten? Dann hätten wir wahrscheinlich einen Bau wie in Tieschen, das fällt mir gerade ein (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist vor meiner Zeit!“), so wie in Tieschen, weil in Tieschen haben wir zum Beispiel einen Bau, da glaubt auf jeden Fall, es könnte alles sein, aber mit Sicherheit kein Wohnhaus. (Beifall von Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.)

Bad Gleichenberg ist auch so ähnlich, wo mitten im Kurort, wo ich wirklich wunderschöne Häuser habe – ich weiß, das ist von einem Architekten aus Feldbach geplant –, auf einmal ein Dach ist mit einer Gegenneigung, das ganz anders aussieht. Ich glaube, das dient nicht unbedingt dem Ortsbild und vor allem nicht dem Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, wenn dann irgendeine Kleinigkeit, die er anders bauen will, für ihn nicht geht. Oder wie in der Raumordnung, er darf kein Haus bauen, und dort steht etwas, was überhaupt nicht dazu paßt.

Ich glaube, wir sind alle Politikerinnen und Politiker, die draußen mit der Praxis leben müssen, das auch vertreten müssen, und damit auch aufrecht durch das Land gehen sollten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich glaube, das wollen auch Sie, Herr Landesrat, und dahin gehend bitte ich Sie, daß wir hier eine vernünftige Lösung finden, denn ich glaube, ich will es nicht, und Sie werden es nicht wollen, daß die Leute sagen: „Der Landesrat für Bauen ist eigentlich ein Sparvereinsobmann, weil er hat eine Milliarde Schilling, und wir haben keine Wohnungen.“ Das soll nicht passieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Abschluß der Debatte zum Wohnbau bitte ich nun Herrn Landesrat Schmid um seine Meinung.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (20.35 Uhr): Lieber Herr Bürgermeister, Tieschen stammt nicht aus meiner Zeit, das vorweg!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich möchte vorweg, bevor ich auf die Wortmeldungen eingehe, eines zur Klarstellung festhalten:

Wir haben uns mit dem Herrn Finanzreferenten in puncto Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes, „Entnahme der Zinsen zur Abdeckung anderer Begehrlichkeiten“ geeinigt. Es wurde aus der Sicht des Bundeszweckzuschußgesetzes eine Regelung getroffen, und auf Grund dieser Tatsache ist die budgetäre Summe in Ordnung. Ich sage das in Dank und Anerkennung an die Verhandlungspartner Joachim Ressel und Herbert Paierl. Hier auf dieser Ebene

haben wir zunächst eine Lösung gefunden. Ich hoffe, daß sie als solche auch hält; bezweifle allerdings, und damit steige ich jetzt schon in die gesamte Debatte ein, daß sie eigentlich das Wohlbefinden der Damen und Herren Abgeordneten erreicht.

Und da als Einstieg auch eines. All das, was heute hier gesagt wurde, kann und könnte der Landesrat Michael Schmid aus vollem Herzen vertreten. Nur, damit das einmal klar ist: Wenn der eine auch die Mehrwertsteuer wieder gefördert haben will, der andere die Direktdarlehen im Wohnbau, 20 Jahre Direktdarlehen bei umfassender Sanierung, Erhöhung der Wohnbaubeihilfentabelle, Weglassung der Wertsicherung – alles, was hier gefordert wurde, was hier vorgeschlagen wurde, kann von mir voll unterstrichen und voll unterstützt werden. Nur, bitte schön, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, ihr klatscht, wenn man sagt, die Wohnungen sind zu teuer (Abg. Gennaro: „Sie sind auch zu teuer!“), und ihr klatscht nicht, wenn man sagt, wir könnten das alles so gemeinsam machen, aber ich komme ganz sachlich auf das Ganze zurück.

Ich halte noch einmal fest, oder, ich wiederhole das eine oder andere seriöserweise: 1991 gab es 1,6 Milliarden Verschuldung des Wohnbautopfes, 1,4 Milliarden waren nicht bedeckt – es haben also 3 Milliarden Schilling gefehlt. Für diesen Fehlbestand im Budget nehme ich nicht an, daß irgend jemand den Landesrat Schmid verantwortlich macht. Es hat damals wie heute die große Koalition gegeben. Und wir haben zum Beispiel, lieber Martin Wabl, du hast darauf hingewiesen, Wartezeiten auf das Direktdarlehen beim Einfamilienhaus von eineinhalb bis zwei Jahren gehabt. Das heißt, dieser Laden ist gestanden. Nur im Klartext. Und ich bin, augenscheinlich Schicksal der Freiheitlichen, so wie Hans-Jörg Tengg beim Konsum, als Pleiteverwalter eingetreten, und da haben wir gemeinsam geschaut, daß wir dieses Schiff wieder flottbekommen. Ich habe dem Hohen Landtag und vielen Abgeordneten, die damals da hier gesessen sind, einen Sanierungsvorschlag gemacht, den Sie alle beschlossen haben – Herr Mag. Erlitz im besonderen. Und was ich jetzt dazu sage zu dem Gesetz (Abg. Mag. Erlitz: „Jetzt sind wir schon im Jahr 1996!“), ist nur, daß ich dem einen oder anderen erkläre, was er damals beschlossen hat – er scheint es nicht zu wissen. Ich erkläre, was damals beschlossen wurde, um diese Pleite, die da hier war, zu sanieren. Dem Martin brauche ich es nicht zu erklären, er war dagegen, er hat vorhin gesagt, die Leute wandern ins Burgenland aus. Ich erinnere mich sehr genau. Aber ich erkläre euch, was ihr beschlossen habt auf Grund meines Vorschlages.

Da war zum Beispiel die Wertsicherung als eine Möglichkeit. Die Wertsicherung, daß das Geld, das zurückläuft, auch für die nächste Generation wieder zur Verfügung steht. Wir haben damals 4 Prozent angenommen, im Verordnungswege anpaßbar. Ich wechsle es monatlich, wenn Sie es wollen. Monatlich, ein Prozent, 2 Prozent, mache jedes Mal eine Zeitungsannonce „Landesrat Schmid senkt die Zinsen“, bin sofort damit einverstanden, senken wir es. Ich bitte euch nur alle, die ihr da jetzt sitzt und das verlangt, gebt den Treueschwur ab, wenn die Inflationsrate schlagartig hinaufgeht, wenn die Zinsen hinaufgehen, daß ihr mit derselben Vehemenz wie das Absenken

wieder das Anheben der Zinsen verlangt. Wenn wir uns darauf einigen, passen wir es monatlich an, es ist kein Problem.

Aber ich sage jetzt noch zu dieser Diskussion, und vielleicht paßt ihr ein bißchen auf, weil die ganze Geschichte sollte ja wirklich einmal versachlicht werden. Zur allgemeinen Dramatik dieser 4 Prozent. Es gibt sehr wenige bis dato übergebene Mietkaufwohnungen, die das überhaupt betrifft. Und jene Leute, die Wohnbeihilfe kassieren, merken es nicht.

Nächster Punkt, der hier angesprochen wurde, ich habe mir da noch einiges aufgeschrieben, weil ich darf euch auch erinnern, wenn ihr das Gesetz beschließt, und ihr habt ja sogar inseriert: „Peter Schachner hat ein neues Wohnbaugesetz gemacht“, Landeshauptmann Krainer hat ebenfalls inseriert: „Wir haben den Wohnbau wieder flottgemacht.“ Das nur zur Erinnerung, Herr Abgeordneter Erlitz. (Abg. Mag. Erlitz: „Das bestreitet ja niemand, Herr Landesrat!“) Ich erkläre es Ihnen. Schreien Sie nicht, hören Sie zu, dann werden Sie das nächste Mal was Vernünftiges sagen, nehme ich an. Ich erkläre Ihnen das Gesetz, das Sie beschlossen haben, noch einmal. So die Wohnbeihilfentabelle, alles in Ordnung. Der Vorschlag, den die Sozialdemokratie eingebracht hat, zwei Stufen zu erhöhen, wir haben das durchgerechnet, kostet also weit über 100 Millionen Schilling, aber er hat ein Problem bitte. Er hat wirklich ein Problem. Daß dem echt sozial Schwachen, der 12.000 Schilling hat, etwa 100 Schilling mehr gegeben werden, und dem, der 26.000 bis 27.000 Schilling verdient, dem werden um 700 bis 800 Schilling mehr gegeben. Ich weiß nicht, ob das unbedingt im Sinne einer Sozialdemokratie ist, im Sinne eines sozialen Denkens. Ich habe ja schon vorgeschlagen in Gesprächen auch mit eurem Vorsitzenden, wir sollen darüber nachdenken, weiter in die Bemessungsgrundlage zu gehen, wie zum Beispiel bei Lehrlingsentschädigungen – wir haben einen ersten Schritt gemacht, daß sie nicht angerechnet werden.

Herr Abgeordneter Purr, ich weiß, du bist mit dem Wohnbau zufrieden, aber es sind einige da, die wollen etwas darüber hören, ich bitte dich daher ein bißchen um Aufmerksamkeit. Weil da geht es um einen sachlichen Vorschlag, gehen wir in Bemessungsbereiche. Frauen, denen der Unterhalt, die Alimente als Einkommen angerechnet werden, dort liegen die Probleme bei den wirklich sozial Schwachen. Daher habe ich auch bewußt applaudiert, wie der Herr Abgeordnete Heibl gemeint hat, daß wir einen Mietenhärte-Ausgleichsfonds machen sollten. Ich habe den auch vorgeschlagen, daß wir wirklich gezielt helfen können. Aber ich hebe selbstverständlich in Ihrem Auftrag die ganze Wohnbeihilfentabelle an. Ich möchte in diesem Zusammenhang eines auch erwähnen, was heute hier nicht gesagt wurde, und anhand eines Beispiels erklären, das sind die Betriebskosten für Wohnungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich heute eine Familie mit vier Personen, also mit zwei Kindern, etwa 14.000 Schilling Einkommen und eine 90-Quadratmeter-Wohnung habe. Er zahlt für die Wohnung zirka 500/550 Schilling statt 6300 Schilling bei 70 Schilling abgesenkt, aber er zahlt halt schon über 3000 Schilling Betriebskosten, wo ihm niemand hilft. Das ist ein Problem, das wir mit Sicherheit auch

bei allen Zusätzen, die wir hier machen, über die Wohnbauförderung nicht regeln können. Daher müssen wir auch darüber nachdenken, wenn wir in allen Abgaben und Betriebskostenbereichen, ich rede jetzt nicht vom Wasser – und das, was Sie sagen, Herr Kollege Getzinger, daß man mit Wasseruhren Bewußtseinsbildung schafft, daß sie weniger brauchen, bin ich bei Ihnen, ich werde auch das Ganze weitergeben, der Kollege Grabner, der das Ganze gleich umsetzen kann, sitzt ohnedies neben Ihnen. Aber sind wir einmal ehrlich, schauen wir uns die Dinge genau an, wir sind im Betriebskostenbereich. Wir hören immer, die Wohnungen sind soviel teurer geworden. Ich glaube, mit dem Hinweis und gleichzeitig den Mietkauf zu kritisieren und die Mehrwertsteuerförderung zu verlangen, muß man das einmal auf den Punkt bringen. Früher, bei einem direkten Erwerb des Eigentums, mußte ich zumindest die Grundstückskosten vor Bezug der Wohnung auf den Tisch legen, zumindest vor Bezug die Grundstückskosten. Die haben wir jetzt auf zehn Jahre aufgeteilt, das heißt, ich steige – und genau das ist für den sozial Schwachen das Wichtige – unmittelbar billiger ein. Wir haben dort durch den Entfall der Mehrwertsteuer von oben gerechnet um 16,7 Prozent die Kosten verbilligt.

Und jetzt zu einer weiteren Zahl. Ich habe also in Inseraten gelesen: „Vorschlag Dr. Schachner, Quadratmeterpreise bei Wohnungen auf 16.000 Schilling abzusenken.“ Hört's ein bißchen zu, damit ihr das nächste Mal nicht wieder so einen Inseratenfehler macht! Wir haben das letzte Projekt von der ÖWG abgerechnet mit 14.600 Schilling. Also wir bauen ja schon viel billiger, als ihr absenken wollt, in jenen Bereichen, wo wir dichter bauen. Das nur zur Information, ich kann dir die Abrechnung auf den Tisch legen. Es handelt sich um ein Projekt mit 60 Wohnungen, das heißt, wenn wir größere Kubaturen haben, vernünftige Bereiche, können wir auch billiger bauen. Nur, wenn wir die Mehrwertsteuer wieder dazunehmen – ich werde gerne diesen Antrag auch für euch formulieren –, ihr braucht es nur zu beschließen, bedecken müssen wir es dann auch noch. Aber ich werde damit kein Problem haben. Das heißt, daß durch diesen Mietkauf bitte der Einstieg in die Wohnungen nicht teurer geworden ist, und es sind ja auch die Quadratmeterpreise gegenüber vor 1. Jänner 1993 noch nicht angehoben worden, also 70 Schilling in etwa, die Inflationsrate dazukommt. Und da haben Sie jetzt in einem Punkt sicherlich recht. Wenn der Bundesgesetzgeber uns vorschreibt, daß nach zehn Jahren der Erwerb nach dem Verkehrswert berechnet wird, gleichzeitig aber die gemeinnützigen Bauträger die Verpflichtung haben, nicht unter dem Verkehrswert abzurechnen, gibt es einen Gesetzeswiderspruch. Den gilt es, vom Bund zu beseitigen, und ich habe schon im Zwischenruf erwähnt, ich bin sogar am Freitag beim Abgeordneten Ing. Kurt Eder, das ist der Bautensprecher der SPÖ im Nationalrat, um auch darüber zu diskutieren.

Aber daß die Wohnungen und der Einstieg soviel teurer geworden sind, das ist einfach eine unrichtige Behauptung. Da bitte ich schon um eines, bei aller Polemik; und wir wissen ja, wie die Wohnbaudiskussion entstanden ist. Sie war eine Racheaktion zur Spitalsdiskussion, das hat man mir ja ehrlich

gesagt. Aber gut, jetzt debattieren wir das. Aber, wie gesagt, wir ändern alles. Ich werde die Anträge formulieren. Und jetzt sage ich euch eines, ich habe sie schon einmal formuliert. Und ich habe aber ehrlicherweise den Bedeckungsvorschlag dazu gemacht. Ich habe also die Werbeinserate der Sozialdemokratie zum Regierungsantrag erhoben, die Größenordnung: etwa eine Milliarde jährlich mehr. Das rechnen wir durch, und dann kommen also deine Forderungen mit der Mehrwertsteuer noch dazu. Ich stelle liebend gerne diesen Antrag, ich sage nur noch einmal: Ich erkläre euch jetzt, wie es zu dieser Situation gekommen ist, was ihr beschlossen habt, wofür ihr Inserate eingeschaltet habt, wie gut ihr seid. Wenn ihr jetzt die Lust darauf habt, das wieder zu ändern, daß wir zu den alten Systemen kommen, ich bin bitte wirklich der erste, der dem zustimmt. Ich habe ja überhaupt kein Verständnis dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich als Landesrat, der sich hier bemüht, in der Sache wirklich eine Situation zu schaffen, die jetzt nicht nur dem wohnbaupolitischen Verkauf dient, sondern die auch der Sanierung des Landesbudgets dient, immer meinen Schädel dafür hinhalten zu müssen. Sind wir uns einmal im klaren darüber. Auch die 4 Milliarden Schilling, die der Wohnbau bis dato in diesen vier Jahren dem Landesbudget erspart hat – gegenüber dem alten Gesetz –, sind irgendwo anders zerronnen. Und der Landesrat Schmid soll sich hinstellen und sagen, ich verteidige das System? Nein, ich mache es doch gleich wie eure Freunde. Ich gehe herum und sage, ich brauche da noch ein Spital, ich brauche da noch das und das, und jetzt gebt mir das Geld! Ich weiß nicht, ob das Landesbudget das Ganze aushält. Ich habe eine kollektive Verantwortung in dem Bezug wahrgenommen. Und ich kann euch auch die Wortmeldungen hier im Hohen Haus von Joachim Ressel – auch noch jüngeren Datums –, vom Finanzlandesrat, bringen, wo er gesagt hat, hier ist der einzige Bereich, wo nachhaltig gespart wird. Aber werfen wir das um Gottes Willen doch über Bord! Ich bin der erste, der euch auch die entsprechenden sachlichen Tips dazu geben kann, wie man also diese Neuformulierung machen kann. Naja, ich werde mich dazu schon auch melden, es ist ausführlich der Bericht auch in der Generaldebatte drinnengewesen, daß ich das einmal klarstellen muß. (Abg. Riebenbauer zeigt auf seine Uhr!)

Und da brauchst du jetzt nicht auf die Uhr zeigen, weil ich nehme euch jetzt beim Wort, und wir werden all diese Anträge diskutieren. Wir werden sie auch berechnen. Und das zur Milliarde, die ich habe. Soweit ich informiert bin, sind Sie Mathematiker, Herr Abgeordneter Erlitz, und Sie haben mitbeschlossen, daß alle Maßnahmen, die der Wohnbau trifft, nachweislich auf sich gesehen, schauen Sie das Wohnbaugesetz an, zu keiner Belastung des Landes führen. Sie werden als Mathematiker wissen, was Annuitätenzuschuß und Direktdarlehen heißt, und Sie werden als Mathematiker wissen, daß sich Annuitätenzuschüsse kulminieren. Nehmt's mir bitte den Satz heraus, daß ich den Nachweis auf eine längerfristige Nichtbelastung des Landesbudgets streichen darf und jeden Schilling, den ich habe, sofort hinauswerfen darf. Ich bin der erste, der das Ganze macht.

Dann noch eine Zahl, Herr Kollege Erlitz, weil Sie gesagt haben, oder auch der Herr Klubobmann Flecker, der soeben eingetroffen ist, ich soll bauen. Flecker, Kurtl Flecker, habe ich gesagt – (Abg. Dr. Flecker: „Ich stehe die längste Zeit da!“) ja, der Kurtl ist da, ich erkläre nur etwas. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Kannst du selber rechnen?“) Lieber Herr Handelsminister oder -rechtler oder was immer, ich habe zumindest ein Diplom dafür bekommen und habe meine Prüfungen abgelegt. Aber ich werde euch jetzt eine Liste vorlegen, oder meinst du, daß ich dich auch aufklären muß, was Annuitätenzuschuß heißt, das wäre, glaube ich, abendfüllend. Okay! Aber ich antworte darauf, daß wir zu wenig bauen. Und der Kurtl Flecker hat ebenfalls gemeint, wir bauen zu wenig.

Ich habe vor zweieinhalb Jahren vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei eine Liste bekommen für 2516 Wohnungen für sozialdemokratische Genossenschaften. Einer davon, ein Direktor, ist da. Und ich bin selber über das Ergebnis, was bis heute davon umgesetzt wurde – es schaut auf der anderen Seite nicht viel anders aus –, zutiefst betroffen. Jetzt sage ich Ihnen, von den 2516 wurden von diesen Genossenschaften bei uns bis heute 1731 noch nicht eingereicht. Wir haben durch Sondermaßnahmen, Arland und so weiter, das ganze Programm aufgefüllt, und wir haben schließlich, auch wenn es immer heißt, es wird zu wenig gebaut – Forschungsstudie Joanneum Research, vertrauenswürdig –, 23 Prozent mehr gebaut. Nicken Sie jetzt nicht, Herr Abgeordneter Erlitz, wenn Sie diese Behauptungen aufgestellt haben, ich muß sie beantworten, ich möchte es klarstellen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nicken tun wir, solange wir wollen, und nein- oder ja sagen tun wir auch, solange wir wollen!“) Ja, aber ich stelle fest, daß inhaltlich das Nein falsch ist – das darf ich auch, sind wir uns einig, okay, gut. Nein, dieses Ergebnis ist vom Joanneum Research, und wenn Sie es anzweifeln, dann müßte das der Herr Prof. Schachner, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, dort überprüfen. Das sind die bauwirksamen Kosten.

So, und jetzt bitte zum Schluß kommend. Ich habe schon mein Problem damit, wenn immer wieder Behauptungen aufgestellt werden. Und ich sage es noch einmal, alles, was hier von euch vorgeschlagen wird, kulminiert durch andere Vorschläge, führe ich liebend gerne durch. Ich weiß nicht, ob du schon da warst, ich habe auch nicht die geringste Bereitschaft, meinen Schädel dafür hinzuhalten, daß ich hier im Gesamtinteresse auf die Gesamtfinanzen schaue, wir machen alles. Ich sage es noch einmal. Und wenn wir da aber als Schmierenkommödianten, Herr Kollege Erlitz, in Ihrer Kritik, in Ihrer Wortmeldung, bezeichnet werden, dann müssen wir schon aufpassen, daß wir dieses wirklich ernste Thema für die Wirtschaft und für die Wohnungsuchenden nicht zu einem Kasperltheater machen. (Abg. Mag. Erlitz: „Das Kasperltheater habt ihr inszeniert, wo ihr ausgezogen seid!“) Und wenn Sie die Frau Kollegin Hartinger gefragt haben, was Sie zum Spitalbereich sagen sollen, weil Sie sich nicht auskennen, das war gescheit. Sie kennt sich wirklich aus. Wenn Sie das nächste Mal zum Wohnbauthema etwas sagen wollen, fragen Sie bitte schön auch zuerst uns. Dann werden Sie sich in dem

Thema auskennen und nicht Gefahr laufen, daß Ihre Wortmeldungen zu Kasperls Abenteuer werden. Das ist nur jetzt einmal zur Klarstellung, weil wir sollten uns hier auf den Boden der Tatsachen begeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bedanke mich herzlich bei den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 14, die in eben solcher Gewissenheit, wie es erforderlich ist, die Gesetze, die hier von Ihnen beschlossen sind, aber augenscheinlich jetzt nicht mehr gewollt werden, verfolgen. Auch die Mitarbeiter in der Rechtsabteilung 14 werden sich darüber freuen, wenn sie zukünftig 6 oder 7 Millionen bekommen und jedem einzelnen, der hier ansucht, besser entgegenkommen, freundlichere Gesichter sehen werden. Wir stehen Gewehr bei Fuß! Präzisieren Sie die Vorschläge, ich bringe die Anträge ein, beschließen wir es. Dann werden wir das gemeinsam uns anschauen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 20.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung, Ansatz 48, liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort, sofern er darauf Wert legt.

Abg. Majcen: Ich verzichte darauf!

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Er verzichtet darauf, danke.

Ich werden nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 (Ansatz 48) des Landesvoranschlages 1996 und zweitens über den Antrag des Berichterstatters zum zweiten Teil der Gruppe 4 (Ansatz 48) des Landesvoranschlages 1997.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 (Ansatz 48) des Landesvoranschlages 1996 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 (Ansatz 48) des Landesvoranschlages 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen nun zur Gruppe 3.

Ich höre gerade, daß zuerst die Gruppe 4 fertig gemacht werden soll. Wir kommen nun zum ersten Teil der Gruppe 4, und ich erteile der Berichterstatterin, Frau Abgeordneten Barbara Gross, zum ersten Teil der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ das Wort. Vorher hat sich aber der Herr Abgeordnete Wabl zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (20.57 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben gestern in der Präsidiale eine lange Diskussion gehabt. Wir waren uns einig, und das ist auch einvernehmlicher Wille gewesen, daß wir heute um zirka 21.30 Uhr aufhören. Vielleicht noch eine viertel oder eine halbe Stunde zusetzen. Wir, die kleinen Fraktionen, und ich bitte da hier um Verständnis, haben einfach schon relativ viele Wortmeldungen und viel Engagement hinter uns. Und das soziale Thema war ein Thema, das am Montag die Stadt Graz beherrscht hat. Es hat die Demonstration der Behindertenverbände gegeben. Es hat die Demonstration im Landhaushof gegeben. Und heute hat die Frau Landeshauptfrau Klasnic mit Behinderten gesprochen, die ursprünglich geglaubt haben, daß das soziale Thema, vor allem auch die Gesetze, hinterher behandelt wird. Wir waren uns schon einig, daß wir jetzt noch über den Bereich Kultur diskutieren. Und der Kollege Flecker hat jetzt gesagt, naja, die zwei stärkeren Fraktionen sind sich einig, wir wollen das jetzt durchziehen.

Ich glaube, daß die soziale Frage eine so wichtige ist, daß wir nicht heute jetzt um 9 Uhr bis 11, 12 Uhr, zu später Stunde, diese behandeln sollen, wo uns allen bewußt ist, daß jeder einzelne gar nicht mehr bereit ist, sich mit der Tragweite zu beschäftigen. Ich appelliere daher im Sinne dieser Geschäftsordnung und im Sinne der Einigung vor allem. Und ich fühle mich auch als Klubobmann gefrotzelt – der Kollege Brünner war dort auch dabei. Wir haben ausdrücklich gesagt, daß wir über die sozialen Probleme morgen diskutieren, daß wir damit morgen beginnen. Wir waren auch bereit, Herr Landesrat Schmid, zu sagen, wir machen heute den Wohnbau, weil du morgen verhindert bist. Weil du morgen verhindert bist, haben wir den Wohnbau vorgezogen. Wir haben gesagt, diesen Teil machen wir heute. Aber ich appelliere an die Verantwortlichen, die Präsidiale existiert ja an sich nach der Geschäftsordnung nicht, daß wir diese wichtige Frage, wo in der Steiermark durch die Novellierung der Gesetze und auch durch die Budgeteinsparungen so viel in Diskussion steht. Und ich erinnere noch einmal daran, daß das viele Menschen bewegt, daß wir das morgen machen. (Abg. Tasch: „Wir sind das Arbeiten gewöhnt!“) Kollege Tasch, ich bin das Arbeiten gewöhnt, das halte ich mit dir leicht aus. Und ich habe in dem Haus schon genug gearbeitet, da kannst du dir sicher sein.

Ich appelliere nur, das steht mir zu, Kollege Schützenhöfer, ich war einer, der in der Präsidiale immer konsensbereit war, aber wir haben gebeten darum, und wir haben gute Gründe dafür angesichts der Wichtigkeit – und Kollege, du bist auch einer, der dem sozialen Thema besondere Bedeutung beimißt. Und ich meine, daß das soziale Thema so wichtig ist. (Abg. Tasch: Wieso, sind wir heute weniger sozial als morgen in der Früh?) Nein, es geht einfach um die zeitliche Abfolge. Das dauert sicher ein paar Stunden, ich sage es euch. Ich kann das nur anbringen hier. Ich möchte meine Einwendung hier einbringen. Vor allem auch deswegen einbringen, weil wir erstens einmal in der Präsidiale der Meinung waren, daß es so abläuft, und zweitens anschließend in mehreren Gesprächen der Klubobmänner uns verständigt gehabt haben. Und jetzt auf einmal hat es geheißt, die zwei Stärkeren sind der Meinung, jetzt machen wir das. Ich wehre mich gegen eine Form des Überfahrenwerdens. Ich bin

der Meinung, daß wir es einigermaßen konsensual geregelt haben, und ich bitte, daß man das so macht, wie wir es vorher besprochen haben. (21.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (21.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich halte es für frivol, daß der Herr Abgeordnete Wabl mit dem Zeitpunkt der Diskussion die Bedeutung eines Kapitels für irgendwelche Fraktionen gleichsetzt. (Beifall bei der SPÖ.)

Für uns ist die Sache so zu sehen: Wir haben in der Präsidiäle angeboten, noch die Gruppe 4 fertig zu machen. Es sind alle Fraktionen der Meinung, daß wir die Zeiten, die uns zur Verfügung stehen, nicht allzu sehr überziehen sollen. Es sind vier Fraktionen der Meinung, daß das Kapitel Soziales jetzt zu behandeln sei, und ich bringe dafür auch durchaus die Begründung. Meine Damen und Herren, wir haben die Begleitgesetze zum Kapitel Soziales bitte nach der Generaldebatte schon ausführlich diskutiert, wir haben in der dringlichen Anfrage der Freiheitlichen dieses Thema ausführlich diskutiert, und wir haben bis heute auch noch kein Wort zum Thema Kultur verloren. Ich glaube daher, daß wir diese Gruppe nicht auseinanderreißen sollen, daß wir, weil wir diese Fragen schon sehr ausführlich zu den Begleitgesetzen, nicht zuletzt auch auf Grund der Abänderung der Tagesordnung, diskutiert haben, das jetzt diskutieren sollen, und ich stelle daher den Antrag, die Gruppe 4 mit dem Thema Soziales jetzt zu diskutieren. (Beifall bei der SPÖ. – 21.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zur Geschäftsordnung Herr Landesrat Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (21.03 Uhr): Wenn es auch ungewöhnlich ist, daß ich mich zur Geschäftsordnung melde, aber anscheinend bin ich das auslösende Moment durch die Verlegung der Tagesordnung, und es weiß jeder im Haus, wie mein Wunsch begründet war, ich muß ihn also nicht extra formulieren.

Ich und meine Fraktion bedanken uns für dieses Entgegenkommen, wollen aber nicht, daß daraus jetzt eine spannungsgeladene Situation wird.

Wir sind also der Meinung, daß die Gruppe 4 – und die Frau Kollegin Rieder war ebenfalls so nett, dem Tausch zuzustimmen –, heute immer diskutiert worden wäre und daß auf Grund der Tatsache des besonderen Falles es jetzt hier nicht zu einer Uneinigkeit kommt. Das ist mein Ansuchen, vor allem an dich auch, Martin, 4 wäre heute immer diskutiert worden, vor dem Wohnbau schon, aber man hat Rücksicht auf mich genommen. Danke schön dafür, ich bitte, das so zu sehen. (21.04 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich zur Geschäftsordnung die Frau Kollegin Zitz.

Abg. Mag. Zitz (21.04 Uhr): Wir haben gestern am Abend erlebt, daß die Hauptthemen zu diesen Budget-

themen, nämlich der Sozialbereich und der Bereich der Naturabgaben, zu einer Zeit diskutiert wurden, wo viele von uns geistig nicht mehr ganz präsent waren.

Ich sehe das auch als „Entschuldigung“ für die ÖVP und für die SPÖ, die da Gesetzen zugestimmt haben, die sozialpolitisch und ökologisch in der Steiermark nachhaltige negative Auswirkungen haben werden. Ich möchte nicht, daß sich das heute abend wiederholt. Und der Antrag von Klubobmann Flecker, der vorhin gebracht worden ist, zu dem möchte ich einen Gegenantrag stellen. Es liegt ja auf der Hand, welchen: Nämlich, daß der Sozialbereich, als einer der Bereiche des Budgets, der am stärksten von Außenstehenden kritisiert worden ist, zu einer Zeit im Landtag diskutiert wird, wo ich hoffe, daß wir alle geistig halbwegs beinander sind, nämlich morgen in der Früh um halb neun! (Abg. Gennaro: „Um Gottes willen, wo sind wir denn!“) Herr Gennaro, noch einmal Ihren Zwischenruf langsam und deutlich, und nicht in der Du-Form! (Abg. Gennaro: „Sind Sie geistig nicht mehr in der Lage, dann nehme ich Ihre Wortmeldung gar nicht mehr ernst!“) Ich glaube, Sie waren gestern „geistig“ nicht mehr ganz in der Lage zu fassen, welche Begleitgesetze da beschlossen worden sind. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie sprechen zur Geschäftsordnung, und nicht zur gestrigen Sitzung, Frau Kollegin!“) Zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, daß das Kapitel Soziales morgen in der Früh als erster Punkt behandelt wird, und daß wir jetzt zurückgehen zur vorigen Gruppe, zum Kultur- und Kulturbereich. (21.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, es liegen zwei Anträge vor. Es liegt der Antrag des Herrn Klubobmanns der Sozialdemokratischen Partei vor.

Entschuldigung, es gibt noch eine Wortmeldung, der Herr Klubobmann Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (21.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß wir uns auf Grund der, ich sage durchaus Pannen, die da in den letzten Tagen in bestimmten Zusammenhängen passiert sind, gerade heute, aber auch gestern schon, ich sage nun einmal Klubobmännerkonferenz, auf eine einheitliche Vorgangsweise verständigen konnten. Wir haben heute am frühen Abend auf Grund von Terminproblemen oder Terminwünschen bestimmter Regierungsmitglieder uns gemeinsam bereit erklärt, Rücksicht zu nehmen, immer mit dem Ziel, daß es eine einheitliche Vorgangsweise gibt. Wir haben heute am frühen Nachmittag darüber geredet, daß wir uns vornehmen, bei Einhaltung der Spielregeln heute jedenfalls bis zum Ende des Kapitels 5 zu kommen. Das möchte ich sagen. Wir werden das nicht schaffen, das ist so. Aber wir sollten, wenn schon die Bereitschaft besteht – und auch das ist ja eine Bereitschaft –, die Gruppe 3 zu verschieben, damit wir heute die Gruppe 4, die angefangen ist, abschließen können, doch diesen Weg gemeinsam gehen.

Und wenn nicht nur Aktionismus dahintersteckt, dann möchte ich doch meinen, daß man um 21 Uhr

geistig in der Lage ist. (Abg. Mag. Zitz: „Bitte um eine Definition von Aktionismus; schnell, Herr Schützenhöfer, geistige Umnachtung?“) Also für den Fall, Frau Abgeordnete Zitz, daß Sie für morgen sozusagen jemanden herbestellt haben, was Ihre Sache ist. (Abg. Mag. Zitz: „Wir haben niemanden herbestellt, aber es wäre angebracht!“) Frau Abgeordnete Zitz, was Ihre Sache ist, da mische ich mich nicht ein! (Abg. Mag. Zitz: „Soviel Angst vor der Bürgernähe?“) Schauen Sie, die Bürgernähe müssen Sie erst kennenlernen. (Allgemeiner Beifall.) Also, wir sind da durchaus schon ein paar Jahre unterwegs. Sie können mir viel erzählen, nur, machen Sie einmal in Donawitz einen Betriebsbesuch als Minderheitsfraktion, dann lernen Sie Bürgernähe kennen! (Allgemeiner Beifall.) Da war ich schon mehrmals, und mittlerweile mögen mich die sogar.

Aber, um zur Sache zurückzukehren, schauen Sie, ich bin wirklich bestrebt, und das sage ich allen Ernstes, und da haben wir gerade mit den kleineren Gruppen im Landtag in den letzten 48 Stunden viele Gespräche geführt. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Kollege Schützenhöfer, darf ich auch dich bitten, zur Geschäftsordnung zu sprechen, damit wir fortfahren können in der Behandlung!“) Ah, ist das nicht die Geschäftsordnung? Nicht mehr. Na gut. Nie Präsident will ich werden. (Abg. Mag. Zitz: „So ein erfahrener Politiker muß so etwas fragen?“ – Abg. Purr: „Er lernt nie aus!“) Wir waren bestrebt, daß wir zu einer gemeinsamen Vorgangsweise kommen, und ich darf Sie doch bitten, fragen Sie den Kollegen Wabl, was wir heute am frühen Nachmittag vereinbart haben, dann werden Sie einsehen, daß wir zumindest die Gruppe 4 heute abschließen wollen, und ich bitte Sie daher, dieser Vorgangsweise zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 21.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, darf ich darauf hinweisen, daß zwei Anträge vorliegen. Es liegt ein Antrag vor durch den Herrn Klubobmann Flecker der Sozialdemokratischen Fraktion, nunmehr mit dem ersten Teil der Gruppe 4 fortzufahren. Und es gibt einen Gegenantrag dazu, den die Frau Abgeordnete Zitz der Grünen Fraktion eingebracht hat, nunmehr die Gruppe 3 zu beenden und dann mit dem ersten Teil der Gruppe 4 morgen früh um 8.30 Uhr zu beginnen.

Ich bringe den ersten Antrag zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Herrn Klubobmannes Dr. Flecker ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wir fahren nunmehr fort, und ich erteile der Frau Berichterstatterin Barbara Gross zum ersten Teil der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“, Ansätze 41 bis 46, das Wort.

Abg. Gross (21.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ besteht aus folgenden Ansätzen und Unteransätzen:

Allgemeine öffentliche Wohlfahrt: Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe, Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen der Behinderten-

hilfe, Maßnahmen zur Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegesicherung.

Freie Wohlfahrt: Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Jugendwohlfahrt: Erziehungsheime, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Behebung von Notständen: Einrichtungen, Maßnahmen. Sozialpolitische Maßnahmen: Altersvorsorge, Sonstige Maßnahmen. Familienpolitische Maßnahmen: Familienlastenausgleich, Sonstige Maßnahmen.

In der Gruppe 4 ergeben sich laut Voranschlag 1996 Ausgaben von 3.786.843.000 Schilling und 1.725.279.000 Schilling Einnahmen.

Für 1997 Ausgaben im Bereich von 3.720.402.000 Schilling und Einnahmen von 1.766.452.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“. (21.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke, der Antrag ist gestellt.

Es liegen folgende Wortmeldungen vor: Als erste die Frau Abgeordnete Keshmiri, ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (21.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Zuerst möchte ich nur sagen, wenn wir jetzt nicht eine halbe Stunde darüber diskutiert hätten, was wir jetzt im Endeffekt machen, dann hätten wir zumindest schon wieder eine halbe Stunde gewonnen. Vorerst möchte ich mich bei Frau Landesrätin Rieder für das Informationsgespräch bezüglich der Sozialhilfegesetze und -novellen bedanken. Ich hätte es sehr erfreulich gefunden, wenn das auch die anderen Regierungsmitglieder gemacht hätten. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Allerdings haben die Parteienverhandlungen diesbezüglich nicht stattgefunden. Aber ich hoffe, daß bei den Parteienverhandlungen über die Verteilungsschlüssel auch wir dazugezogen werden.

Wenn ich mir nun die Novellen der Behinderten-, Jugendwohlfahrts-, Sozialhilfe- und Pflegegeldgesetze anschau, so komme ich zu dem Schluß, daß vorwiegend nur einnahmenseitig saniert wurde. Es sind für mich absolut keine Strukturreformen erkennbar, die es ermöglichen würden, auch auf der Ausgabenseite zu sanieren. Vielmehr bekomme ich den Eindruck, daß wiederum soziale Randgruppen zur Kasse gebeten werden, die ja ohnehin zuviel kosten. Was nun konkret den Kostenersatz für die Aufwendungen des Behindertengesetzes betrifft, so rechnet man in dieser Novelle mit groben Schätzungen und auf Grund der verschiedenen Leistungsfähigkeit der zahlungspflichtigen Personen. Es würde mich interessieren, wonach sich diese groben Schätzungen orientieren beziehungsweise wie man auf Grund dieser Schätzungen dann zur genauen Summe von 17.625.000 Schilling gekommen ist.

Ich möchte jetzt noch einmal auf die Randgruppen zurückkommen, und zwar haben Sie, Frau Landesrätin, auf Grund meiner gestellten Anfrage am 6. Februar bezüglich der Finanzierung und Absicherung des Frauenhauses in Graz zugesichert, daß Wege für

eine langfristige Absicherung gefunden werden. Es ist sehr erfreulich – das Frauenhaus hat 600.000 Schilling bekommen. Nach meinen Informationen fehlen aber nach wie vor 440.000 Schilling für das Jahr 1996. Also, ich möchte sagen, daß man hier nicht einmal von einer kurzfristigen Absicherung sprechen kann. Und deswegen wäre meine Bitte an Sie, die Verhandlungen mit den Sozialhilfeverbänden und mit den Bezirkshauptmännern der Steiermark zu forcieren, daß diese pauschaliert die Kosten für das Frauenhaus in Graz übernehmen.

Abgesehen davon finde ich, daß es auch notwendig ist, nicht nur ein Frauenhaus in Graz, sondern auch eines in der Obersteiermark zu haben. Der Bedarf ist sehr groß. Über 70 Prozent der Frauen kommen aus den Regionen. Ich habe mit verschiedenen Bürgermeistern in der Obersteiermark gesprochen, die sich alle für ein Frauenhaus ausgesprochen haben und auch die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stellen würden. Es liegt nun an uns, dieses Projekt zu forcieren und zu unterstützen. Und ich möchte mich da auf Ihre Aussage, Frau Landesrätin, die Sie vorher getätigt haben, beziehen, und zwar auf den Satz: „Sozialleistungen sollen nicht nur erhalten, sondern auch erhöht werden.“ Die vorgelegten Novellen benachteiligen meiner Meinung nach diejenigen, die verstärkt unsere Hilfe brauchen, zumal ja Sozialpolitik darauf ausgerichtet sein soll, gerade diese Menschen zu unterstützen, die verstärkt unsere Hilfe brauchen. Danke! (Beifall beim LIF, der ÖVP und SPÖ. – 21.18 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (21.18 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Das hier ist eigentlich nicht ganz der Platz, von dem aus ich zum ersten Mal zu Ihnen sprechen wollte. Es war, wie man mir mitgeteilt hat, das absenkbare Rednerpult geplant und bestellt. Dann hat die Technik zugeschlagen, es ist irgend etwas gebrochen, und jetzt sitze ich hier. Es ist nicht so, daß ich irgend etwas gegen antikes Mobiliar habe, ganz im Gegenteil, mir gefällt es sehr gut. Nur, wenn ich daran denke, daß Sie alle nicht die Möglichkeit haben, hier zu sitzen, und ich ein Privileg habe, dann finde ich – und im Zuge der Gleichberechtigung würde ich sehr dafür plädieren –, daß ich bei meiner nächster Wortmeldung vielleicht schon das Rednerpult habe und vom selben Platz aus wie Sie alle zum Hohen Haus sprechen kann. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, als Neuling im Hohen Haus hat man es nicht ganz leicht. Man muß sich erst an die Usancen gewöhnen, und dann kann es natürlich passieren, daß man so von Zeit zu Zeit einen verbalen Nasenstüber abbekommt. Aber ich finde, das ist auch gut so. Nicht schwer haben Sie alle es mir gemacht. Die Selbstverständlichkeit, mit der Sie mich aufgenommen haben und es einfach als ganz normal und gar nicht erstaunlich genommen haben, das gibt mir wirklich Zuversicht, daß Ihnen die berechtigten Anliegen behinderter Menschen wichtig sind, und dafür danke ich Ihnen sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, eine Demonstration ist in diesem Hohen Haus des öfteren angesprochen worden. Eine Kundgebung, an der auch ich teilgenommen habe und die mich wirklich zutiefst beeindruckt hat. Die Teilnehmer waren nämlich Behinderte, ihre Angehörigen und alle diejenigen, die für sie Sorge tragen. Es waren Menschen, die üblicherweise eher nicht an die Öffentlichkeit gehen, und sie sind aber aus der ganzen Steiermark gekommen. Nicht, weil das Wetter so schön war, sondern einfach weil sie zutiefst beunruhigt waren. In erster Linie gilt die Sorge der Betroffenen den geplanten Kostenrückersätzen im Behindertengesetz. Man fürchtet, daß die Höhe der Kostenbeiträge das ohnehin schmale Budget der Familien mit behinderten Angehörigen überdurchschnittlich belasten würde. Es ist doch so, daß all diese Menschen vom Sparpaket genauso betroffen sind wie alle anderen Staatsbürger auch. Zu bedenken möchte ich allerdings geben, daß das Leben behinderter Menschen nicht nur psychisch belastet ist, sondern auch von erheblich höheren Ausgaben. Zum Beispiel, die Sozialversicherungen gehen derzeit vermehrt dazu über, immer höhere Kostenbeiträge bei Hilfsmitteln zu fordern, die Medikamentengebühren werden erhöht, und manche Medikamente werden überhaupt nicht mehr bezahlt. Hierbei handelt es sich um Belastungen, die für den einzelnen besonders enorm sind. Eltern von schwer geistig Behinderten meinen, daß die Betreuung in Behinderteneinrichtungen ein gewisses Äquivalent für die Unmöglichkeit einer Schul- und Berufsbildung ist. Ich bitte Sie, auch daran zu denken, daß Eltern behinderter Kinder keinesfalls damit rechnen können, daß sie jeh aus der Versorgungspflicht herauskommen werden. Eltern hier im Hohen Haus können sich vorstellen, worüber ich spreche.

Die große Verunsicherung ist dadurch entstanden, daß über die Höhe des Kostenrückersatzes Unklarheit herrscht. Der Passus „soweit hiedurch das Ausmaß des Lebensbedarfes nicht unterschritten wird“ wirft für mich die Frage auf, was bedeutet „Lebensbedarf“? Genügt es, genug zu Essen zu haben und ein Dach über den Kopf? Ich glaube, das kann damit wirklich nicht gemeint sein. Die vielzitierte Integration wird nur dann passieren können, wenn die Möglichkeit der Teilnahme am öffentlichen Leben gegeben ist, und die ist leider überwiegend nicht gratis. Die Behinderten sind nicht generell gegen nötige Sparmaßnahmen. Mag. Strahlhofer hat Montag bei der Demonstration ausgeführt, daß Strukturveränderungen durchaus Spareffekte erbringen könnten.

Ich bin mir nicht sicher, meine Damen und Herren, ob die geschätzten Einnahmen zu einer erheblichen Budgetsanierung führen werden. Wenn nicht, dann frage ich mich wirklich ernstlich, ob die zusätzliche Verunsicherung und Belastung Behinderter unumgänglich notwendig ist. Meine Berufung in dieses Hohe Haus habe ich sehr gerne angenommen. Gerne deswegen, weil ich überzeugt davon bin, daß ich durch eine Bewußtseinsweiterung, ich meine damit Information, zu einer Bewußtseinsveränderung – und ich meine damit Verständnis – beitragen kann. Diesmal ist mir leider ein bißchen zu wenig Zeit dafür geblieben. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 21.27 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (21.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das zentrale Strukturproblem unserer Wirtschaft, die Entkoppelung zwischen Wachstum und Beschäftigung festigt sich. Das Rad des Wirtschaftswachstums dreht sich nicht in der gleichen Geschwindigkeit, wie unsere Ansprüche an den Staat steigen. Eine der Hauptursachen unserer staatlichen und auch gesellschaftlichen Krise liegt darin, daß der Sozialstaat überfordert wird. Vorigen Dienstag war Björn Engholm beim Reinerhof-Gespräch der Volkshilfe Steiermark in Graz zu Gast. Dabei bezeichnete Engholm als Achillesferse jedes Sozialstaates dessen Finanzierbarkeit, und er meinte, unser Sozialstaat bedürfe einer Generalreparatur. Denn die Ansprüche an das System steigen unablässig, während die finanzielle Bedeckung der Leistungen von Jahr zu Jahr mehr Schwierigkeiten macht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Bedeutung, die die Sozialpolitik für unsere Gesellschaft und insbesondere für die SPÖ hat, zeigt sich auch an der Diskussion zum Bundesbudget 1996. Die im Vorjahr verfolgten Vorstellungen hätten eine noch viel höhere Belastung von sozial Schwachen bewirkt. Die nicht von der SPÖ provozierten Neuwahlen haben gezeigt, wie die Österreicherinnen und Österreicher dazu stehen und wem sie ein gerechtes soziales Sparen noch am ehesten zutrauen. Ich gebe auch offen zu, auch ich habe heute um einige graue Haare mehr. Vor allem im Bereich Soziales, Schulen und Kindergärten, und zwar aus zwei Gründen.

In einem Bereich, wo 97 Prozent Pflichtausgaben festgeschrieben stehen, sollen, wie in anderen Bereichen auch, 10 Prozent gekürzt und eingespart werden. Wenn jemand von einem derart hohen Prozentsatz von Pflichtausgaben 10 Prozent kürzen muß, muß das in manchen Teilbereichen schmerzhaft sein – besonders für eine Sozialdemokratin.

Meine Damen und Herren, die Budgetkonsolidierung ist hart, aber notwendig – nicht nur wegen der Maastricht-Kriterien, Kollege Wabl. Keine Privatfirma und keine Familie kann sich Jahr für Jahr immer noch höher verschulden. Dieses Konsolidierungsprogramm und -paket ist Voraussetzung für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung und für die Bewältigung der aktuellen Probleme. Für uns Sozialdemokraten stand immer im Vordergrund, daß das Budget sowohl ausgaben- wie auch einnahmen-seitig konsolidiert werden muß, daß es soweit nur irgend möglich sozial ausgewogen zu sein hat und daß die Konsolidierung auch nachhaltig sein muß. Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung hatten auch folgende Kriterien zu erfüllen: die wirtschaftliche Dynamik anzukurbeln und vor allem den sozialen Frieden nicht zu gefährden. Österreichs Sozialpolitik, meine Damen und Herren, ist im internationalen Vergleich die fortschrittlichste überhaupt. Und die zu beschließenden beziehungsweise beschlossenen Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, diesen hohen Standard auch abzusichern und zu erhalten.

Meine Damen und Herren, es war nicht anders zu erwarten, als daß die Freiheitlichen, die Liberalen und die Grünen ihre Kritik auf jeden Formalismus hin nutzten. Das ist ihr gutes Recht, ich meine ja sogar, es ist ihre Pflicht als Opposition – ob nun selbsternannt oder nicht –, der Regierung einen Spiegel vorzuhalten und Kritik zu üben. Wenn sich aber die eigenen Positionen von heute auf morgen total verändern, dann darf man an der Glaubwürdigkeit mancher Aussagen wohl zweifeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich habe beim Überarbeiten der Unterlagen der letzten Jahre einen interessanten Antrag, eingebracht am 22. März 1994, gefunden. Ich zitiere: „Antrag betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes. Die derzeitige gesetzliche Regelung für das Pflegegeld zwischen Land und Sozialhilfeverbänden und Städten mit eigenem Statut sieht einen Aufteilungsschlüssel 80 zu 20 vor. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß die Sozialhilfeverbände und Gemeinden in ihren Pflegeheimen die Tagsätze deutlich angehoben haben und sich damit Millionen an Abgängen ersparen, die jetzt über das Pflegegeld das Land bezahlt. Darüber hinaus zeigt ein Ländervergleich, daß die Gemeinden folgende Prozentsätze der Kosten des Pflegegeldes übernehmen.“ Dann werden die einzelnen Vergleichsprozentsätze der Bundesländer angeführt, und dann kommt die Feststellung – ich zitiere: „Man würde also bei der gegenständig beantragten Verteilung 70 zu 30 aus der Sicht der Gemeinden im Bundesländervergleich noch immer überaus gut liegen.“

Aus diesem Grunde stellen die unterfertigten Abgeordneten den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Paragraph 20 Absatz 1 lautet: Alle Kosten des Pflegegeldes, einschließlich der Kosten für Gutachten und gerichtliche Verfahren, sind vorläufig vom Land zu tragen. Die Sozialhilfeverbände und Städte mit eigenem Statut haben dem Land 30 Prozent dieser Kosten zu ersetzen.

Paragraph 20 Absatz 2 lautet: Die Sozialhilfeverbände und Städte mit eigenem Statut haben an das Land 70 Prozent der hereingebrachten Rückzahlungen abzuführen. Gezeichnet: Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko, Schinnerl, Köhldorfer.“

Dieser Antrag hat von der Sozialdemokratischen Partei damals keine Zustimmung bekommen, weil wir immer der Ansicht waren und diese damals vertreten haben und auch heute, daß das Land die Gemeinden wie auch die Sozialhilfeverbände nicht höher belasten sollte, solange das Land sich das auch nur irgendwie leisten kann. Jetzt hat das Land festgestellt, daß es sich diese Höhe des Zuschusses nicht mehr leisten kann. Und jetzt macht der Herr Abgeordnete Schinnerl auf einmal so ein mediales Spektakel. (Abg. Gennaro: „Das haben Sie schon vergessen!“) Ich finde das – gelinde gesagt – finden Sie vielleicht selbst das Wort, was man davon halten soll. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Können Sie sich vielleicht noch erinnern, was die Freiheitlichen noch beantragt haben? Einen Beobachtungszeitraum von zwei Jahren. Dem haben Sie nicht zugestimmt, und jetzt ist Ihnen einfach der Finger zu lang geworden, wo Sie es nicht mehr finanzieren können!“) Der Finger ist nicht zu lang gewor-

den, wir wollten nur die Gemeinden wirklich erst dann belasten, wenn es notwendig ist.

Und, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, noch etwas finde ich verwunderlich. Ihr Herr Parteibmann, der Herr Dr. Haider, hat sich vorigen Dienstag in einer Pressekonferenz dafür ausgesprochen, als Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise über den sinnvollen Verzicht von Einrichtungen von Sozialleistungen nachzudenken. (Abg. Gennaro: „Das ist der Haider!“ – Abg. Schrittwieser: „Mit eurem Haider habt ihr eure Sorgen!“) Denn, so Haider, neben der Wirtschaft und der öffentlichen Hand sollten auch die Arbeitnehmer einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Konkret nannte er eine befristete Reduzierung der Urlaubsansprüche, eine Senkung des Arbeitslosengeldes und eine ebenfalls befristete Absetzung des zweiten Karenzjahres. Dr. Haider wörtlich: „Wir sind hier ja nicht im Schlaraffenland.“ Ich weiß schon. Die Bundespartei ist bei Ihnen die Bundespartei, und die Landespartei ist die Landespartei, wobei in letzter Zeit die Grenzen ja ziemlich verschwimmen anfangen. Ich habe mir das beim Mißtrauensantrag vom Landesrat Ressel gedacht. (Beifall bei der SPÖ.) Nur, daß sich der Abgeordnete Schinnerl auf einmal so wie ein Robin Hood aufspielen will, das ist für uns nicht sehr glaubwürdig. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Robin Hood – so schaut er aus!“)

Sozialpolitik ist etwas anderes als ein romantisches Abenteuer, und die Steiermark ist nicht der Sherwood Forest, wo mit Pfeil und Bogen die Kutschen des Königs überfallen werden und die Beute an die Armen verteilt wird. Wobei unsere Sozialpolitik auch mit Treffsicherheit zu tun hat, allerdings mit sozialer Treffsicherheit.

Wo, meine Damen und Herren, bleibt Ihr Sinn für die Realität? Schauen Sie sich das Budget bitte nur einmal genauer an, was wir bisher geschaffen haben! Denken Sie an das Steiermärkische Pflegegeld, an Kindergärten, an Tagesmutterprojekte, die Behindertenhilfe, die Flüchtlingshilfe, die Jugendwohlfahrt, den Kinder- und Jugendanwalt, die Zuschüsse für das Frauenhaus – ich weiß, es ist überall zu wenig –, die Landesaltenpflegeheime, Altenurlaubsaktion und Altenbetreuung, die Schuldnerberatung, die gesamte Jugendwohlfahrt. Und schauen Sie sich die einzelnen Ansätze an, dann werden Sie auch die Wertigkeiten der Sozialdemokraten erkennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zu den Begleitgesetzen, die für soviel Aufregung gesorgt haben. Vor allem als Vorsitzende der Volkshilfe Steiermark, die, wie viele andere Vorsitzende von gemeinnützigen Vereinen, im November des Vorjahres ein konkretes und ein korrektes Vereinsbudget beschlossen hat, für rund 800 fix angestellte Mitarbeiter und Hunderte Ehrenamtliche verantwortlich ist, war es nicht leicht, eine neue Situation – vor allem für das Jahr 1997 – vorzufinden.

Meine Damen und Herren, kann eine Familie etwa die Miete kürzen, die Stromkosten senken, beim Essen sparen? Die Antwort ist ja, es geht! Man kann seine Pflichtausgaben senken! Allerdings bedeutet das in allen Fällen, auf ein anderes Anspruchs- und Anteilsniveau umzusteigen. Und genau vor derselben Situation standen auch die Landesrätin Dr. Rieder und ihre Mitarbeiter – mit dem gleichen Druck, der auch

von uns Abgeordneten bereits kritisiert worden ist. Soziallandesrätin Dr. Rieder hat sich bemüht, ihren Auftrag vor dem Hintergrund der von Kollegen Erlitz und jetzt von mir aufgezeigten neuen Realitäten seriös, sachlich und sozial gerecht zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, großer Brocken der Begleitgesetze ist die Neuregelung des Aufteilungsschlüssels der Sozialkosten zwischen Land und Gemeinden. Derzeit sind verschiedene Schlüssel in Kraft. Eine gerechtere Aufteilung im Sozialbereich war dringend notwendig, und ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, daß die nun getroffene Aufteilung von 64 zu 36 für die Gemeinden immer noch besser ist wie für den Rest der Gemeinden in Österreich.

Zur „Deckelung“ – ein wirklich nicht schönes Wort, aber „Obergrenze“ ist leider auch nicht ganz korrekt. Die Deckelung der Tagsätze in der Jugendwohlfahrt und in der Behindertenhilfe: Wenn Sie sich das Budget genauer angeschaut haben, dann haben Sie gesehen, den Hauptbrocken der Pflichtausgaben machen die Tagsätze aus, die die öffentliche Hand privaten Trägern im Bereich der Jugendwohlfahrt und der Behindertenhilfe überweist. Die Kosten dieser Einrichtungen und damit die Tagsätze sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen, um nicht zu sagen, sie sind beinahe explodiert. Hier mußte die Notbremse mit einer „Deckelung“ für heuer und nächstes Jahr eingeführt werden. Wichtig für uns Sozialdemokraten ist, daß damit das gesamte Leistungsangebot für unsere Schwächsten nicht eingeschränkt werden muß und die Qualität der Betreuung aufrecht bleiben kann. Was die neu einzuführenden Kostenbeiträge anbelangt, vertraue ich darauf, daß es Landesrätin Rieder gelingen wird, für alle eine akzeptable Lösung zu finden. So, wie sie es ja auch am Montag bei der wirklich beeindruckenden und berührenden Demonstration der Behindertenorganisationen angekündigt hat. Wir machen keine Politik der „kalten Herzen“, wie der Präsident Strahlhofer es gesagt hat.

Meine Damen und Herren, in der Sozialpolitik ist es wichtig, Lasten, die einzelne nicht selbst tragen können, nicht auf den Staat allein abzuschieben. Auch die Sozialpolitik muß noch effizienter gestaltet werden. Sozialpolitik muß den Menschen dienen und ist nicht zuletzt Verteilungspolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Verteilungspolitik, bei der es gilt, viele unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 21.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schinnerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Schinnerl (21.43 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

So unmenschlich kann Politik sein. Wir haben gerade von der Frau Abgeordneten Annemarie Wicher gehört und miterlebt, wie sie die Probleme der Behinderten geschildert hat. Und es tut mir außerordentlich leid, daß diese Wortmeldung nicht schon gestern hier im Hohen Hause war. Denn dann, so meine ich, hätten einige der anwesenden Abgeordneten von der SPÖ und ÖVP sich doch noch anders entschieden und

hätten diesen unmenschlichen Sozialgesetzen, diesen unvorbereiteten Budgetbegleitgesetzen, ihre Zustimmung genauso verweigert wie wir Freiheitliche. Wir sind zutiefst betroffen wie die Frau Abgeordnete Wicher hier von dem Tisch aus ihre Rede gehalten hat und auf die Probleme dieser Behindertenpolitik aufmerksam gemacht hat.

Ich möchte nicht auf die Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Barbara Gross eingehen, denn das würde, glaube ich, jetzt zu fortgeschrittener Stunde und auf Grund der ernsten Situation nicht dazupassen. Ich würde die sozialistische Fraktion oder die sozialdemokratische Fraktion nur bitten, die Aussagen von Frau Dr. Bachmaier-Geltewa beim letzten Budgetlandtag über Sachen Soziales nachzulesen, was hier drinnensteht. Ich möchte das heute wirklich nicht mehr alles anführen, obwohl das genau die richtige Rechtfertigung auf die Angriffe von der Abgeordneten Barbara Gross gewesen wäre. Ich will auf das wirklich nicht eingehen, weil das Thema ist mir zu ernst. Aber ich freue mich trotzdem, daß aus Ihren Reihen, aus der Sozialdemokratie, vom Abgeordneten Huber aus meinem Bezirk, in seiner Wortmeldung – (Abg. Huber: „Dein Bezirk ist das?“) ja, unser Bezirk, von mir aus, wenn du noch willst –, wo er gesagt hat, wir müssen heute beschlossene Gesetze mittragen, die wir in nächster Zeit wieder reparieren müssen. Ich freue mich, daß du diese Erkenntnis gemacht hast, die wir schon seit längerem haben und auch gestern bei der Abstimmung schon bewiesen haben, daß wir das schon lange, lange vorher genauso gesehen haben.

Diese Budgetbegleitgesetze – und das haben wir auch schon gesagt –, und ich habe in meiner Wortmeldung auch gestern schon gesagt, daß das Husch-Pfusch-Gesetze sind und daß hier die Begutachtungen nicht erfolgt sind. Ich will da gar nicht mehr weiter eingehen. Wir haben gegen diese Gesetze gestimmt. Es hat auch keinen Sinn mehr; daß man nach erfolgter Beschlußfassung hier jetzt diskutiert. Aber ich möchte schon auch noch erwähnen, der Herr Abgeordnete Lopatka, auch so ein Sozialpolitiker, der immer glaubt, seine christliche Einstellung muß er in den Vordergrund stellen, war gestern bei dieser Debatte, wie es um diese Budgetbegleitgesetze gegangen ist, auch tatsächlich bei der Abstimmung nicht hier, so wie auch manche andere Kollegen das beobachtet haben, und das tut mir auch außerordentlich leid. Und es tut mir auch leid, daß die ÖVP mit ihrer christlichen Gesinnung und mit ihrer christlichen Einstellung in Richtung SPÖ umgefallen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Du bist ein scheinheiliger Mensch!“ – Abg. Gross: „Das dürfte das Problem sein!“) Lieber Kollege Lopatka, es ist ja gleich, wenn du umfällst, Hauptsache, du fällst in die richtige Richtung, und das war in dem Fall zur SPÖ.

Des weiteren möchte ich noch auf die Wortmeldung von Herrn Sportlandesrat Gerhard Hirschmann von heute vormittag eingehen, der ebenfalls einen Tag nach der Beschlußfassung der Budgetbegleitgesetze gesagt hat, „was nützen uns die bisherigen Einsparungen im Bereich der Verwaltung, wenn auf der anderen Seite im Sozialbereich – und gerade von Ihrer Seite, Frau Landesrat – wieder solche arbeits- und kostenintensiven Budgetbegleitgesetze kommen, die einen immensen Arbeitsaufwand haben werden, wo

man heute noch nicht sagen kann, bleibt da noch etwas in der Kasse oder gehen alle Einnahmen für den erhöhten Arbeitsaufwand in der Verwaltung wieder auf“. Das gleiche hat Ihnen ja auch Ihr Parteikollege, der Herr Bürgermeister Stingl, geschrieben, daß er keinesfalls damit einverstanden ist und daß er nicht bereit ist, diese Belastungen zu übernehmen, die ja für die Stadt Graz 50 oder 60 Millionen Schilling jährlich ausmachen. Und in diesem Schreiben hat er Ihnen noch genau mitgeteilt, daß in der Stadt Graz 3000 Akten zu überprüfen sind, ob nicht hier eine Nachversteuerung – (Abg. Dr. Lopatka: „Schon wieder eine Steuer! Der Steuerbeamte kommt schon wieder!“) richtig, nicht eine Versteuerung, aber eine Kostenvorschreibung durchgeführt werden soll. Frau Landesrat, wir haben uns ja schon dementsprechend verhalten und haben gegen diese Gesetze gestimmt.

Ich möchte noch zwei Beschlußanträge einbringen. Ja, vielleicht vorher noch einen Punkt, Frau Landesrat, es geht um die Ausbildung der Krankenpflege bei der Caritas. Ich habe heute einen Artikel in der Zeitung gesehen, daß die Caritas Probleme hat. Aber wir haben ein Gesetz gemacht, nämlich das Familien- und Heimhilfegesetz, und da habe ich Sie einmal gefragt, wie hoch werden die Kosten dort sein? Da haben Sie damals gesagt, es gibt für uns keine Kosten außer die üblichen, die bis jetzt schon immer angefallen sind. Ich möchte Sie schon jetzt bitten, daß Sie in Ihrer Schlußrede darüber etwas sagen, ob Sie an die Caritas dafür einen Beitrag leisten werden.

Ich bringe nun zwei Beschlußanträge ein.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schinnerl, Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Hartinger, Dietrich und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend soziale Treffsicherheit. Aus Anlaß der äußerst angespannten Budgetsituation des Landes ist eine Durchforstung der Ausgaben im sozialen Bereich im Hinblick auf deren Treffsicherheit unbedingt erforderlich. Das wurde auch in der Rede von Erlitz schon erwähnt, und es wurde auch von Herrn Parteibeamten Schachner gesagt, daß diese Treffsicherheit zu überprüfen ist. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Das zuständige Landesregierungsmitglied wird aufgefordert, spätestens bis zu Beginn der Herbstsession einen erschöpfenden Bericht vorzulegen, der Aufschluß über die Ziel- und Treffsicherheit der im Budget sich niederschlagenden Ein- und Ausgaben im Sozialbereich gibt. Ich bitte um Zustimmung.

Der zweite Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schinnerl, Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend Einbindung des Sozialressorts in die Länderkommissionen. Mittels Beschluß der Landesfinanzreferentenkonferenz am 29. März 1996 zur zukünftigen Krankenanstaltenfinanzierung wird festgehalten, daß die Länderkommission in den jeweiligen Bundesländern auch die Abstimmung von Leistungen zwischen Krankenanstalten und dem überregionalen Leistungsangebot zu regeln hat.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird auf-

gefordert, dafür zu sorgen, daß das Sozialressort in die Länderkommission miteinbezogen wird.“ Ich bitte um Zustimmung.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf unsere Frau Landesrat zurückkommen. Frau Landesrat, was Sie heute da gesehen haben oder besser gesagt gehört haben von unserer Frau Abgeordneten Annemarie Wicher, welche selbst Behinderte ist – ich kann mir nicht vorstellen, daß Ihnen das alles eins war, was da heute alles gesagt worden ist. Ich erinnere nur noch an eine Sache. Es schaut halt nicht ganz gut aus, wenn man Soziallandesrätin ist und wenn man sich ein Auto leistet mit fast 700.000 Schilling, wobei die Spezialausstattungen allein 150.000 Schilling ausmachen. Da Sie, Frau Landesrat, selbst jedoch nicht behindert sind, frage ich mich, wozu Sie die vielen Extras brauchen. Es wäre gescheiter gewesen, die Behinderten hätten diese Geldmittel bekommen für die unnotwendigen Kosten der Extras von 150.000 Schilling. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 21.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (21.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Spät, aber doch freue ich mich, daß ich in der Budgetdebatte die Möglichkeit habe, hier zum Thema „Soziales“ im Bereich der „Sozialen Dienste“ meine Meinung darzulegen. Ein sensibler Bereich, weil es hier um Menschen geht. Menschen, die einerseits Hilfe in Anspruch nehmen müssen, und Menschen, die diese Pflege- und Hilfsbedürftigen betreuen. Der starke Anstieg der Sozialausgaben ist ein wachsendes Problem im steirischen Landeshaushalt, das nicht nur große Aufmerksamkeit erfordert, es sollte nun doch nach jahrelangen Diskussionen in Angriff genommen werden. Ein Sozialbudget, das sozial gerecht ausgewogen und tatsächlich finanzierbar ist.

Und, Frau Kollegin Gross, Sie haben früher in Ihrer Wortmeldung gesagt oder beklagt, „über 97 Prozent der Pflichtausgaben“. Hier muß man sich die Frage stellen, sind diese notwendig, oder sollte man Strukturen in der Sozialpolitik ändern und die Ausgaben-seite hinterfragen?

So möchte ich einen Teilbereich herausnehmen und einen Alternativvorschlag zum Sozialhilfegesetzesentwurf im Bereich der „Sozialen Dienste“ einbringen. Im Bericht der Arbeitsgruppe „Versorgung für pflegebedürftige Personen“ an das Parlament wird davon ausgegangen, daß es in Österreich – je nach Definition – zwischen 300.000 und 500.000 pflegebedürftige Menschen gibt. Rund ein Prozent der Gesamtbevölkerung benötigt dringend mobile soziale und sozialmedizinische Dienste. In Österreich werden derzeit monatlich rund 40.000 Menschen durch soziale und sozialmedizinische Dienste betreut. In der Steiermark allein sind es derzeit 17.000 Pflegefälle. Und bis zum Jahr 2020 werden es in der Steiermark 27.000 Pflegefälle sein. Diese Überalterung in Österreich, insbesondere aber in der Steiermark, bringt auch Konsequenzen für den Arbeitsmarkt mit sich.

Wollen wir der Nachfrage gerecht werden oder ein Ausweichen in die Schwarzarbeit verhindern, so müßten im Rahmen der mobilen Dienste in den nächsten fünf Jahren in Österreich 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden – also ein Zukunftsmarkt für Pflegeberufe. Und die mit dem Ausbau des Pflegenetzes entstehenden Kosten könnten wiederum durch die Reduzierung der Bettenbelegtage in den Krankenhäusern entlastet werden.

Nun aber zurück zur Ausgangslage im Bereich der sozialen Dienste in der Steiermark. Die sozialen Dienste der Hauskrankenpflege, Alten- und Heimhilfe konnten in den letzten beiden Jahren in der Steiermark deutlich ausgeweitet werden. So weist der Tätigkeitsbericht über die Hauskrankenpflege für 1995 folgenden Personalstand aus: Fassen wir die Trägerorganisationen zusammen, dann sind rund 1000 Personen, das sind 650 Dienstposten, im Bereich der ambulanten Betreuung tätig. Im Rahmen der ambulanten Betreuung wurden 1995 rund 10.000 Personen betreut. Trotz dieser Leistungen kann man derzeit sicherlich nicht von einer flächendeckenden Versorgung sprechen. So sind die einzelnen Bezirke unterschiedlich gut versorgt – das obere Murtal eher schlecht versorgt, der Süden, Osten und Westen, die sind jetzt schon gut versorgt.

Vor allem nachfolgende Defizite schränken die Versorgung und weitere Aufbauarbeit ein: Fehlende Dienstpostenpläne für Alten- und Heimhilfen, fehlende eindeutige Finanzierungsrichtlinien über KRAZAF für die Alten- und Heimhilfe – für Alten- und Heimhelfer gibt es derzeit bei uns eine Pauschalförderung pro Kopf, und wir sind damit das letzte Bundesland in Österreich mit dieser Förderungsform, fehlendes leistungsorientiertes Finanzierungsmodell, fehlende Landesvorgaben zur Berechnung des Patientenbeitrages, ein fehlendes Modell zur Kostendeckung durch das Pflegegeld – also hier ist die Zweckbindung und die Kontrolle nicht gegeben, fehlende Richtlinien zur Berechnung der Höhe des Gemeindebeitrages – derzeit zahlen die Gemeinden rund 45 Prozent der Gesamtkosten, Graz 25 Prozent – und fehlende Qualitätskriterien für anerkannte Trägerorganisationen.

Die Ziele einer weiteren Aufbauarbeit in der Steiermark müßten sein:

Erstens: Landesrichtlinien für einen gleichmäßigen Aufbau der Dienste, eine gesicherte leistungsorientierte Finanzierung und die Qualitätsstandards der Trägerorganisationen müßten gegeben sein.

Zweitens: Ein Gemeindegremium ist notwendig, um die Aufbauarbeit vor Ort zu steuern, die durchführenden Organisationen zu kontrollieren und die individuelle Bedarfsdeckung der Region zu gewährleisten.

Durch die Diskussion über das neue Sozialhilfegesetz besteht aus meiner Sicht die Möglichkeit, die ambulante Betreuung auf eine sichere Basis zu stellen und somit eine kostensparende Alternative bei der Betreuung alter, kranker und pflegebedürftiger Menschen zu schaffen.

Wie könnten solche Rahmenbedingungen aussehen? Ich gehe jetzt noch einmal auf die Defizite ein, die ich schon eingangs erwähnt habe. Dienstposten-

pläne: Derzeit besteht nur ein Dienstpostenplan für die Hauskrankenpflege durch Diplomkrankenschwestern. Dieser Plan legt die Obergrenze durch KRAZAF-Mittel geförderte Krankenschwesterndienstposten für jeden Bezirk fest. Dieser nunmehr drei bis vier Jahre alte Plan müßte auf Grund der neuesten Daten überprüft und vor allem durch einen Dienstpostenplan für Alten- und Pflegehelfer und Heimhilfen ergänzt werden. Bei der Erstellung kann man sich auf internationale Erfahrungen stützen. Der Aufteilungsschlüssel könnte sein: eine Diplomkrankenschwester, ein Pflegehelfer und drei Heimhilfen. Gleichzeitig mit der Erstellung eines solchen Dienstpostenplanes müssen die verschiedenen Versorgungsstadien der einzelnen Bezirke erhoben werden. Auf der Basis eines Zeitplanes müssen derzeit unterversorgte Bezirke – abgestimmt auf den Bedarf – stärker ausgebaut werden, um ein einheitliches Niveau in der Steiermark zu erreichen. Ein solcher Zeitplan hat auch eindeutige Zeitvorgaben zur Erreichung der Bedarfsdeckung zu beinhalten.

Und nun zitiere ich zum Defizitbereich – stammt aus dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes – folgendes: „Der Rechnungshof bemängelte grundsätzlich die in den Richtlinien festgeschriebene Förderung von Dienstposten, die außer einem Nachweis über das Bestehen der Beschäftigungsverhältnisse an keinerlei Leistungsnachweis gebunden war. Der Rechnungshof erwiderte, das Land fördere eben nur Dienstposten, ohne selbst die Effizienz und die Qualität der Leistungserbringung aus fachlicher Sicht zu koordinieren und sicherzustellen.“

Leistungsorientierte Finanzierung: Derzeit werden Dienstposten mit Pauschalsummen gefördert, die im Normalfall 50 Prozent der Lohnkosten abdecken. Dieses System hat sich in der Aufbauzeit bewährt, sollte jedoch angesichts der zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten auf ein leistungsorientiertes System umgestellt werden. Werden nicht mehr pauschal Dienstposten gefördert, sondern nur mehr die jeweilige Pflegestunde, so müssen die durchführenden Organisationen bemüht sein, die Auslastung der Pflegekräfte zu steigern und eine möglichst straffe Organisation aufzubauen. Gleichzeitig stellt ein solches System auch eine fixe Kalkulations-ebene für die Organisation dar.

Grundlage der Förderung müssen Normkostenberechnungen der Einsatzstundenkosten der verschiedenen Dienste sein. Dabei müssen folgende Bereiche einer solchen Finanzierungsform berücksichtigt werden: Die Lohn- und die Lohnnebenkosten, die Fahrtkosten, die Bildungskosten, die Ausstattungskosten und die Verwaltung. Eine solche leistungsorientierte Finanzierung hat für das Land mehrere Vorteile.

Erstens: Nur Stunden für die Betreuung, die aufgewendet werden, bestimmen die Höhe der Gesamtförderung.

Zweitens: Mit dem Instrument der Stundenkontingentvergabe an die durchführenden Organisationen läßt sich die Ausbaugeschwindigkeit insgesamt und der einzelnen Bezirke für sich bestimmen und drittens, die Leistungsorientierung zwingt die durchführenden Organisationen zur ständigen Effizienzkontrolle.

Zum dritten Bereich Patientenbeiträge. Das derzeitige Patientenbeitragsmodell sieht eine soziale Staffelung und eine Unterscheidung nach verschiedenen Diensten Hauskrankenpflege, Altenhelfer, Pflegehelfer, Heimhilfe vor. Als Schwachpunkte sind vor allem eine fehlende maximale Rechnungsbergrenze und die Berücksichtigung des Pflegegeldes bis zu einer maximalen Höhe von 3500 Schilling zu nennen. Mit dem derzeitigen System sind Kostendeckungsgrade zwischen 28 Prozent im Bereich der Hauskrankenpflege und 35 Prozent der Heimhilfe zu erreichen. Unser Ziel sollte es sein, unter stärkerer Berücksichtigung des gesamten Pflegegeldes einen durchschnittlichen Kostendeckungsgrad von 35 bis 45 Prozent der gesamten Einsatzkosten anzustreben. Gerade das Pflegegeld und die Eigenleistung des Betreuten sollen in der Zukunft eine wesentliche Säule der Finanzierung der ambulanten Dienste sein. Die soziale Staffelung aus dem Einkommensbeitrag gewährleistet, daß jeder Hilfe in Anspruch nehmen kann. Wie bisher kann der Patientenbeitrag von den durchgeführten Organisationen erhoben und verrechnet werden. Diese Organisationen besitzen schon heute die erforderlichen Unterlagen und die notwendigen EDV-gestützten Grundlagen, um die Abrechnung und die notwendige Auswertung durchführen zu können.

In diesem Zusammenhang ist weiters grundsätzlich der derzeitige Auszahlungsmodus des Pflegegeldes zu hinterfragen. Die Praxis zeigt sehr oft, daß das Bewußtsein über die Verwendung des Pflegegeldes für diese Dienste oft nicht sehr gut entwickelt ist und das Pflegegeld sehr oft als ein zusätzliches Einkommen des Beziehers betrachtet wird. Das Modell der Auszahlung eines Teiles des Pflegegeldes in Form von Betreuungsschecks garantiert neben einer direkteren Finanzierung der in Anspruch genommenen Dienste auch die Möglichkeit der Qualitätskontrollen der durchführenden Organisationen durch das Land.

Und noch ein letztes Beispiel zum Bereich meiner angeführten Defizite: Gemeindebeiträge und Beiträge anderer Institutionen. Derzeit erfolgt die Finanzierung der erbrachten Leistung entweder durch den jeweiligen Sozialhilfverband oder durch die Gemeinden direkt. Auf Grund fehlender eindeutiger Richtlinien ist die Höhe der Förderung recht unterschiedlich. Auch im Bereich der Gemeindefinanzierung ist das Modell der leistungsorientierten Finanzierung mittels Pflegestundenförderung einsetzbar. Die Gemeinden sollten hierbei einen fixen Prozentsatz der jeweiligen in ihrem Sprengelgebiet erbrachten Pflegestunde an die durchgeführte Trägerorganisation auf der Grundlage des entsprechenden Leistungsnachweises zahlen. Dieses Modell bietet für die Gemeinden mehrere Vorteile. Die Gemeinden finanzieren nur Leistungen, die in ihrem Gebiet erbracht werden, die Gemeinden können erbrachte Leistungen ständig kontrollieren, und die Gemeinden haben eine fixe Kalkulationsgrundlage, da durch die Landesrichtlinien Stundenkontingente in einem bestimmten Zeitrahmen festgelegt sind. Zur Mitfinanzierung der Hauskrankenpflege ist vor allem das Gespräch mit den Krankenkassen zu suchen, da diese bereits heute im Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege schon einen Beitrag leisten. Eine

Voraussetzung für das Gelingen der gesamten Betreuung sind die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort und die Einbindung der Gemeinden.

Wie könnte die Organisationsform vor Ort aussehen? Zum Unterschied zur Vorlage des Sozialhilfegesetzentwurfes mit der Forderung, ISGS-Sprengel per Gesetz zu verpflichten, könnten sich die Gemeindegrenzen von einer Größenordnung von 10 bis 14.000 Einwohnern zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammenschließen. Der Unterschied liegt darin, daß ein Verband immer bindend Organe vorschreibt. Für mich aber hat die Einführung der ISGS-Sozialsprengel nämlich die Konsequenz, daß wir drei Organisationsebenen haben, nämlich die integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel, die Sozialhilfeverbände als Gemeindeverbände auf Bezirksebene und das Land.

Es ist eine Tatsache, daß der vorgeschlagene Weg eine Aufblähung der Verwaltung ist, die zu einer Kostenexplosion führt und in der Unfinanzierbarkeit enden könnte. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „So ist es recht!“) Schätzungsweise verursacht die Einführung dieser genannten Sozialsprengel als dritte Organisationsebene Kosten von zirka 55 bis 60 Millionen Schilling an Verwaltungsaufwand. Und ich möchte anschließend zu diesem Punkt noch einmal aus dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes zitieren. Nach Ansicht des Rechnungshofes wäre bei der Einführung einer weiteren Organisationsebene, wie sie die in Diskussion stehenden Gesundheits- und Sozialsprengel darstellen, mit einer Verschärfung der bereits festgestellten Informations- und Koordinationsmängel zu rechnen. Der Rechnungshof empfahl, im Zuge der angestrebten Neuorganisation auch die grundsätzliche Zweckmäßigkeit und Ausgestaltung der Sozialhilfeverbände bei der Einführung von eigenen Sprengelorganisationen zu hinterfragen. Deshalb ersuche ich, Frau Landesrat Rieder, diesen Punkt nochmals gut zu überdenken. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 22.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (22.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst einmal möchte ich gerne wissen, Herr Kollege Schinnerl, welche Passage Sie aus meiner Rede der letzten Budgetdebatte zitiert haben. Ich habe die stenographischen Protokolle hier. (Abg. Schinnerl: „Ich überreiche sie Ihnen, Sie können sie gerne haben von mir!“) Ja, können Sie das bitte sagen? (Abg. Schinnerl: „Um 19.15 Uhr war es bei der letzten Budgetdebatte!“) Da habe ich zum Frauenhaus gesprochen unter dem Kapitel Soziales, und da habe ich gesagt, es zählt - und da werden Sie mir sicher beipflichten - zu den Aufgaben unserer Gesellschaft, den Schwächeren zu helfen, Herr Kollege Schinnerl. Und dieser Meinung bin ich heute noch. Und wenn Sie von Unmenschlichkeit sprechen, dann frage ich mich, wer unmenschlich hier in diesem Saal ist, Herr Kollege. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde auch heute zu dem Konsolidierungspaket sprechen, und Sie werden dann gleich hören von mir, daß ich nicht mit allem einverstanden bin, was hier beschlossen wurde. Aber ich möchte noch eine Frage an Sie richten, Herr Kollege Schinnerl. Was wäre Ihnen denn lieber, im Sozialbereich einzusparen, als hier diese Vorschläge, die nunmehr von der Frau Landesrätin meines Erachtens in sehr bedachter Weise vorgeschlagen wurden? Wäre es Ihnen lieber, Herr Kollege Schinnerl? (Abg. Schinnerl: „Aber nicht beim schwächsten Glied, bei den Behinderten!“) Da kommen wir gerade zur Behindertenhilfe, das paßt mir sehr gut, Herr Kollege Schinnerl. Ich möchte Sie etwas fragen, wäre es Ihnen lieber, bei der Behindertenhilfe bei der geschützten Arbeit zu sparen, Herr Kollege Schinnerl? (Abg. Schinnerl: „Haben Sie zugehört bei der Frau Wicher?“) Die geschützte Arbeit haben derzeit 2700 Personen in der Steiermark, 2700 Personen, die ansonsten am Arbeitsmarkt keinen Job finden würden. Wissen Sie, was das kostet pro Jahr? 200 Millionen Schilling aus dem Sozialressort. Für zwei Jahre wären das 400 Millionen Schilling. Das Sparziel sind 500 Millionen Schilling. Das würde also bedeuten, wenn Sie mit dem nicht einverstanden sind, okay, dann lassen wir eben die geschützte Arbeit weg, dann haben wir beinahe das Sparziel schon erreicht. Ist das menschlich oder ist das unmenschlich, Herr Kollege Schinnerl? (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich fahre fort in meiner Rede, denn ich habe leider nur eine beschränkte Redezeit. Sparen, Herr Kollege Schinnerl, in diesen Zeiten ist richtig, ist wichtig und auch notwendig. (Abg. Schinnerl: „Auch für die Behinderten!“) Sparen kann aber auch schmerzlich sein, das ist richtig. Schmerzlich für jene, Herr Kollege Schinnerl, die so wenig besitzen, daß man ihnen nichts mehr wegnehmen kann.

Das Konsolidierungsprogramm des Bundes - und jetzt komme ich darauf zu sprechen - sieht Einsparmaßnahmen von 100 Milliarden Schilling für 1996 und 1997 vor. Das ist ein immens hoher Betrag, der nach schwierigen Verhandlungen als Ergebnis der ÖVP-SPÖ-Koalition einen Kompromiß darstellt. Ein Kompromiß, der durchaus eine gewisse Ausgewogenheit erblicken läßt. Dennoch aber gibt es viel Kritik aus der Bevölkerung. Kritik, die teilweise gerechtfertigt, teilweise nicht gerechtfertigt ist, je nachdem, aus welchem Blickwinkel man das sieht. In meiner beruflichen Tätigkeit befasste ich mich mit vielen Sozialgesetzen, von denen einige geändert werden - nicht immer so sozial ausgewogen, wie ich es mir gewünscht hätte.

Ich möchte einige Beispiele nennen: Das Pflegegeld der Stufe 1 wird künftig bei Neugewährungen nur mehr 2000 Schilling anstelle wie bisher 2650 Schilling betragen - einkommensunabhängig. Die Knüpfung der Familienbeihilfe an die Schul- und Studierendauer mit einer maximalen Überschreitung von zwei Semestern - ebenfalls einkommensunabhängig. Der Entfall der Geburtenbeihilfe. Die Koppelung der Notstandshilfe nicht mehr an die Höhe des Arbeitslosengeldbezuges, sondern an die Versicherungsdauer, was bedeutet, daß bei einem 20wöchigen Arbeitslosengeldbezug Notstandshilfe nur mehr in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes gewährt wird. Die Abschaffung der Sonderunterstützung, die beson-

ders in der Region, aus der ich komme, zwangsläufig stark in Anspruch genommen werden mußte. Glücklicherweise wurden Übergangsbestimmungen getroffen, die die Beantragung der Sonderunterstützung unter bestimmten Voraussetzungen bis Ende 1998 ermöglichen. Auch konnte quasi in letzter Minute durch einen Abänderungsantrag der SPÖ-Abgeordneten erreicht werden, daß Arbeitslose, die bereits nach einem ein- oder vierjährigen Arbeitslosengeldbezug Notstandshilfe beziehen, wenn sie bis Ende 1998 das 54. oder 59. Lebensjahr erreichen, diese Sonderunterstützung noch beantragen können. Weiters stellt die Reduzierung der Absetzmöglichkeiten für Sonderausgaben auf ein Viertel eine Härte für niedrige Einkommen dar. Die Maßnahmen im Bereich der Pensionsversicherung treffen in erster Linie Frauen – eine schmerzliche Tatsache, die ich als Frauenvertreterin nur sehr ungern zur Kenntnis nehme. Auch ist der Entfall der Pensionserhöhung im Jahr 1997 – ausgenommen Ausgleichszulagenbezieher – für jene Pensionisten besonders schmerzlich, die eben gerade über dieser Grenze ein Einkommen haben.

Dennoch aber zeigt das Sparpaket, wie eingangs erwähnt, auch positive Ansätze: Die Erhöhung der Kapitalertragsteuer von 22 Prozent auf 25 Prozent. Die Eindämmung verschiedener Steuergestaltungsmöglichkeiten von Unternehmen. Als Nichtraucher – aber auch aus gesundheitspolitischer Sicht – kann man sich mit der Erhöhung der Tabaksteuer durchaus anfreunden. Begrüßenswert ist die geplante Verschärfung der Sanktionen gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit. Abfinden kann man sich auch mit der Reduzierung des Pflegegeldes ab dem zweiten Tag des Krankenhausaufenthaltes – bisher war ja vier Wochen Weiterzahlung. Auch die Wiedereinführung beziehungsweise Verschärfung von Ruhensbestimmungen bei Mehrfachpensionen sind durchaus gute Ansätze. Das Bonus-Malus-System im Bereich der Arbeitslosenversicherung ist gut gemeint, jedoch ist zu befürchten, daß manche Arbeitgeber versuchen werden, diese zu umgehen, indem sie Arbeitnehmer unter 50 Jahre kündigen. Es gäbe noch viele Bereiche, die anzusprechen wären, das würde aber den Rahmen meiner Rede sprengen.

Was wir in der Steiermark zur Kenntnis nehmen müssen, ist, daß die Sparmaßnahmen des Bundes auch auf Landesebene Folgewirkungen haben und der Sparstift auch am Landesbudget nicht vorbeigeht. 10 Prozent Einsparungen in allen Ressorts ist viel, aber ebenfalls notwendig, um die Finanzen unseres Landes zu sanieren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ihr habt es eh bei der Oberlichte hinausgeworfen!“) Ich nehme an, daß Sie mir hier beipflichten werden. Worum es mir sowohl bei den Einsparmaßnahmen im Bund als auch im Land geht, ist, daß jene nicht unter die Räder kommen, die zu den Schwächsten zählen. Jene, die es sich selbst nicht richten können. Jene, die auf die Solidarität unserer Gesellschaft angewiesen sind. Jene, die ansonsten Gefahr laufen würden, durch das glücklicherweise dicht geknüpfte soziale Netz durchzufallen. Deshalb bin ich der Meinung, daß es sehr wichtig sein wird, bei den geplanten Maßnahmen, beispielsweise den Kostenbeiträgen und Rückersätzen im Sozialbereich,

die Einkommensuntergrenzen so anzusetzen, daß sie sozial verträglich sind.

Auch wenn uns einige der Sparmaßnahmen im Bund und im Land nicht gefallen, so müssen wir uns eines immer vor Augen halten: Wir haben das Glück, in einem Land leben zu können, das zu den sieben reichsten Ländern der Erde zählt und das drittreichste Land Europas ist. Wir haben eine Sozialgesetzgebung, um die uns viele Länder dieser Erde beneiden. Damit wir weiterhin die soziale Sicherheit und den sozialen Frieden aufrechterhalten können, sind eben diese Sparmaßnahmen notwendig. Ich hoffe aber – und da bin ich zuversichtlich –, nach erfolgter Konsolidierung jene sozialen Härten, die jetzt durchaus auftreten werden, wieder auszuräumen und in dem einen oder anderen Bereich wieder Verbesserungen herbeizuführen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 22.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Sind Sie jetzt am Wort oder nicht, Frau Klubofrau?“)

Meine Damen und Herren, am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz. Danke!

Abg. Mag. Zitz (22.15 Uhr): Jetzt hat irgend jemand „Klubofrau“ gesagt. Es gibt Fraktionen, die halten es halt nicht aus, daß es kleine Fraktionen gibt, die im Team arbeiten. Stimmt's, Herr Klubobmann? Der starke Mann an meiner Seite? (Abg. Schinnerl: „Wo ist der Günter?“) Herr Schinnerl, wie meinen Sie das? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Brauchen Sie einen Startschuß, Frau Kollegin, oder können wir es angehen?“) Wenn es so viele Zwischenrufe gibt, dann kann ich nicht anfangen, das verzögert alles nur. Ich habe mir in der Früh gedacht, die Grußadressen, die ausgesprochen worden sind, speziell bei der Gruppe 1, die könnte man dadurch reduzieren, indem die Steiermärkische Landesregierung und der Steiermärkische Landtag einen speziellen „Budgetempfang“ geben für genau die Leute, die in den Grußadressen so ausführlich gewürdigt worden sind.

Ihnen ist genauso wie mir aufgefallen, daß der Schwerpunkt auf den Feuerwehren war, daß der Schwerpunkt auf den Bereichen war, die im sogenannten Zivilschutz abgedeckt sind, und daß der Schwerpunkt sicher nicht auf dem Bereich war, den man im großen und ganzen mit einem alternativen Verständnis als alternative, als andere Art der öffentlichen Sicherheit darlegen könnte.

Mir ist auch aufgefallen, und ich sage das auch bewußt, weil das meine erste live-erlebte Budgetdebatte ist, daß kaum jemand von den Anwesenden konkret zum Budget selber gesprochen hat, daß ich kaum jemanden – auch nicht von der Regierung – gehört habe, der einen Ansatz oder eine Post mit dazugehöriger Definition oder Zahl erwähnt hat. Es ist weiters aufgefallen, daß die wenigsten von den Rednern, und das gilt besonders für die ÖVP und die SPÖ, auch für die F, bereit waren, in ihren Diskussionsbeiträgen zum Budget konkret auf die Landeskompetenzen einzugehen. (Abg. Tasch: „Wir sind froh, daß wir Sie haben!“ – Abg. Ing. Peinhaupt: „Wir werden beobachten, wie gut Sie das Budget